

Nr. 1/2011

Februar - April 2011

# CUBA LIBRE

ISSN 0178-2460

€ 3,10

## Cuba vor dem Parteitag: Mehr Fragen als Antworten?

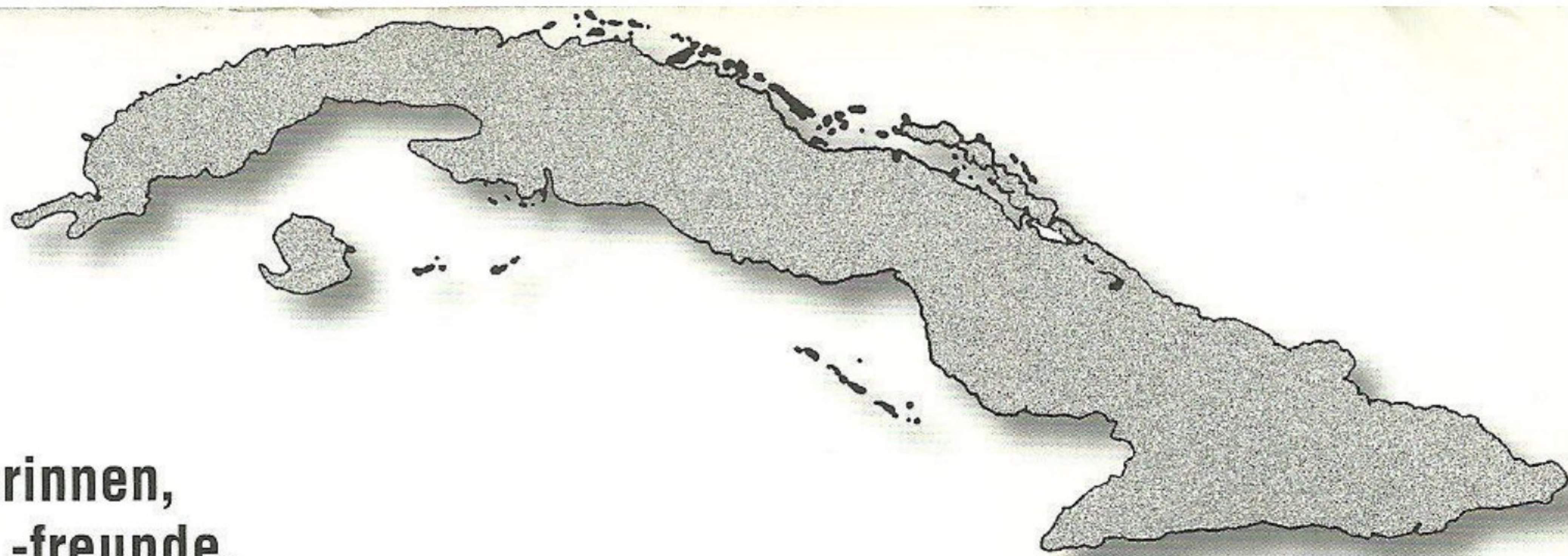
außerdem:

■ Cubas Ärzte: in Chile, in Haiti ...

■ Reisebericht Cuba 2010

■ FG BRD-Kuba: Porträt der Geschäftsstelle,  
Neues aus Essen, Velbert, Nürnberg





## Liebe Leser und Leserinnen, Cubafreundinnen und -freunde,

in unserer letzten Ausgabe berichteten wir über die aktuellen Veränderungen im öffentlichen Beschäftigungssektor Cubas. Heute führen wir diese Informationen weiter und konkretisieren sie. Das Kernthema dieses Heftes befasst sich daher mit den aktuellen sozialen Entwicklungen in Cuba.

Denn eines ist klar, die globale Situation innerhalb der wenigen noch existierenden sozialistischen Staaten weltweit, und so auch Cubas, ist noch nicht auf der Stufe angekommen, die nach Marx als befreit, im Sinne der freien Assoziation des Menschen im Sozialismus/ Kommunismus einzustufen ist. Cuba sucht aber weiterhin mit individuellen Lösungen an sozialen Werten festzuhalten um die Äquivalenz zu wahren bzw. zu erreichen.

Wir hier erleben derweilen auf einer ganz anderen Ebene wie der Kapitalismus uns in eine ungewisse, ungesicherte und womöglich ziemlich barbarische Zukunft zu steuern gedenkt.

Nachdenken wird auf dem nach reichlich Vorlaufzeit stattfindenden Parteitag der PCC wohl angesagt sein. Harald Neuber und Uli Fausten schreiben vorab dazu.

Der Artikel unserer Bundesvorsitzenden Renate Fausten zeigt, anhand der beispielhaften medizinischen Hilfe Cubas in anderen Ländern, inhaltliche Perspektiven auf, wie internationale Hilfe auch praktiziert werden könnte. Cubas Ärzte in Haiti, nicht von ungefähr eines der am meisten unterstützten Spendenprojekte der Freundschaftsgesellschaft!

Gunther Lenner steuert dieser Ausgabe einen Reisebericht bei, trefflich ergänzt von einem Bericht über das ökologische Projekt »Las Terrazas« von Barbara Caroli-Buch, der weitere Impulse zum Nachdenken über die Formen des Tourismus bietet.

In den Berichten aus der FG weiterhin ein Bericht über die erfolgreiche Geburtstagsfeier unserer FG-Regionalgruppe Essen sowie zwei sehr verschiedene Beiträge, die sich mit Velbert beschäftigen, lest selbst.

Die Redaktion findet es gut, dass sich eine engagierte LeserInnenbrief-Diskussion zum Thema Israel und Palästina entwickelt hat. Durch den offenen und dabei solidarischen Austausch verschiedener Standpunkte können auch LeserInnen, die sich noch nicht so tief mit den Themen befasst haben, ihre Meinung dazu bilden. Gerade aus dem Diskurs widersprüchlicher Meinungen – auch in der Cuba-Solidaritätsbewegung – kann sich nach den Gesetzen der Dialektik eine fundiertere Analyse und ein größere Sensibilität entwickeln. Die Cuba Libre bietet gerne eine Plattform dafür.

Allen Mitgliedern der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und allen übrigen LeserInnen der Cuba Libre wünschen wir – neben einer anregenden Lektüre – an dieser Stelle auch

**Ein gutes, glückliches und gesundes neues Jahr 2011 !**

Die Redaktion

## Impressum:

**Herausgeber:** Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e. V., Maybachstr. 159, 50670 Köln  
Tel.: 0221 / 24 05 120,  
Fax: 0221 / 606 00 80,  
E-MAIL: info@fgbrdkuba.de  
- www.fgbrdkuba.de

**Konto:** SEB Bonn, BLZ 380 101 11, Kto.-Nr.: 120 299 990 0

**Spendenkonto:** Postgiro Köln, BLZ 370 100 50, Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

**Redaktion:** Uli Fausten, Peter Nowak, Bernhard Ostermeier, Marianne Schweinesbein.

**Vi.S.d.P.:** Marianne Schweinesbein

**Titelfoto:** Martin Berger 2010  
**Druck:** CITY-DRUCK, Eberhardshofstr. 17, 90429 Nürnberg.

**MacPublishing:** Plärrer Technik, Singerstr. 26, 90443 Nürnberg.

**CUBA LIBRE** erscheint vier Mal im Jahr. Jahresabo: Inland: 10,50 €; Ausland: 16,00 €; Einzelheft: 3,10 € + Porto. Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Redaktionsschluss** für die nächste Ausgabe: 1. März 2011  
**ISSN:** 0178-2460

## i n h a l t

### thema: cuba vor dem parteitag

Zur Zeit gibt es mehr Fragen als Antworten .....	3
PCC stellt die Weichen neu .....	4
Neuer Sozialismus in Cuba.....	5
Niemanden ohne Schutz lassen .....	13

### aus der fg

Haiti: Dahin gehen, wo es wehtut.....	14
Köln, Maybachstr. 159 - FG Geschäftsstelle .....	23
FG Essen, volles Haus bei Cuba-Jubiläumsfeier....	24
ALBA-Auftrieb in Velbert.....	25
Kalter Krieg in Velbert .....	26

pinwand .....	19
---------------	----

### trikont: lateinamerika

Die Grenzen der linken Regierung .....	29
--	----

### reisen

Slow Food auch in Cuba.....	30
Eindrücke von meiner Cuba-Reise, G. Lenner .....	31

Leserbriefe.....	33
------------------	----

cuba kurz .....	38
-----------------	----



## Zur Zeit gibt es mehr Fragen als Antworten

### Beginn der Debatte in den Betrieben

Nachdem Experten und Intellektuelle die Richtlinien konzipiert und reflektiert haben, ist nun seit dem 1. Dezember das Volk an der Reihe. Hier die Zusammenfassung einer Diskussion, wie sie am Samstag den 4. Dezember 2010 in der Tabakfabrik José Martí stattgefunden hat. Früh am Morgen kamen 42 Mitglieder der Partei und sechs der Jugendorganisation UJC zusammen und debattierten mehr als drei Stunden über das Projekt.

#### Das am meisten benutzte Wort war »Wie?«

Wodurch deutlich wird, wie groß die Zweifel sind.

»Wie kann man die Maxime des Sozialismus umsetzen, die besagt: Jedem gemäß seiner Arbeit? Im Verlauf der 50 Jahre Revolution haben wir immer eine solche Aussage als eines der Grundprinzipien des Systems betrachtet, aber heute, da die internationale wirtschaftliche Lage sich verschärft und unsere Regierung darum kämpft, das Land nach vorne zu bringen, müssen wir wissen, wie wir es anstellen, jedem das zu geben, was er wirklich verdient«, meinte Andrés Augustín Moré, Arbeiter in der Verwaltung.

Punkt 10 der Richtlinien schlägt den Prozess der Verhandlung, Ausarbeitung, Unterzeichnung und Kontrolle, ob die Verträge zwischen Partnern erfüllt worden sind, als wesentliches Instrument für den Erfolg vor. Tomás Benítez versichert, dass deutlich werden muss, wer in diesem Prozess die Verantwortung habe, weil nicht selten die Verträge zwischen Unternehmen nicht eingehalten werden.

Es müsse ganz eindeutig festgelegt werden, wer verantwortlich sei, damit gegen keinen einzigen Punkt des Vertrages verstoßen werde. »Manchmal erfüllen die, die dafür zuständig sind, uns zu beliefern den Vertrag nicht und die, die darunter zu leiden haben, sind wir.«, fuhr er fort.

Ricardo Díaz González, der als Gast an der Debatte teilnahm, brachte seine Erfahrung als Ökonom ein: »Die Verletzung von Verträgen ist kein neues Phänomen. Im Paradigma des Industriemanagements, das wir mit der Aktualisierung des ökonomischen Modells verfolgen, muss das staatliche Unternehmen sich ins Zentrum der Wirtschaft stellen und ein Vorbild an Führung sein.

Er erklärte, dass die Unternehmen, die Verluste machen, nicht in das neue Muster passen. Deswegen müssten die Verantwortlichkeiten und Finanzierungsinstrumente, die zur Führung, Organisation und Produktion der Waren und der Dienstleistungen benutzt würden, genau definiert werden. Der Ökonom machte deutlich, dass, wenn man die Ökonomie ans Laufen bekommen möchte, sich die Investitionen in Rahmen der Vereinbarungen bewegen müssten und die Landwirtschaft einen neuen Anlauf nehmen und sich konsolidieren müsse.

Damit es wirklich zu einem Anstieg der Arbeitsproduktivität kommt, der das Durchschnittseinkommen der Arbeiter übersteigt, meinte Miguel Bárzaga Maceo, der Direktor des Unternehmens, dass man die rechtzeitige Lieferung sicherstellen müsse, denn oft habe sein Unternehmen am Ende des Monats fast die doppelte Zahl der Arbeiter beschäftigen müssen, während man mit weniger Arbeitskräften, die im gleichen Rhythmus arbeiten könnten, weil genügend Rohstoff vorhanden ist, die gleiche Anzahl an Zigarren herstellen könnte.

Dazu sagte der Arbeiter Adalberto Fernández Toledo: »Es ist sehr wichtig, auf die Ergebnisse des Einzelnen und des Kollektivs zu achten, an die Bezahlung jedes einzelnen Arbeiters zu denken gemäß seiner Fähigkeit und seiner Anstrengung. Das sollte klar im Projekt festgelegt werden.«

#### Reichlich Diskussionsbedarf

Fast alle ArbeiterInnen des Unternehmens stimmten darin überein, dass man mehr Raum zur Verfügung haben sollte, um jeden Punkt der Richtlinien erschöpfend zu behandeln. Sie alle sahen die Notwendigkeit einer Presse, die sich stärker am Informationsprozess beteiligt. Die Kommunikationsmedien sollten eine aktivere Rolle einnehmen, um



Privater Frisiersalon

beim Erkenntnisprozess der Bevölkerung zu helfen.

»Man müsste mehr Diskussionsrunden mit Experten machen und das Thema im Radio und im Fernsehen erläutern, aber nicht nur um zu informieren, sondern auch um zu erklären. Dafür brauchen wir die Teilnahme von Funktionären, Akademikern, Personen mit Ansehen und Kenntnissen zum Thema. Die Bevölkerung verlangt nach mehr Information, um alle Zweifel auszuräumen. Die Mesa Redonda könnte dem Thema mehr Raum geben, weil es viele Fragen gibt, die auf diesem Wege beantwortet werden könnten. In diesem Stadium gibt es mehr Fragen als Antworten«, stellte Andrés Augustín Moré fest.

Julio César Agüero brachte seine Besorgnis über die in Punkt 129 ausgeführten guten Gaben zum Ausdruck, die das System sogar denen zugesteht, die nichts produzieren, obwohl sie es sehr wohl könnten.

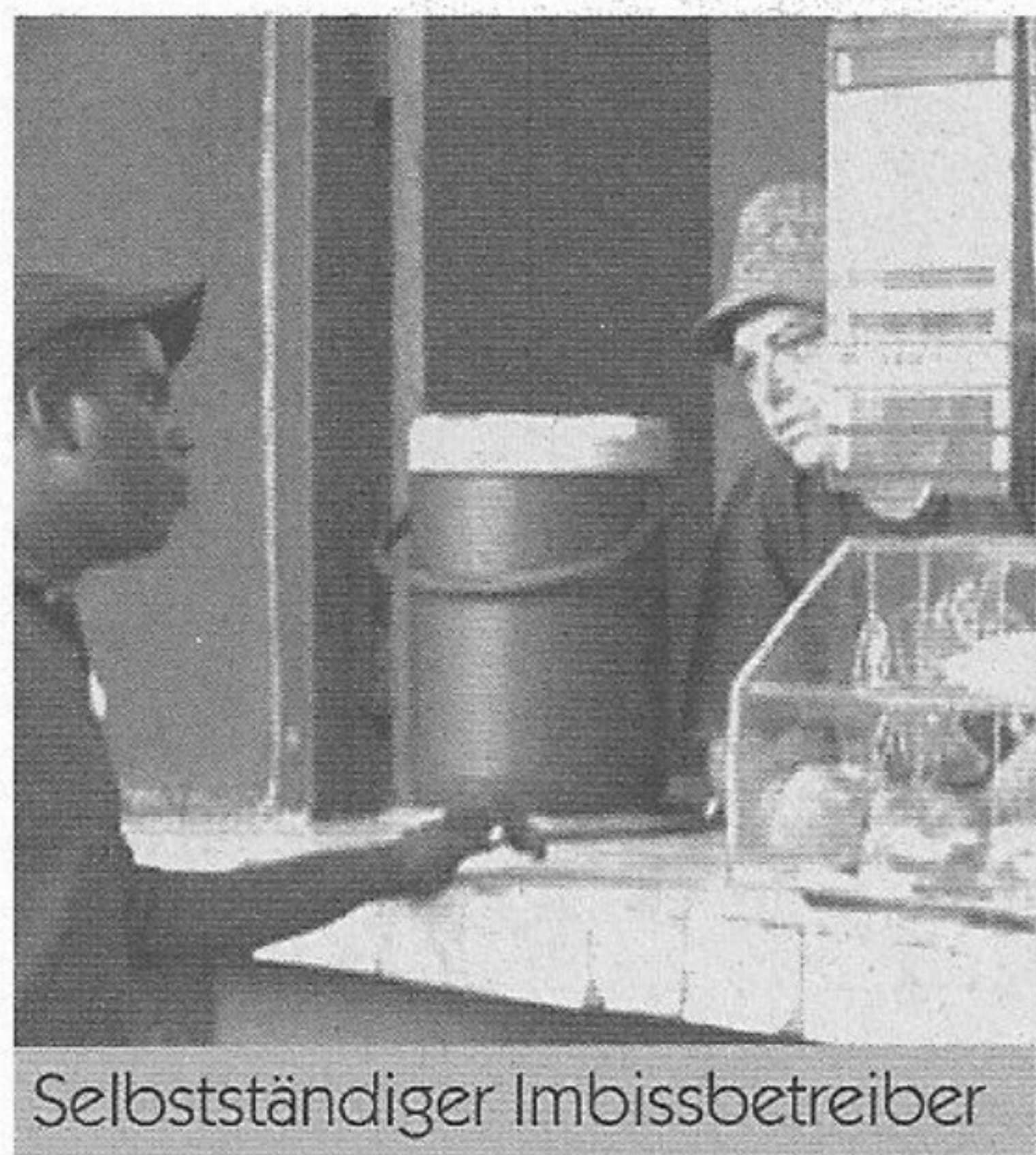
»Ich bin damit einverstanden, dass wir weiterhin die Errungenschaften der Revolution erhalten sollten, wie Zugang zur Medizin, Erziehung, Kultur, Sport, Erholung, Sozialversicherung und den Schutz durch Sozialhilfe für Personen, die sie benötigen. Aber hier ist etwas, was ich nicht verstehe und auch nie verstehen werde und das ist, warum die Faulen genauso davon profitieren.«

Im Gegenzug dazu gab Lisette Valdespino - sich auf denselben Punkt beziehend - zu bedenken, dass man besondere Vorsicht walten lassen müsse, wenn man etwas an Sozialhilfe zurücknehme. Es gebe nämlich Personen, die, obwohl sie Familie hätten, doch besonderer Betreu-





Selbstständigkeit im Kunsthandwerk



Selbstständiger Imbissbetreiber

ung und finanzieller Hilfe bedürften. »Es ist notwendig, in der Gemeinde zu forschen, wer wirklich die Hilfe des Staates benötigt.«, meinte sie.

**»In diesem Prozess bleibt niemand seinem Schicksal überlassen«,**

betonte Teresita Cismeros Diaz, Abgeordnete der Nationalversammlung des Poder Popular für das Municipio Plaza de la Revolución, wo das Unternehmen seinen Sitz hat.

»Trotzdem muss man auf die Verantwortung der Familie zurückgreifen. Es gibt Frauen, die aufgehört haben zu

arbeiten, um für die Familie da zu sein, sich um Hausarbeit und Erziehung der Kinder zu kümmern. Diese müssen heute von diesen Familien, die den Nutzen davon haben, entlohnt werden und nicht durch den Staat.«

Sie erklärte außerdem, dass etwa bis zum Monat April die Modalität der häuslichen Hilfskraft existiert. Das ist eine Person, der vom Staat 325 Pesos bezahlt werden, damit sie sich um alte Menschen kümmert. »Wir müssen zugeben, das wir Fehler begangen haben, unter anderem den, dass der Staat vielen alten Menschen, die Familie haben, eine Betreuung bezahlt hat, damit diese ihr Essen bekamen. In Wirklichkeit ist es aber an der Familie, sich um diese älteren Menschen zu kümmern. Derjenige, der die Hilfe wirklich braucht, wird sie auch bekommen.«

Sie machte deutlich dass auch das Problem der Bezahlung der Medikamente geregelt werden müsse. »Es gibt Kranke, die leben inmitten ihrer Familien und der Staat bezahlt ihre Medikamente. Aber heute geht es darum, alles zu korrigieren, was nötig ist, um wirtschaftlich voranzukommen, ohne den gesellschaftlich verletzlichen Teil der Bevölkerung zu vernachlässigen.

Es ist Aufgabe der Familie, dabei zu helfen, die Erkenntnis wieder zu erlangen, was es bedeutet, ein für die Gesellschaft nützlicher Arbeiter zu sein. Früher war es ein Anlass für Stolz, ein Kind zu haben, das Arbeiter war und ein Akademiker war Luxus, ein Traum. Jetzt müssen wir die Jüngsten daran erinnern, dass Arbeiter zu sein genau so wichtig ist.«

**Ein weiteres angesprochenes Thema war die Bildung**

»Jugendlicher ist, wer es sein möchte, wie es im Lied heißt, aber nicht jeder kann Lehrer sein«, machte Lisette Valdespino deutlich, die sich große Sorgen um die Erziehung der Kinder macht. Wie sie erklärte, ist das Erziehungssystem eine Errungenschaft der Revolution gewesen. Trotzdem hat das Land wegen konjunktureller Probleme auf die Option zurückgreifen müssen, sogenannte profesores integrales - Lehrer für fast alle Fächer - auszubilden, weil es nicht genügend Lehrer gab und dabei wurde bei der Auswahl nicht immer sorgfältig vorgegangen.

Lisette schlug vor, im Auswahlverfahren für diejenigen, die zukünftige Generationen ausbilden, höhere Ansprüche zu stellen, denn »lehren kann irgendeiner, erziehen nur der, der ein lebendiges Evangelium ist«, schloss sie mit den Worten von José Luz y Caballero.

**Landwirtschaft und selbstständige Arbeit**

Miguel Bárzaga Maceo hielt sich bei Punkt 172 auf, der sich auf die Landwirtschaft bezieht, die Veränderungen im System der Lagerung und Kommerzialisierung von landwirtschaftlichen Produkte mittels flexiblerer Mechanismen, die dazu beitragen, die Verluste in den Produktionsketten zu verringern. Das soll durch Vereinfachung der Beziehungen zwischen der Produktion und dem Endverbraucher geschehen und die Qualität der angebotenen Produkte verbessern.

»Zu sagen, die Verluste zu ‚verringern‘ ist beschämend, das richtige Wort dafür müsste ‚ausmerzen‘ sein, genau das Wort, das wir auch benutzen, wenn wir uns auf die Korruption beziehen. Es ist unbegreiflich, dass Lebensmittel verloren gehen, wenn man bedenkt, welche hohen Kosten es Cuba verursacht, sie zu produzieren und wie viele Millionen wir ausgeben, um sie zu importieren.«

»Eine Stigmatisierung der Leute, die auf eigene Rechnung arbeiten, muss sofort aufhören. Der ehrliche Arbeiter, der sich dem Prozess verpflichtet fühlt und alle sozialen Normen erfüllt, muss ganz normal anerkannt werden«, meinte der Tabakarbeiter Tomás Benítez.

»In der ersten Etappe der Umstrukturierung der Fabriken ist vorgesehen, dass etwa 500.000 Arbeiter vom staatlichen in den nichtstaatlichen Sektor übergehen. Dies wird nur der Anfang sein, weil man schätzt, dass die Zahl sich letztendlich auf 1.500.000 belaufen wird. Alle diese Leute werden auch eine Säule unserer Wirtschaft sein. Sie werden eine neue Kraft sein, die allen CubanerInnen zugute kommt«, versicherte Ricardo Díaz González.

Cuba durchschreitet Zeiten der Veränderung, der Revolution, Momente, deren Klauseln unterwegs ausprobiert, angepasst und neu erfunden werden müssen, in Übereinstimmung mit der Erfahrung und den Notwendigkeiten, wie diese Arbeiter hervorhoben.

**Zusammenfassung aus »Juventud Rebelde« 5.12.10**

**Renate Fausten**

## PCC stellt die Weichen neu

Der kommende Parteitag im Kuba ist nach langem Warten für April dieses Jahres angesetzt. Alleiniges Thema: die Wirtschaftspolitik

*von Harald Neuber*

Mehrfach ist er verschoben worden. Nun soll der sechste Parteitag der regierenden Kommunistischen Partei Kubas (PCC) in der zweiten Aprilhälfte dieses Jahres in Havanna stattfinden. Ein Folgekongress war mehrfach ver-

schieben worden, unter anderem wegen der schweren Erkrankung des - zumindest de jure - noch amtierenden Ersten Sekretärs der PCC, Fidel Castro. Der bislang letzte Parteitag der PCC fand 1997 statt. Der Diskussionsbedarf ist entsprechend hoch. Denn nicht nur in dem sozialistischen Karibikstaat hat sich viel verändert. Auch der lateinamerikanische und karibische Kontext hat sich grundlegend gewandelt.



Den neuen Termin gab Staatschef Raúl Castro am Rande eines Treffens mit seinem venezolanischen Amtskollegen Hugo Chávez am 8. November in der kubanischen Hauptstadt bekannt. Der sechste Kongress der Regierungspartei werde sich in erster Linie mit der Entwicklung der Wirtschaft des Landes beschäftigen, sagte er in einer Rede im internationalen Tagungszentrum »Palacio de Convenciones« im Osten der Hauptstadt. Dort war Raúl Castro Anfang der zweiten Novemberwoche mit seinem Amtskollegen Hugo Chávez zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung umfassender Wirtschaftsabkommen zwischen beiden Staaten zusammengekommen.

»Das Politbüro hat beschlossen, den sechsten Parteitag in der zweiten Aprilhälfte kommenden Jahres zu organisieren«, zitierte die halbstaatliche Nachrichtenagentur Prensa Latina den Regierungschef. Der erste Kongress nach 14 Jahren falle dann mit dem 50. Jahrestag der zurückgeschlagenen US-Invasion in der Schweinebucht wie auch mit der Erklärung des sozialistischen Charakters der kubanischen Revolution zusammen. Die Symbolik scheint gewünscht.

Während sich eine »Nationale Konferenz« der regierenden PCC im späteren Verlauf dieses Jahres mit der internen Entwicklung der Organisation beschäftigen soll, wird es auf dem Parteitag allein um die anhaltenden Wirtschaftsprobleme des sozialistischen Karibikstaates gehen. Von diesem »wirtschaftlichen Kampf« hänge schließlich das Schicksal der kubanischen Revolution ab, erklärte Raúl Castro, der schon seit seiner kommissarischen Übernahme des höchsten Staatsamtes Mitte 2006 Veränderungen im Wirtschaftsapparat vorgenommen hat. Vor wenigen Wochen erst wurden die restriktiven Regeln für das Kleinunternehmertum gelockert. Die Öffnung der Wirtschaft folgte unmittelbar auf die Ankündigung, 500 000 Angestellte aus dem Staatsdienst zu entlassen. Dies sei notwendig, um die immensen Ausgaben des Staates zu verringern, teilte der Gewerkschaftsdachverband CTC mit.

Bereits am 9. November wurden Leitlinien für beabsichtigte weitere Reformmaßnahmen innerhalb der Parteigliederungen in Umlauf gebracht. Das 32-seitige Dokument mit 291 Vorschlägen über die »Aktualisierung des Wirtschaftsmodells« soll nun bis zum Ende des Monats in allen Verwaltungsbezirken des Landes debattiert werden. Von Anfang Dezember bis Ende Februar des kommenden Jahres werden die Massen- und Basisorganisationen diese Diskussion fortführen, so Raúl Castro. »Es werden nicht nur diejenigen diskutieren, die als Delegierte gewählt werden«, fügte er hinzu, »sondern es wird einen breiten Prozess aller Parteimitglieder und der gesamten Bevölkerung geben.«

Beim gemeinsamen Auftritt mit Hugo Chávez bekräftigte Kubas Staats- und Regierungschef die Notwendigkeit der weiteren regionalen Integration. Die Zusammenarbeit zwischen Havanna und Caracas sei dafür ein Beispiel. Dies schlage sich auch in dem nun vorgestellten Debattenpapier nieder, so Raúl Castro. Darin werde der massive Ausbau

der Ende 2004 von Kuba und Venezuela gegründeten Bolivarischen Allianz für Amerika (ALBA) empfohlen.

Bei der internen Debatte über die anstehenden wirtschaftspolitischen Neuerungen ist die Außenpolitik dabei kein Streitpunkt. Die Menschen in Kuba bewegt vor allem die soziale Realität des Landes, also die sozialen und gesellschaftlichen Probleme, die seit den weltweiten Umbrüchen 1989/1990 nicht gelöst wurden.

Anfang Dezember schilderte der Kuba-Korrespondent der deutschen Nachrichtenagentur dpa, Vicente Poveda, die Debatten über das wirtschaftspolitische Strategiepapier in den Betrieben. In einer Tabakfabrik im Stadtteil Vedado stellten sich sieben Vertreter der PCC über zwei Stunden hinweg der Kritik und den Anregungen aus der Belegschaft. Eine Angestellte, Grisel Pérez, beklagte dabei zunehmende Probleme in den Schulen. Mitunter sei nur eine Lehrkraft für mehrere Fächer anwesend, so Pérez, die hier Nachbesserungen forderte. Andere Angestellte beklagten hohe Preise auf den Märkten im Vergleich zu den Einkommen in kubanischen Pesos. In Punkt 162 des Diskussionspapiers sei von der Abschaffung der Bezugsmarken, der sogenannten Libreta, die Rede, sagte der Angestellte Octavio Martínez: »Meiner Meinung nach ist das Land wirtschaftlich noch nicht so weit.«

Die Diskussion soll in Betrieben und politischen Organisationen noch bis Februar andauern. Staatschef Raúl Castro versicherte, dass »alle Vorschläge geprüft werden«. - Ende - (5.152 Zeichen)

*Harald Neuber ist Korrespondent der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina in Deutschland*

## Cuba in Zeiten des Parteitags Neuer Sozialismus in Cuba?

Am 8. November kündigte der cubanische Präsident Raul Castro den VI. Parteikongress für April nächsten Jahres an. Thema soll die Wirtschaftspolitik sein, von der seiner Meinung nach die Zukunft des sozialen Systems der Insel abhängt.

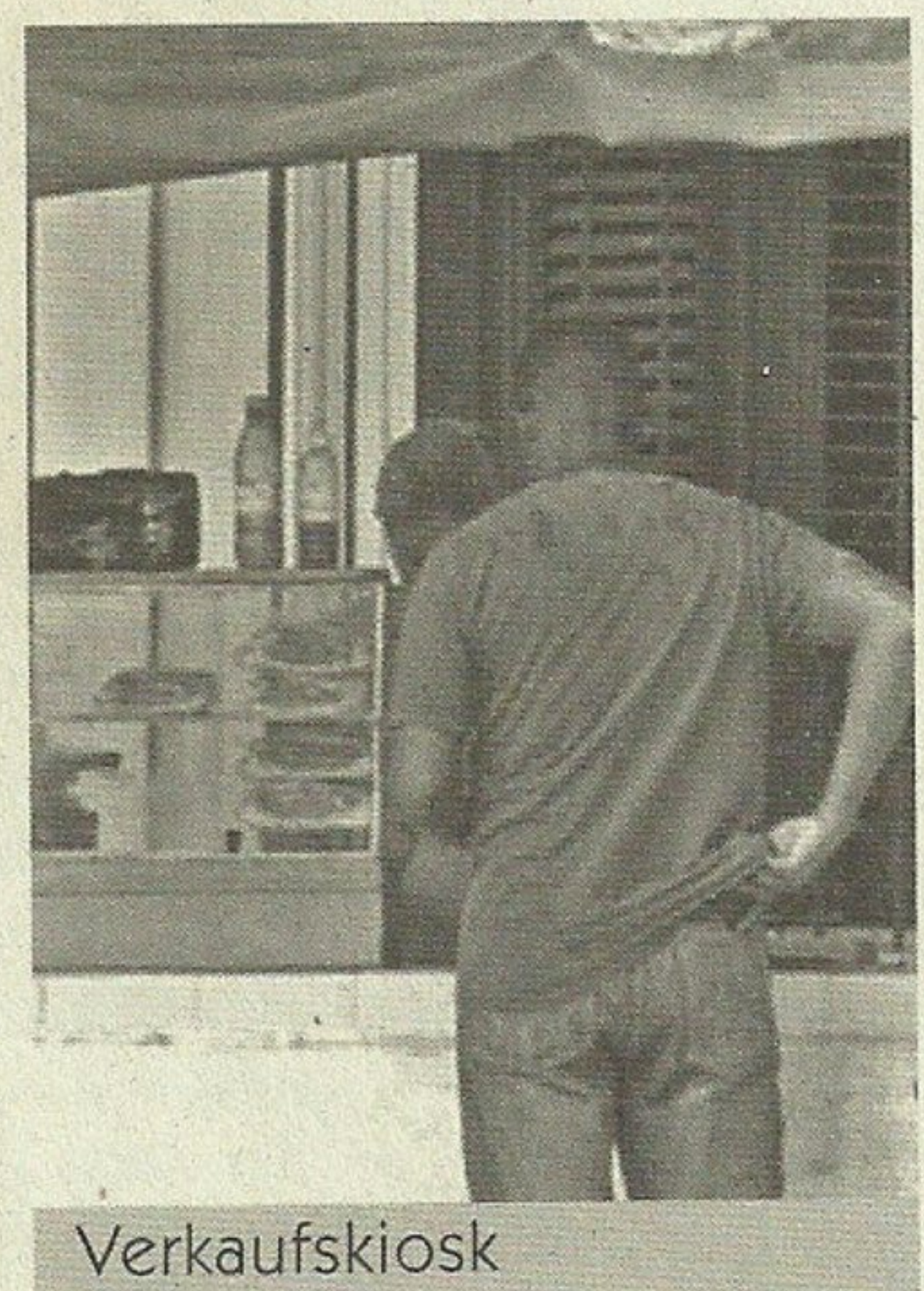
Castro machte diese Ankündigung in einem ungewöhnlichen Rahmen, nämlich während eines Treffens mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, vor Hunderten von Funktionären beider Regierungen. Dieses Szenario wurde sicherlich nicht zufällig ausgewählt, sondern sollte die Botschaft vermitteln, dass das Bündnis mit Venezuela für die Insel lebenswichtig ist. Präsident Chávez nutzte auch gleich die Gelegenheit, seine Unterstützung für die geplante Wirtschaftsreform zu äußern.

Lange wurde der Termin für diesen VI. Kongress hin- und hergeschoben. Eigentlich hätte er bereits im Jahre 2002 stattfinden sollen, aber verschiedene tiefgehende Ereignisse und die Tatsache, dass es sich um den letzten Kongress handelt, der von den alten Kämpfern der Revolution bestimmt wird, haben ihn immer weiter nach hinten rücken lassen.

### Die Zeiten sind andere

Der V. Kongress 1997 hatte seinerzeit den politischen Widerstand und die Einheit angesichts der wirtschaftlichen Probleme und des internationalen Würgegriffs betont. 13 Jahre später haben sich die Zeiten geändert. Linke Regierungen und revolutionäre Prozesse haben dazu geführt, dass Cuba nicht mehr allein ist in seinem Widerstand gegen den Imperialismus.

Trotzdem schien niemand die kom-



Verkaufskiosk





Lineamientos – Richtlinien

plexe, schwierige Situation wahrhaben zu wollen, in der Cuba sich befand, bis zu dem Moment, als Fidel Castro am 17. November 2005 die Worte sprach, die für viele so erschütternd waren, dass selbst die cubanische Presse, die sonst jede Aussage Fidels

kommentiert, zunächst in lähmendes Schweigen verfiel. »Dieses Land kann sich selbst zerstören; diese Revolution kann sich zerstören. Sie können sie nicht zerstören, aber wir schon. Wir können sie zerstören und es wäre unsere Schuld.«

Der Mythos von der unbesiegbaren Revolution war gebrochen. Die Probleme der Bürokratie und der Korruption verlangten eine grundsätzliche Veränderung der Politik, ein neuer Parteitag war erforderlich. Als Fidel Castro wegen seines bedrohlichen Gesundheitszustands am 31. Juli 2006 als Präsident zurücktrat, lag dieser Parteitag aber zunächst wieder in weiter Ferne.

Nach den Wahlen 2008 wurde die Bevölkerung aufgerufen, Verbesserungsvorschläge auf allen Gebieten zu machen. Damals gingen Tausende von Ideen ein, von denen man später nichts mehr gehört hat, die sich aber möglicherweise in den Parteitagsdebatten und Beschlüssen wiederfinden werden.

Bereits vor dem Parteitag aber wurde eine einschneidende Maßnahme in Gang gesetzt - die Entlassung von zunächst 500.000 Arbeitern aus dem Staatssektor und parallel dazu eine Vergrößerung des nichtstaatlichen Sektors. Diese Maßnahmen sind bereits im Gange und sollen bis März 2011 abgeschlossen sein.

Der Gesamtrahmen in dem diese und weitere Maßnahmen gesehen werden müssen, wurde parallel zur Ankündigung des Parteitags veröffentlicht und zwar in den »Richtlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Diese 32-seitige Broschüre soll als Diskussionsgrundlage für die ganze Bevölkerung dienen. Die erste Auflage von 500.000 Exemplaren war in kurzer Zeit ausverkauft und bereits am 27. November lag die zweite Auflage druckfrisch in den Verkaufsstellen.

**»Richtlinien für Wirtschafts- und Sozialpolitik« – wohin geht der Weg?**

Wenn alles so bleibt, wie es ist, wird

die Revolution nicht überleben, das haben sowohl Fidel als auch Raúl deutlich gemacht. Die in den Richtlinien vorgeschlagenen Ideen sollen nun in einer nationalen Debatte erörtert werden. Diese soll zwischen dem 1. Dezember 2010 und dem 28. Februar 2011 stattfinden und ist der eigentliche Beginn des VI. Kongresses der Kommunistischen Partei Cubas (PCC). Man kann diese Debatte als Fortführung der Arbeiter-, Bauern- und Studentenparlamente ansehen, auf die von der Revolution seit ihrem Sieg oft zurückgegriffen wurde. Das zugrundeliegende Dokument, das jetzt Ausgangspunkt für die öffentliche Diskussion ist, wurde von der wirtschaftspolitischen Kommission des Kongresses ausgearbeitet. Nach einer ausgiebigen Debatte soll dann, angereichert mit den Vorschlägen aus allen Teilen der Bevölkerung, das endgültige Dokument entstehen, das dann vom höchsten Gremium der Partei, dem Parteikongress, im April 2011 beraten wird.

Während die Broschüre mit den Vorschlägen der Bevölkerung zugänglich gemacht wurde, fand ein nationales Seminar statt, um die Kader und Spezialisten auf ihre Rolle vorzubereiten. Sie sollen nämlich in den nächsten Monaten in ihren Provinzen verantwortlich die Debatten organisieren. In einem seiner Beiträge während des viertägigen Seminars sagte Raúl Castro:

**»Es geht nicht darum, die Leute von dem zu überzeugen, was in dem Projekt steht, sondern die Dinge zu erklären und penibel alle Meinungen aufzunehmen, weil es das Volk ist, das in diesem Prozess entscheidet.«**

Vorher hatte er noch ausgeführt, dass Diskrepanzen das Leben bereichern. Das müsse eine Maxime innerhalb der Partei sein. Diese Idee wiederholte er einige Male genauso wie die Aussage, dass die Ideen Fidels in jeder der vorgeschlagenen Richtlinien enthalten seien.

Das alles sieht aus wie ein Musterbeispiel an direkter, partizipativer, von den Wurzeln kommender sozialistischer Demokratie.

Die beiden wichtigsten Führer der einzigen Revolution, die mehr als 50 Jahre lang unter der Daueraggression des Imperiums für die Durchsetzung sozialistischer Ideen gekämpft hat, legen dem Volk die Vorschläge der Partei vor, an denen sie selbst mitgearbeitet haben.

Wenn wir uns die Richtlinien genauer ansehen, wird deutlich, dass es darin um eine gewaltige und unabwendbare radikale Erneuerung des gesamten wirtschaftlichen Systems geht, von den Mechanismen zur sozialen Umverteilung, bis zu den Kriterien der Beschäftigung von Arbeitskräften. Bei all dem wird aber, was das Sozialeigentum, die wichtigsten Produktionsmittel und die nationale Souveränität über die wirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen angeht, nicht zurückgewichen. Allerdings wird jetzt ein wichtiger Teil des sozialen Eigentums nicht mehr staatlich, sondern kooperativ sein, etwa in der Landwirtschaft, bei den Dienstleistungen und anderen Zweigen. Dabei werden sowohl die Kooperativen als auch die staatlichen Unternehmen dazu übergehen, über wachsende Vorrechte, Entscheidungsmöglichkeiten und Ressourcen zu verfügen. Das kann dazu führen, dass die partizipative Demokratie gestärkt wird, ebenso wie die Funktion des Staates bei der sozialistischen Planung und die Waffen, die er zur Verfügung hat, gegen die Bürokratie zu kämpfen.

Gleichzeitig wird ein neuer Sektor entstehen, gebührend reguliert, der Aufgaben übernimmt, die der Staat niemals hat erfüllen können. Die cubanische Führung vermeidet das Wort »Reform« und zieht den Begriff »Aktualisierung des ökonomischen Modells« vor. Man möchte dadurch deutlich machen, dass es nicht darum geht, die Substanz, den Sozialismus, zu verändern sondern einen großen Sprung zu seiner Vervollkommnung zu tun. Es geht weiter darum, diese Ziele zu verfolgen auf dem Weg zu einer höheren Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung und dabei die dafür notwendigen Veränderungen vorzunehmen, die Irrtümer zu beseitigen und die Regeln zu ändern, die seinerzeit unerlässlich gewesen sein mögen, die aber jetzt ein Hindernis beim Aufbau des Sozialismus sind. Es geht auch darum, die Wettbewerbsfähigkeit und den Lebensstandard des Landes inmitten der schwierigen und unvorhersehbaren Bedingungen der Krise des Kapitalismus anzuhoben, ohne jemanden schutzlos zurückzulassen. Die Aufgabe der sozialen Netze ist es, dies zu verhindern.

Soweit die Zusammenfassung eines optimistischen Artikels von



Angel Guerra Cabrera, der in der mexikanischen Tageszeitung La Jornada erschienen ist.

### Zeiten der Veränderung

Um zu verdeutlichen, wie absurd sich manche Dinge in Cuba entwickelt haben und wie dringend sich etwas ändern muss, sollen hier die Beispiele aufgeführt werden, die Atilio Boron, der argentinische Professor und Autor vieler Bücher und Aufsätze, in seinem Artikel »Cuba, tiempos de cambio« stellvertretend für viele genannt hat.

»In einem Land mit einem so großen Wohnungsproblem wie Cuba registriert die staatliche Stelle, die für die Bauwirtschaft zuständig ist, 8.000 Maurer und 12.000 Personen, deren Aufgabe darin besteht, die staatlichen Depots, wo das Baumaterial gelagert wird, zu überwachen.

Offizielle Regierungsberichte stellen fest, dass 50% des für Landwirtschaft nutzbaren Landes brach liegen und das in einem Land, das zwischen 70 und 80 Prozent aller Nahrungsmittel, die es verbraucht, einführen muss.

Fast ein Drittel der Ernte geht verloren, weil es Koordinierungsprobleme zwischen den Produzenten (staatliche Organe, landwirtschaftliche Genossenschaften oder Unternehmen anderer Art), den Unternehmen, die die Produkte lagern und verteilen und den staatlichen Transportunternehmen gibt, die alle Produkte zu den Konsumenten bringen. Oder dass Friseur- und Schönheitssalons in Händen des Staates liegen müssen - auf welcher Seite des Kapital empfiehlt Marx so etwas? Oder dass in diesen Salons die Arbeiter alles Zubehör und alles Material bekommen, das sie für ihre Arbeit benötigen, man ihnen ein Gehalt zahlt und sie trotzdem ihren Kunden einen Preis abverlangen, der zehn Mal höher liegt als der offizielle, der irgendwann vor Jahrzehnten einmal festgelegt wurde und sie für dies alles keinen Centavo an Steuern bezahlen?«

Jetzt wird der Staat sich also nicht mehr um den Haarschnitt der Bevölkerung kümmern. Das ist eine Neuerung, die sicherlich mit Fassung getragen wird. Aber die Richtlinien enthalten vieles, was dem einfachen Cubaner, und nicht nur diesem, mehr oder weniger tiefe Sorgenfalten ins Gesicht gräbt.

### 291 Richtlinien

Alle 291 Punkte der Richtlinien aufzulisten, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Aber um eine Vorstellung davon zu bekommen, hier ein kleiner Exkurs:

In **Punkt 2** steht z.B. »außerhalb der staatlichen sozialistischen Unternehmen, die die wichtigste Form der nationalen Wirtschaft bilden« erlaubt man auch »die Existenz von joint-venture Unternehmen, Kooperativen, Nutzung von Land, Vermietungen von Örtlichkeiten, Arbeiter auf eigene Rechnung und andere Formen, die dazu beitragen können, die Wirksamkeit der sozialen Arbeit zu erhöhen«.

**Punkt 18** besagt, dass die Einkünfte der Arbeiter von den Ergebnissen abhängen, die von ihren jeweiligen Unternehmen erzielt werden. (Das kann bedeuten, dass Unternehmen mit lukrativen Produkten besser dastehen und die Arbeiter in Unternehmen, die schlecht geführt werden, keine guten Karten haben.)

**Punkt 23** stellt fest, dass jedes Unternehmen die Preise für seine Produkte und Dienstleistungen selbst festlegen wird und Rabatte gewähren kann.

**Punkt 35** schlägt die Dezentralisierung der Produktion in den Gemeinden vor, die den Verwaltungsräten der Gemeinden untersteht. (Es ist noch nicht klar, wer sie wählt und wer sie kontrolliert.)

**Punkt 44** besagt, dass die Expansion der Dienstleistungen reduziert werden muss und diese vom allgemeinen Verlauf der Wirtschaft abhängen wird.

**Punkt 45**, dass man die Einfuhr von Betriebsmitteln und Produkten für die Industrie senken muss, da diese von den vorhandenen Devisen abhängt. Unter den wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen heißt es, dass das Problem des Umlaufs zweier Währungen weiter geprüft wird und man darüber entscheiden wird, wenn der Verlauf der Wirtschaft es erlaubt.

**Punkt 65** stellt fest, dass das Land streng alle Schulden bezahlen werde, um das Vertrauen der Investoren zu gewinnen und Anleihen zu bekommen. (Diese Politik hat bekanntlich immer zwei Seiten, denn bei

penibler Rückzahlung der Schulden steht das Geld nicht mehr für die Binnenwirtschaft zur Verfügung. Außerdem sollen exzessive Kosten bei offiziellen Ausgaben reduziert werden oder ganz wegfallen. (Was exzessiv ist, wird nicht weiter erläutert.)



**Punkt 138** führt aus, dass die Immatrikulation für die verschiedenen Studiengänge der Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft entsprechen muss.

**Punkt 142** legt fest, dass die Bedingungen, die geschaffen werden, dass die Arbeiter studieren können, »von deren Freizeit abhängig sind und mit ihren persönlichen Anstrengungen geleistet werden müssen.« (Das heißt, dass es keine Stipendien, Sabbatjahre, Anreize oder ähnliches mehr gibt.)

**Punkt 158** entscheidet die privaten Dienstleistungen auszudehnen.

**Punkt 159** fügt hinzu, dass sich Prozesse zur Verfügbarkeit von Arbeitskraft entwickeln, was heißt, dass die Zahl der Beschäftigten drastisch reduziert wird. Auch wenn es in diesem Dokument nicht vermerkt ist, steht in weiteren Beschlüssen zu diesem Punkt, dass ein Arbeiter, der 30 Jahre in einem Betrieb gearbeitet hat, im Falle der Entlassung fünf Monate lang 60% seines Lohnes erhalten wird, wer weniger lange gearbeitet hat, erhält entsprechend weniger.

Eine andere Maßnahme, auch auf wirtschaftlichem Gebiet, ist der geordnete Ausstieg aus der berühmten »libreta«, mit der seit 1962 die Bevölkerung ihre Grundversorgung zu symbolischen Preisen sichern konnte.

**Punkt 162** sagt dazu, dass die »libreta« »den bedürftigen Bürger genau so bedient wie denjenigen, der Hilfen nicht benötigt und so die Personen zu Tauschgeschäften und Wiederverkauf animiert und den Schwarzmarkt fördert.«

Gegenwärtig befriedigen die Rationen auf »libreta« sicher nicht alle für die Ernährung notwendigen Bedürfnisse, trotzdem ist sie für die schwächeren Teile der Gesellschaft wie Rentner ohne weiteres Einkommen oder Hausfrauen mit wenig Mitteln immer noch wichtig. Die Menschen fragen sich jetzt natürlich, was passiert, wenn es keine »libreta« mehr gibt und wie viel sie dann für die Produkte bezahlen müssen. Viele haben Angst davor.

Der **Punkt 164** legt fest, dass das





10 Jahre Cuba – Venezuela

Essen in den Kantinen nicht mehr subventioniert wird.

Im Kapitel »Sozialpolitik«, Punkt 129 heißt es in den Richtlinien, dass man »weiterhin die Errungenschaften der Revolution erhält, wie den Zugang zur medizinischen Versorgung, zu Bildung, Kultur und Sport, Freizeitgestaltung, soziale Sicherheit und den Schutz durch die Sozialhilfe für diejenigen, die sie benötigen«.

Punkt 177 erklärt, dass die Preisbildung der Mehrheit der Produkte von Angebot und Nachfrage bestimmt wird.

Punkt 184 sagt, dass die Investitionen sich auf die effizientesten Produkte konzentrieren. (Das sind nicht unbedingt die von größter Wichtigkeit für die Bevölkerung.)

#### **Zum ersten Mal rührt man an der staatlichen Beschäftigung**

... und den Subventionen und versucht so, den círculo vicioso »niedrige Löhne - niedrige Produktivität« zu durchbrechen. Diese Richtlinien gehen weit über die Veränderungen in den 90er Jahren hinaus, als man, inmitten der Krise, die dem Zusammenbruch der Sowjetunion folgte, am Niveau der öffentlichen Ausgaben und der Politik der vollen Beschäftigung festhielt.

Die Trennung zwischen Regierung und Unternehmen gehen in die entgegengesetzte Richtung zur Politik der 90er, als man die offizielle Kontrolle über die Unternehmen erhöhte. Jetzt wird mit einer Tradition der sowjetischen Ära gebrochen, nach der die Wirtschaft sich den Ministerien unterordnen soll, die ihrerseits die Norm, die Planung, die Durchführung und die Kontrolle ausüben.

Es entsteht ein unternehmerischer Sektor, der weiter in den Händen des Staates ist, der aber über größere Macht, eigene Satzung und Überwachungsmechanismen verfügt. Die öffentlichen Unternehmen werden unabhängig über die Zusammensetzung ihrer Leitung, ihr Personal und ihre Investitionen entscheiden und werden ihre Preise und Tarife innerhalb einer allgemeinen Politik selbst festlegen. Sie

finanzieren ihre Produktion nicht aus Ressourcen des Staatshaushalts und bezahlen ihre Löhne je nach Leistung des Arbeiters. Mit dem, was nach den Steuern und anderen Verpflichtungen übrig bleibt, können sie Entwicklungsfonds bilden, Investitionen tätigen und Prämien an die Arbeiter auszahlen, aber die Unternehmen, die häufig Verluste einfahren, werden von der Bildfläche verschwinden.

Das System der sozialistischen Planung wird weiterhin der wichtigste Weg sein, um die Wirtschaft zu leiten, aber es muss sich an die Koexistenz zwischen autonomen staatlichen Unternehmen, Kooperativen und den Privaten gewöhnen, mittels neuer Methoden der Planarbeit und der Kontrolle des Staates über die Wirtschaft.

Eine Konsequenz des neuen Denkansatzes wird die Reduktion des Regierungsapparats sein.

Das Dokument sagt nun, dass sich der Personalbestand der Einrichtungen soweit reduziert, wie noch die Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben garantiert werden kann. Das wichtigste Kriterium ist, Personal und Staatsausgaben zu sparen. Die Teile der Regierung, die ihre Operationen finanzieren und Überschuss schaffen können, ändern ihren Status und werden Unternehmen.

Als Strategiedokument bestehen die Richtlinien nur aus kurzen Darlegungen, die nicht entwickelt wurden. Aber einige sind deutlich genug, um die Richtung der vorherrschenden Politik zu enthüllen, wie im Fall der Immobilien, die aus jeder kommerziellen Transaktion vom Gesetz her ausgeschlossen sind.

Eine weitere Neuerung ist die Erwähnung von Kooperativen zweiten Grades, die nur ganz kurz als Vereinigung von verschiedenen Kooperativen definiert werden, was größeren vergesellschafteten Unternehmen Raum geben könnte.

Sonderzonen der Entwicklung entstehen, in Mariel im Nordwesten und in Cienfuegos in der Mitte der Insel, mit der Modernisierung ihrer Häfen, der Schaffung von Infrastruktur und einem wachsenden Industriepark.

#### **Glorreiche Neuerung oder erzwungener Rückzug?**

Es gibt viele in der Kommunistischen Partei und unter den marxistischen Intellektuellen, die diese notwendigen Maßnahmen aber nicht als glorreiche Neuerung, sondern als einen durch die Umstände erzwungenen Rückzug ansehen. Ein notwendiges, aber zeitweiliges Übel, aber kein Weg nach vorn als Alternative beim Aufbau des Sozialismus. Diese Neuerungen seien das eine, aber es sei etwas völlig anderes, die Ungleichheit als etwas zu Tolerierendes, Normales, Unausweichliches, ja sogar als gesund für das Funktionieren des Systems anzusehen, heißt es in dem Aufsatz von Frank Josué Solar Cabrales, einem jungen Professor für amerikanische Geschichte an der Universität von Santiago.

Seiner Meinung nach muss deutlich werden, dass es sich um etwas Konjunkturelles handelt. Er befürchtet, dass irgendwann diese Reformen ihre wachsende Eigendynamik entwickeln, bis hin zu einer langsamen und subtilen kapitalistischen Restauration. Die sozialen Verwerfungen, die sie selbst geschaffen hat, könnten sich so gegen die Revolution richten. Weiter auf diesem Weg zu gehen, werde unausweichlich die pro-kapitalistischen Sektoren innerhalb der cubanischen Gesellschaft stärken und die sozialistischen Werte von Gleichheit und Solidarität aushöhlen.

Für ihn erhebt sich auch die Frage, in wie weit die gegenwärtige Kampagne gegen Gratiszuwendungen, Subventionen, gegen Gleichmacherei und bestimmte Prinzipien sozialer Gleichheit die wesentlichen sozialen Errungenschaften der Revolution beeinträchtigen. Es sei ein Widerspruch, den Sozialismus aufbauen zu wollen, indem man die Ungleichheit fördert, oder sie als normal und unausweichlich akzeptiert. Das könne ja schon der Kapitalismus ganz gut.

Er gesteht dem Sozialismus nur eine bestimmte Dosis von Ungleichheit während einer Übergangszeit als vorübergehendes Übel zu, aber er müsse sich vom ersten Tag an auf eine allmähliche Reduzierung konzentrieren. »Es ist nicht möglich, eine Wirtschaft zu haben, die auf kapitalistischer Basis funktioniert und politisch ein sozialistisches Modell aufrecht zu erhalten«, sagt er und führt weiter aus:

»Der Lohn nach erbrachter Leistung und die Benutzung des Lohns als Ansporn für die Produktion führt nicht dazu, dass der Arbeiter



gemäß seiner Fähigkeiten arbeitet, sondern über diese hinaus, genauso wie im Kapitalismus, der ihn ausbeutet und das Maximum seiner Kraft fordert, damit er seine und die materiellen Bedürfnisse der Familie erfüllen kann. Am Ende kommt es so, dass man die individuelle Lösung über die kollektive stellt, der Wettbewerb zwischen den Arbeitern und Unternehmen läuft dem sozialistischen Geist entgegen.«

Er meint, dass trotz seiner Systemkrise der Kapitalismus nie zuvor in Cuba so viele Anhänger gehabt habe und er argumentiert:

**»Wir machen die Arbeit des Feindes, wenn wir, ohne dass wir es wollen, zur theoretischen und ideologischen Rechtfertigung des Kapitalismus beitragen.«**

»Die scheinbare Sackgasse, in der sich das soziale Projekt Cubas befindet, rührt auch aus der Tatsache, dass es unmöglich ist, den Sozialismus in einem einzigen Land aufzubauen. Angesichts der verspäteten lateinamerikanischen Revolution bleibt als einzig möglicher Ausweg die Übernahme von Reformen des Marktes. Für uns ist es eine Frage von Leben oder Tod, dass sich die sozialistische Revolution auf ganz Lateinamerika ausdehnt. Auch aus diesem Grund sollten die cubanischen Revolutionäre den Vorschlag von Präsident Chávez, die V. Internationale zu schaffen, begeistert aufnehmen und sich in deren wichtigste Antreiber verwandeln. Für die cubanische Revolution ist eine internationalistische Politik nicht nur eine Frage der Moral oder der Tradition, sondern des Überlebens.

Die Vorstellung, dass langfristig eine gewisse Dosis Marktwirtschaft und Sozialismus koexistieren können, ist eine gefährlich Illusion. Genauso gefährlich ist es anzunehmen, dass Umwandlungen im ökonomischen Bereich keine Auswirkungen auf die politischen Strukturen haben.

Da der Sozialismus vor allem eine Sache des Bewusstseins ist und nicht nur bedeutet, etwas auf dem Teller zu haben, so ist nicht nur wichtig, was man produziert, sondern auch, wie man es produziert.«

Er sieht drei Schlüsselemente in der gegenwärtigen Situation, die man beachten sollte.

Einmal, dass die Cubaner grundsätzlich dem sozialistischen Projekt positiv gegenüber stehen und dass diejenigen, die von einer Wiedereinführung des Kapitalismus träumen, keinerlei öffentliche Akzeptanz haben.

Zum andern, dass der politische Wille der Führung der Revolution und des Volkes vorhanden ist, den Sozialismus, koste es was es wolle, zu erhalten. Trotz aller guten Absichten könnten aber viele dieser Veränderungen Kräfte auslösen, die ihre eigene Logik entwickeln und außer Kontrolle geraten könnten.

### **Veränderte internationale Bedingungen**

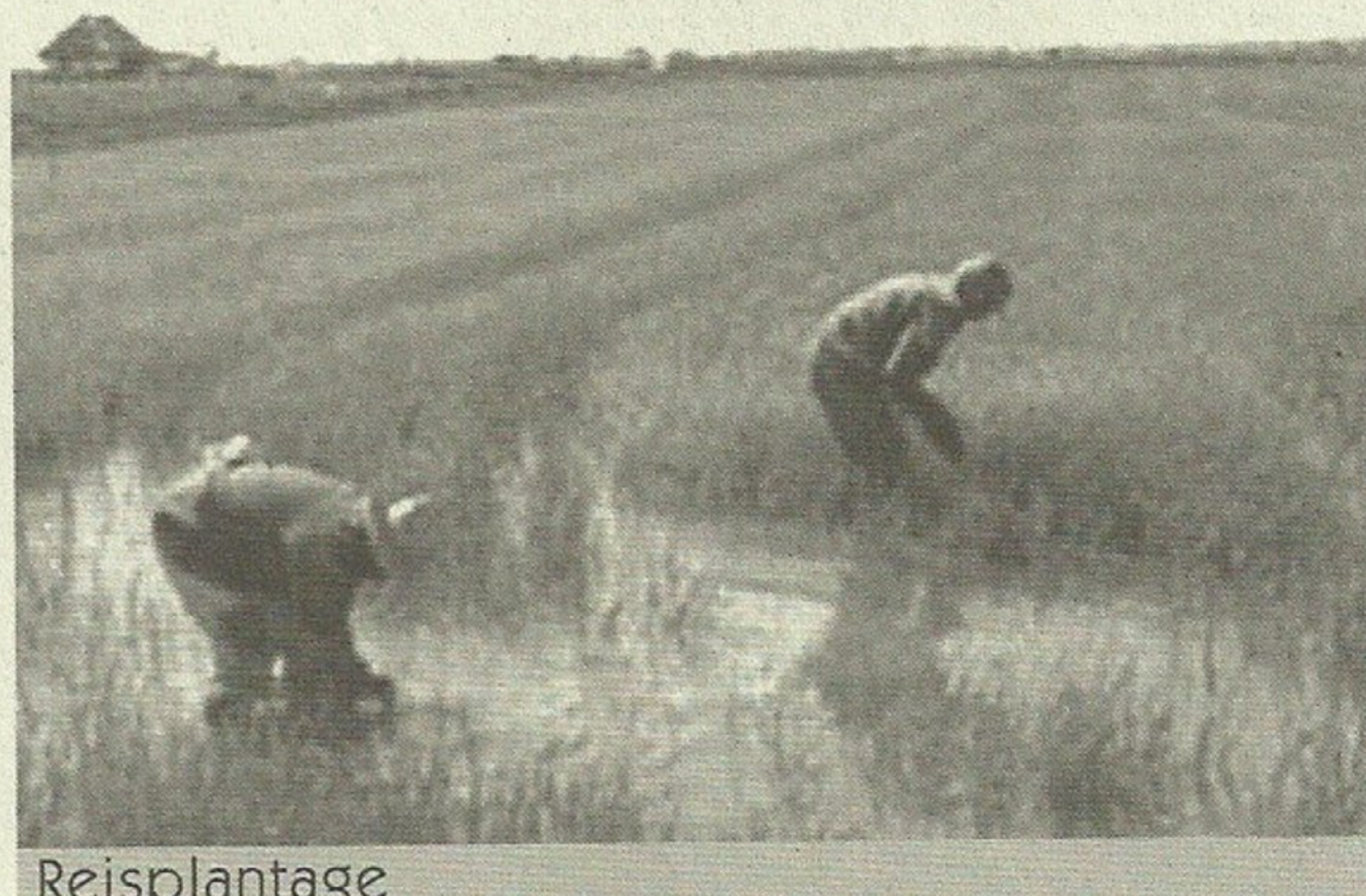
Der dritte wichtige Faktor sind die internationalen Variablen, insbesondere der Prozess in Venezuela, der einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung in Cuba haben wird.«

Mut machen ihm die wiederholten Aufrufe an die Arbeiter, sich am Kampf gegen Korruption und Ineffizienz und an den Diskussionen zum Plan zu beteiligen. Auch der Aufruf zu einer stärkeren Demokratisierung der Kommunistischen Partei und der Partei- und Regierungsstrukturen. Denn die breite Beteiligung des Volkes an der Entscheidungsfindung sei einer der Vorteile gegenüber dem Kapitalismus, der möglichst viele vom politischen Prozess ausschließen möchte.

Da sieht er allerdings noch Handlungsbedarf, denn das Ergebnis der Volksbefragung nach der Rede Raúl's in Camagüey sei bis jetzt nur einer kleinen Gruppe von Personen bekannt.

Er erinnert daran, dass die Cubaner in den 90er Jahren die Sonderperiode mit unglaublichem Durchhaltevermögen gemeistert haben. Eine neue Sonderperiode würde unter völlig anderen Bedingungen stattfinden. Die Führung Fidels und das Vertrauen des Volkes in ihn haben die Einheit und den sozialistischen Weg gewährleistet. Seine Lücke könne von niemanden ersetzt werden. Vital sei jetzt eine vereinte solide Partei mit größtmöglicher interner Demokratie und ein Ambiente freier Ideen zwischen Revolutionären.

Die größte Gefahr ist für ihn die sich ausdehnende Entpolitisierung der Jugend, die von dem offiziellen pragmatischen Diskurs noch gefördert werde.



Reisplantage

### **Kollektive Lösungen oder Verbreitung kapitalistischer Werte?**

Camila Pineiro Harnecker hat sich schwerpunktmäßig mit den Risiken für die cubanische Wirtschaft auseinandergesetzt, die eine Ausdehnung des nicht-staatlichen Sektors in sich bergen und gibt Anregungen, wie man diese vermeiden kann.

Zunächst muss ihrer Meinung nach ein sozialistisches Unternehmen nicht notwendigerweise vom Staat verwaltet werden. Das, was für sie ein sozialistisches Unternehmen ausmacht, ist die Art, wie dessen Verwaltung oder Management durch die Gesellschaft kontrolliert wird: durch das Arbeiterkollektiv, durch die Gemeinde, in der es seinen Sitz hat und durch andere soziale Gruppen, die auf irgendeine Art mit dem Unternehmen zu tun haben.

Wenn man dieser Logik folgt, kann auch eine Person, die allein arbeitet (also der *cuentapropista* – Arbeiter auf eigene Rechnung) oder ein Unternehmen, das demokratisch von Arbeitern geführt wird und außerdem am sozialen Interesse ausgerichtet ist, ein sozialistisches Unternehmen sein. Diese bilden ihrer Meinung nach echte, genuine Instanzen von sozialem Eigentum. Deswegen bedeute deren Einführung keinen Rückschritt beim Aufbau des Sozialismus.

Allerdings wäre ein Unternehmen, das nur von einer Person kontrolliert wird, also z.B. der Arbeiter auf eigene Rechnung, kein sozialistisches Unternehmen mehr, wenn er eine Arbeitskraft dauerhaft unter Vertrag hat. Dann werde es zu einem Unternehmen, in dem es einen Kapitalisten gibt, der alle Entscheidungen trifft und keine Mitsprache der Arbeiter erlaubt; in dem die Arbeiter, indem sie ihre Arbeitskraft verkauft haben, ihr Mitspracherecht aufgegeben haben. Nach der marxistischen Theorie sei diese private (nicht soziale) Kontrolle oder dieses »Privateigentum« die Basis des Funktionierens der kapitalistischen Gesellschaft. Ausgehend von der alltäglichen Praxis dieser Beziehung zwischen den Personen, bei den Kapitalisten genauso wie bei den Lohnabhängigen, ent-





Che Guevara

wickelten sich die Werte des Individualismus, des Egoismus und der Apathie und Unempfindlichkeit gegenüber den Bedürfnissen und Interessen der anderen.

Deswegen sieht sie ganz klar die Gefahr, die darin steckt, wenn gefördert wird, dass jede Einzelperson ohne Begrenzung Ar-

beiter einstellen kann. Wenn noch nicht einmal die Möglichkeit bestehe, bei Arbeiten, für die mehr als eine Person nötig ist, selbstverwaltete Unternehmen zu schaffen, dann sieht sie darin die Verbreitung kapitalistischer Werte, zu der es komme, »wenn wir individuellen Lösungen gegenüber den kollektiven den Vorzug geben, der autoritären Betriebsführung gegenüber der demokratischen und dem Egoismus gegenüber der Solidarität.«

Deswegen empfiehlt Camila Pineiro, unbedingt die selbstverwalteten Unternehmen (Kooperativen) gegenüber der Lohnarbeit zu begünstigen. Sie sagt, Marx definiere die sozialistische Produktion als Zusammenschluss von freien Arbeitern, vereint durch einen Plan. Deswegen sei es weder nötig noch ratsam, die Lohnarbeit zu verbieten. Man sollte aber klare Grenzen setzen und sie so regeln, dass es dem Einzelunternehmen attraktiver erscheint, selbstverwaltete Kooperativen aufzubauen und die potentiellen Lohnarbeiter auch lieber bei diesen arbeiten.

Sie fordert deshalb ein Gesetz für Kooperativen, das sehr weit gesteckt sein kann und den Staat in die Pflicht nimmt, diese zu unterstützen. Dafür wäre eine Institution wie die ANAP (Kleinbauernverband) zu schaffen, die diese Aufgabe bei landwirtschaftliche Kooperativen hat.

Ein weiteres Risiko sieht sie in der Ausrichtung der Wirtschaft auf Gewinn anstatt auf die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse.

#### **Die Arbeitsorganisation beim Aufbau des Sozialismus**

... basiere auf für die Klassiker des Marxismus zwei besonders wichtigen Elementen. Einmal, dass die Unternehmen Vereinigungen von freien Arbeitern sind, die demokratisch geführt und durch einen Plan vereint und geleitet werden, der die sozialen Interessen befriedigt. Die Planung sei nicht

nur notwendig, um die zyklischen Krisen des Kapitalismus zu vermeiden, sondern auch deshalb, damit die Gesellschaft wirklich entscheidet, was wichtig für sie ist und nicht nur, was den Unternehmen den meisten Gewinn einbringt.

Andererseits würde, wenn die Gesellschaft nicht die Kontrolle darüber ausübe, dass die Wirtschaft ihren Interessen entspricht, Gewinnmaximierung angetrieben. Dies sei die Logik der Marktwirtschaft. Gewinnmaximierung stimme aber nur selten mit öffentlichem Interesse überein. Mit dieser Logik würden die Unternehmer aber Gewinn vor Notwendigkeit setzen und das Angebot, das sie produzieren, ziele darauf, diejenigen mit der größten Kaufkraft zu befriedigen. Sie würden auch die Preise so hoch wie möglich über ihren Kosten ansetzen, Steuern versuchen zu vermeiden, die Rohstoffe verwerten, die am billigsten seien, aber möglicherweise die Gesundheit und die Umwelt schädigen, um nur einige Faktoren zu nennen.

Um das zu vermeiden empfiehlt Camila Pineira, bei den nichtstaatlichen Unternehmen die soziale Kontrolle durch die Regierung und die Bürger der jeweiligen Orte zu fördern.

Sie glaubt, dass für ein System des Marktes die Planung von oben nicht die einzige Alternative ist. Sie beruft sich dabei auf diverse Ökonomen, die gezeigt haben, wie Einrichtungen aussehen müssen, die den horizontalen Austausch mit einer mit dem sozialen Interesse kompatiblen Logik fördern und möglich machen ohne merkantilen Austausch. Anstatt die Beziehungen des Marktes als unausweichlich zu akzeptieren sei es möglich, eine höhere Synthese zu etablieren, die Vorteile der dezentralen Aktivitäten mit denen, die durch soziale Interessen definiert sind, kombiniere. Das sei nichts anderes, als dafür zu sorgen, dass die Unternehmen, staatlich oder nicht, unter einer Logik operieren, die sozial verantwortliches Handeln prämiert und die bestraft, die gegen das soziale Interesse agieren. Diese Idee wird noch weiter ausgeführt.

Sie kommt zu dem Schluss, dass die Förderung der nichtstaatlichen Unternehmen negative Konsequenzen haben kann, wenn es nicht gelingt, die staatlichen Unternehmen zu dezentralisieren und zu demokratisieren. Unter anderem sieht sie die Gefahr des vermehrten Raubs an Betriebsmitteln vom staatlichen zum privaten Sektor. Deswegen wäre es ihrer Meinung nach besser gewesen, die staatlichen Unternehmen erst zu reformieren, bevor man die nichtstaatlichen zugelassen hat.

Andererseits sieht sie aber auch die Gefahr, dass, wenn man nicht ein Mindestmaß an Bedingungen schafft, dass die neuen nichtstaatlichen Unternehmen erfolgreich sein können, bevor die geplanten Entlassungen stattfinden, man Gefahr laufe, dass sie in großer Zahl scheitern. Diese Leute würden dann das Vertrauen in ihre Fähigkeiten verlieren und es nicht noch einmal versuchen und so das Problem der Arbeitslosigkeit verschärfen mit schlimmen Folgen für die Gesellschaft im allgemeinen.

Kleinere und mittlere Unternehmen könnten, wenn alles gut gehe, Arbeitsplätze schaffen und bisher unbefriedigte Konsumbedürfnisse erfüllen. Aber es komme darauf an, die negativen Folgen, die zu schildern sie versucht habe, zu vermeiden.

Inzwischen wurde angekündigt, dass Cuba im nächsten Jahr Material für die privaten Unternehmer (Arbeiter auf eigene Rechnung) im Wert von etwa 130 Millionen Dollar importieren wird. »Das Land sichert, soweit dies möglich ist, die Grundstoffe und notwendiges Material für die Ausübung der Arbeit auf eigene Rechnung zu«, heißt es in der Granma. Von den 178 Möglichkeiten zur Selbstständigkeit, die seit Beginn des letzten Monats freigegeben wurden, benötigen 31 wie z.B. Privatlehrer oder Übersetzer keinerlei Rohstoffe. 34, wie etwa Uhrmacher oder Schuster nur in geringem Ausmaß. Der Rest aber braucht dringend Werkzeug, Einrichtung und Infrastruktur für die Ausübung ihrer Arbeit. Zwei Berufe wurden wieder von der ursprünglichen Liste gestrichen, weil man sich nicht in der Lage sieht, deren Betriebsmittel zu garantieren. Es handelt sich dabei um Automechaniker und Estrichverleger. Wenn diese ihren Beruf ausüben würden, könnten sie es nur mit aus Staatsbetrieben gestohlenem Material tun.

#### **Der chinesische Weg?**

Immer wieder taucht in der Debatte auch die Frage nach einem möglichen chinesischen Weg für Cuba auf. Das wird besonders in den west-



lichen Medien lanciert, weil man dies als letztendliche Wiedereinführung des Kapitalismus begrüßen würde. Cuba betont immer wieder, dass Cuba nicht China ist und Modelle nicht kopiert werden können. Nur, einige Ideen in dieser Richtung gibt es schon.

Omar Everleny z.B., der Vizedirektor des einflussreichen Zentrums für Cubanische Wirtschaftsstudien (CEEC) an der Universität Havanna, spricht in einem in La Jornada veröffentlichten Interview von der Notwendigkeit, ausländische Investitionen zu fördern, der Notwendigkeit, kleine und mittelgroße Unternehmen zu entwickeln, der Dezentralisierung der Wirtschaft und der Rolle des Marktes in der Wirtschaft. Auf Vietnam bezugnehmend sagt er wörtlich: »In einem Land und einer Ökonomie, sogar wenn sie sozialistisch ist, muss der Markt eine wichtige Komponente sein. In welchem Maß, muss man diskutieren, aber ich denke, dass ein Anteil von Markt für Cuba unter den gegenwärtigen Bedingungen lebenswichtig ist. Vietnam ist es gelungen, den Markt einzuführen und das ist eine Ökonomie mit hohen Wachstumsraten, wachsendem Wohlstand und sie spielt heute weltweit eine Schlüsselrolle beim Export von Basisprodukten.«

Auch in einem anderen Artikel wiederholt er dieselben Ideen über den Aufbau nichtstaatlichen Formen von Eigentum nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch im Produktions- und Servicebereich. »Der Staat sollte für sich selbst die Rolle des Regulators behalten und seine Energie auf die strategischen Sektoren konzentrieren. Die 50 Jahre Sozialismus in Cuba haben mit einigen Ausnahmen gezeigt, dass Rezentralisierung und eine Politik, die darauf gerichtet ist, den Markt zurückzudrängen, wirtschaftliche Rezession und widrige Situationen mit sich gebracht haben. Das ist nicht der Weg, den wir in Zukunft beschreiten sollten. Der Staat sollte von seiner Rolle des allgemeinen Verwalters Abstand nehmen und die des allgemeinen Regulierers übernehmen, ohne das sozialistische Projekt zu verändern, für das sich die Cubaner entschieden haben.«

Auch wenn Everleny weiter von einem sozialistischen Projekt spricht, sieht das schon sehr nach einem Marktsozialismus aus und es ist auch kein Wunder, dass besagter Artikel in einer Zeitschrift der Friedrich Ebert Stiftung veröffentlicht wurde, die weltweit an einer kapitalistischen Konterrevolutionen arbeitet.

Auch eine Studie von Jorge Martio Sánchez Egozcue vom Zentrum für US-Studien an der Universität von Havanna und Juan Triana Cordoví vom CEEC sehen eine Erholung der Landwirtschaft nur durch private ausländische Investitionen und die Förderung von privaten Unternehmen, egal ob kooperativ oder nicht. Das würde ihrer Meinung nach zu einer wachsenden Effektivität des gesamten Systems führen. Gleichzeitig wollen sie die ausländischen Investitionen auf die neuen Sektoren ausbreiten und den gesetzmäßigen Rahmen dafür ändern.

### Alternativen

Dann ist da noch Pedro Campos mit seinem 13-Punkte-Programm, das auch andere unterzeichnet haben und das dem VI. Parteikongress vorgelegt werden soll.

Darin stehen Vorschläge wie die Schaffung von »Arbeiterräten an jedem Arbeitsplatz«. Er will die wirtschaftlichen Probleme Cubas durch die volle Beteiligung der Arbeiter in allen Stufen des Entscheidungsprozesses lösen.

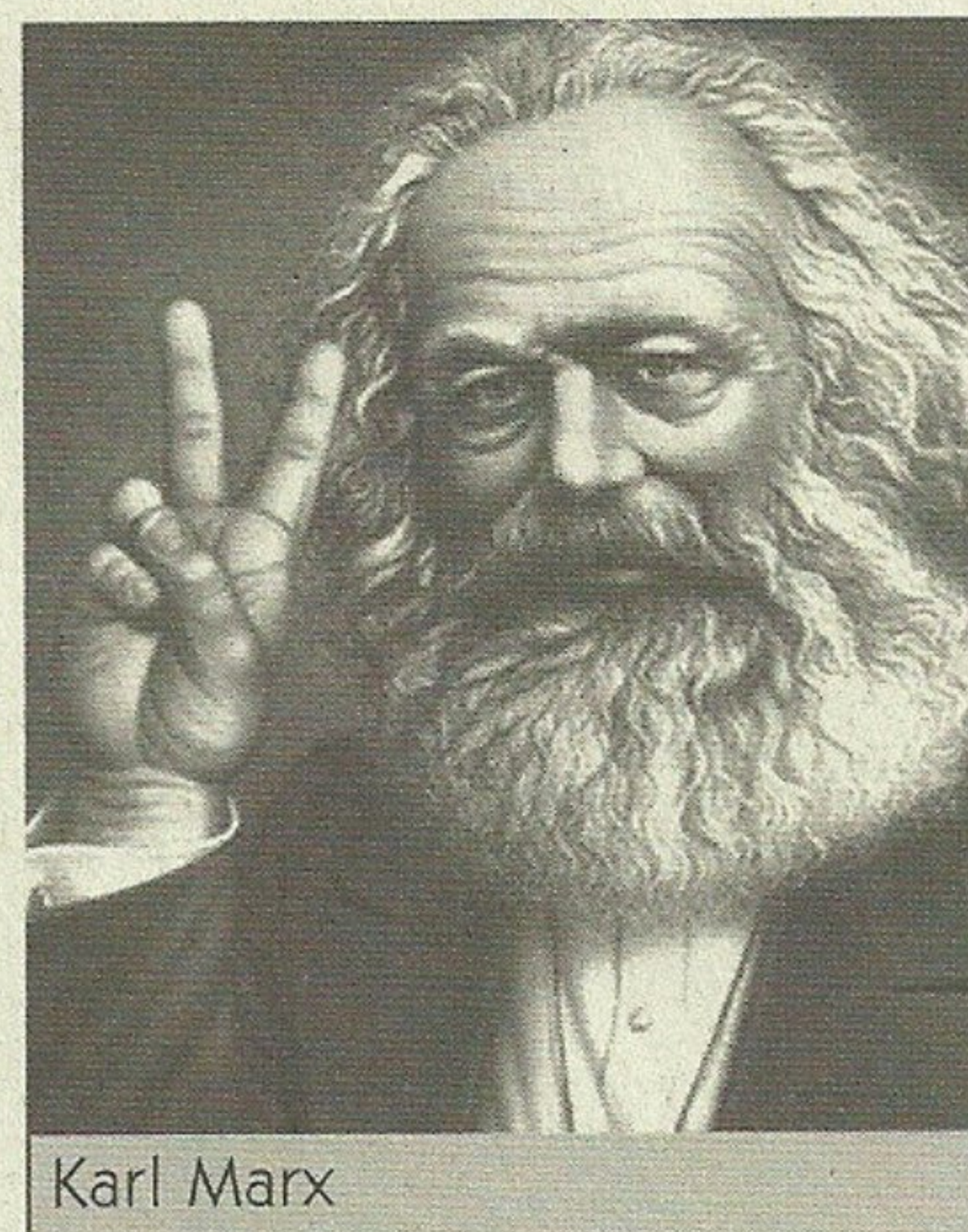
Das soll so weit gehen, dass bei kleinen und mittleren Unternehmen das Eigentum über die Produktionsmittel direkt an die Arbeiter gehen soll, entweder durch Kauf auf Kredit oder vom Staat übergeben. Für die Unternehmen von nationalem strategischem Interesse schlägt er ein Co-Management zwischen Staat und Arbeiterkollektiv vor.

In allen Fällen würde die Lohnzahlung durch gleiches Aufteilen eines Teils des Gewinns erfolgen. Das erinnert ein bisschen an Jugoslawien.

Das Problem eines solchen Systems wird immer die extreme Ungleichheit sein. Es wird immer Betriebe, z.B. im biotechnologischen Sektor, geben, die höhere Gewinne machen als in der Nickel-Industrie, wenn der Weltmarktpreis fällt. Die Gefahr einer Abwanderung aus wichtigen, aber weniger lukrativen Teilen der Volkswirtschaft wäre die logische Folge.

Auch bei diesem Modell müssten die Arbeiter viel arbeiten, um viel

Gewinn zu erwirtschaften, damit sie etwas zu verteilen haben oder um das Konkurrenz-Unternehmen auszustechen. Campos' Projekt sieht nämlich keine Kontrolle des Staates vor, sondern möchte der Aktivität der Wirtschaft freien Lauf lassen.



Karl Marx

### In welche Richtung verläuft der Prozess?

Jorge Martin hegt große Befürchtungen, wenn zu den 170.000 bereits bestehenden Arbeitern auf eigene Rechnung noch weitere 250.000 neue Lizenzen hinzukommen; hinzu kommt, dass jetzt auch noch erlaubt wird, Lohnarbeiter zu beschäftigen. Er sieht, dass sich eine Kluft zwischen all diesen »kleinen Privatkapitalisten« und dem öffentlichen Sektor öffnen wird. Wenn es dann dem Staat nicht gelänge, Waren von guter Qualität zu erzeugen, sieht er die Gefahr, dass sich der private Bereich auf Kosten des staatlichen ausdehnt und das sozialistische Element sich immer mehr zurückzieht. Seiner Meinung nach ist die Vorstellung, dass der Staat das kapitalistische Element kontrollieren könnte, utopisch. Die Gesetze des Marktes würden sich behaupten. Wenn zwei widersprüchliche und sich gegenseitig ausschließende Tendenzen nebeneinander existieren, wird früher oder später eine die Oberhand gewinnen. Er glaubt nicht, dass der Kampf durch ideologische Reden und Ermahnungen sondern von Kapital und Produktivität gewonnen werde. Das zermalmende Gewicht der kapitalistischen Weltwirtschaft werde entscheidend sein. Aufgabe der Planwirtschaft, Einführung von Marktmechanismen auf allen Ebenen und die Öffnung des Landes für ausländische Investitionen in allen Bereichen ist der Weg, den viele cubanische Ökonomen favorisieren und das sei schlichtweg die Befürwortung des Kapitalismus.

Er glaubt, dass viele in Cuba die Reformen willkommen heißen, ganz einfach, weil sie davon ausgehen, dass etwas getan werden müsse. Aber wenn sich die vollen Auswirkungen zeigten, könne die Stimmung ganz schnell umschlagen. Die Cubaner haben immer gezeigt, dass sie zu Opfern bereit sind. Es sei aber wichtig, dass das Opfer für alle gleich sei.

Auch er sieht wie Frank Josué Solar



Cabrales und letztendlich Che Guevara die einzige Möglichkeit, die cubanische Revolution wirklich zu retten, darin, die Revolution in ganz Lateinamerika zu verbreiten. Deswegen möchte er auch, dass Cuba mit mehr Begeisterung den Aufruf von Präsident Chávez zu einer Fünften Internationalen unterstützt. Für ihn sind Arbeiterdemokratie und revolutionärer Internationalismus die Hoffnung für die Zukunft. Das Schicksal Cubas ist seiner Meinung nach eng mit dem Schicksal der venezolanischen Revolution verbunden.

Damit wären wir wieder am Anfang dieses Artikels. Offensichtlich sieht die cubanische Führung das ähnlich, sonst hätte sie für die Bekanntgabe des VI Parteitag nicht den Besuch des venezolanischen Präsidenten und seiner Regierungsdelegation genutzt.

Jorge Martín zieht daraus aber die Schlussfolgerung, dass Cuba den revolutionären Kräften innerhalb Lateinamerikas mehr Unterstützung zukommen lassen solle, anstatt Konzessionen mit kapitalistischen Tendenzen zu machen. Für ihn geht es darum, die Enteignung der Oligarchie in Ländern wie Venezuela und Bolivien voranzutreiben. Nur die Enteignung der Kapitalisten hätte damals das Überleben der cubanischen Revolution gewährleistet.

**»Die jüngste Geschichte hat gezeigt, dass Sozialismus ohne Kritik und ohne kollektive Beteiligung dazu verdammt ist, im allerschlimmsten Kapitalismus zu enden.«**

Das sagt der cubanische Schriftsteller Desiderio Navarro und er fügt hinzu, dass er sowohl gegen »Experimente à la perestroika als auch gegen chinesische Schattenspiele« sei.

Und wie zu erkennen, ist das Spektrum der Ideen groß. Da sind die, die den Sozialismus mit Markt haben wollen und mehr »Demokratie«, in Wirklichkeit aber unsere bürgerliche Demokratie meinen.

Da gibt es die revolutionäre marxistische Linie, für die die Verteidigung der cubanischen Revolution nur erfolgreich sein kann, wenn sie auf internationalem Sozialismus und echter Arbeiterdemokratie begründet ist.

Und dann gibt es viele Ideen dazwischen. Aus alledem soll sich jetzt die Zukunft Cubas entwickeln. Hoffen wir, dass sich aus der Ideenvielfalt eine Alternative ergibt, die den Sozialismus in Cuba und Lateinamerika weiter bringt. Wie Fidel schon in seiner berühmten Novemberrede vor Studenten der Universität Havanna festge-

stellt hat, weiß keiner, wie Sozialismus geht. Cuba ist jetzt eine Art Versuchslabor und muss versuchen die richtigen Reagenzien so zu mischen, dass am Ende Sozialismus herauskommt. Wie wir alle wissen, kann es fatale Folgen haben, wenn man die falschen erwischt.

Am 1. Dezember haben die Debatten zu den Richtlinien für den Parteitag begonnen, die bis zum 28. Februar dauern sollen. Dazu gab es ein Editorial in der Parteizeitung Granma:

#### **Was bedeutet diese Debatte?**

★ Sie bedeutet die Teilnahme des ganzen Volkes am VI. Parteikongress, der in der zweiten Aprilhälfte 2011 stattfinden wird und die Möglichkeit, dass jeder Einzelne sein Kriterium darlegt und ohne Hemmungen seine abweichende Meinung äußert.

★ Niemand soll seine Meinung für sich behalten und noch weniger daran gehindert werden, sie zu äußern. Die Partei fordert von allen ihren Organisationen ein Maximum an Transparenz, äußerste Klarheit bei den Analysen und die Klärung aller Zweifel und Besorgnisse, die wir innerhalb der Revolution haben.

★ Sich am Schicksal des Landes zu beteiligen ist das Recht eines jeden Cubaners und einer jeden Cubanerin. Außerdem zeigt sich darin die Ausübung der sozialistischen Demokratie und die Transparenz der Revolution und ihrer Einheit mit ihrem Volk.

★ Und es muss das Volk sein, weil das, was auf dem Spiel steht, die Zukunft der cubanischen Nation ist. Wir werden sie nur garantieren können, wenn wir das soziale System, auf das wir uns seit jenen Tagen von Playa Girón geeinigt haben und das wir in der Verfassung der Republik ratifiziert haben, erhalten und entwickeln. Damals haben wir proklamiert, dass der sozialistische Charakter und dessen politischer und sozialer Inhalt unwiderruflich sind.

Am vergangenen 8. November in einer Veranstaltung zum Gedenken des X. Jahrestages des gemeinsamen Kooperations-Abkommens zwischen Cuba und Venezuela, als die Einberufung des VI. Parteikongresses bekannt gegeben wurde, erklärte der companero Raúl den Willen, der diesen Prozess auszeichnen wird: »Der Kongress ist nicht nur das Zusammentreffen derer, die als Delegierte gewählt worden sind, sondern auch der ganze dem Parteitag vorangehende Prozess, an dem die Aktiven der Partei und die ganze Bevölkerung die Richtlinien oder Beschlüsse diskutieren, die von dem Parteitag angenommen werden. Aus diesem Grund wird dieser sechste Kongress ein Kongress aller aktiven Parteimitglieder und des ganzen Volkes sein. Sie alle werden aktiv an dieser grundlegenden Beschlussfassung der Revolution teilnehmen.«

Die Debatte, die wir beginnen, ist die Quintessenz unserer Revolution: Es ist das Volk, das entscheidet.

*Renate Fausten*

Quellen: [www.granma.co.cu](http://www.granma.co.cu): lineamientos de la política económica y social • Angel Guerra Cabrera: Cambio y más democracia (La Jornada) [www.cubadebate.cu/opinion/2020/11/18/cuba-cambios-mas-democracia/](http://www.cubadebate.cu/opinion/2020/11/18/cuba-cambios-mas-democracia/) • Frank Josué Solar Cabrales: Cuba hoy : incertidumbres y certezas, corriente marxista internacional • Atilio A. Boron: Cuba, tiempos de cambio, [rebelión.org](http://rebelión.org) • Camila Pineiro Harnecker: Riesgos de la expansión de empresas no estatales en la economía cubana y recomendaciones para evitarlos, [www.lahaine.org](http://www.lahaine.org) • Jorge Martín: Adonde va Cuba? Hacia el capitalismo o al socialismo? [www.kaosenlared.net](http://www.kaosenlared.net)



# Niemanden ohne Schutz lassen

Bei der Umgestaltung der Arbeitsplätze gehen die cubanischen Stellen systematisch vor:

## Dabei sind folgende Eckpunkte der Vorgehensweisen erarbeitet worden:

Bewiesene Eignung • Expertenkommission • Lohnausgleich • Ausnahmeregelungen der sozialen Sicherheit • Anstellungsalternativen • Lösung von Konflikten • Freistellung Werkträger • soziale Sicherheit.

Die Expertenkommissionen bilden das beratende Organ, dessen Hauptaufgabe es ist, dem Leiter einer Arbeitsstelle Empfehlungen zur Bestimmung der nachweislich besten Eignung von Beschäftigten für deren Verbleib in der Arbeitsstelle zu geben.

Die Kommission wird auf der Vollversammlung der Werkträger in offener Abstimmung gewählt, auf der Grundlage demokratischer Prinzipien. Auf dieser Vollversammlung werden auch die von der Leitung und von der Gewerkschaft eingesetzten Mitglieder der Kommission vorgestellt. Auf ihrer ersten Sitzung wählt sie ihren Leiter. Sie analysiert Anträge auf Überprüfung und gibt dem vorstehenden Leiter ihre Empfehlung, der daraufhin seine endgültige Entscheidung trifft. Unter Eignung versteht man insbesondere, dass die Durchführung der Arbeit mit der erforderlichen Effektivität, Qualität und Produktivität stattfindet. Anhand konkreter Arbeitsergebnisse und nachgewiesener Erfahrung und Kenntnisse, der Erfüllung von Verhaltensnormen und der festgelegten Disziplin wird dies in der staatlich unterstützten Einrichtung belegt.

## Freigestellte Werkträger

... sind diejenigen, die durch die Einsparung von Arbeitsplätzen anderweitig eingesetzt werden müssen, aufgrund von:

- ★ Vorgängen der Umorganisation der Organe, Organismen der Zentralen Verwaltung des Staates und anderer Einrichtungen des Landes;
- ★ Rationalisierungsverfahren wegen struktureller Umgestaltungen und Umwandlungen von Arbeitsstellen;
- ★ Zusammenlegung oder Auflösung von Arbeitsstellen;
- ★ technischer oder technologischer Veränderungen;
- ★ Einschränkung des Tätigkeitsvolumens;
- ★ sowie Studien der Arbeitsorganisation und anderer Maßnahmen, die eine rationellere Nutzung der Arbeitskräfte ermöglichen.

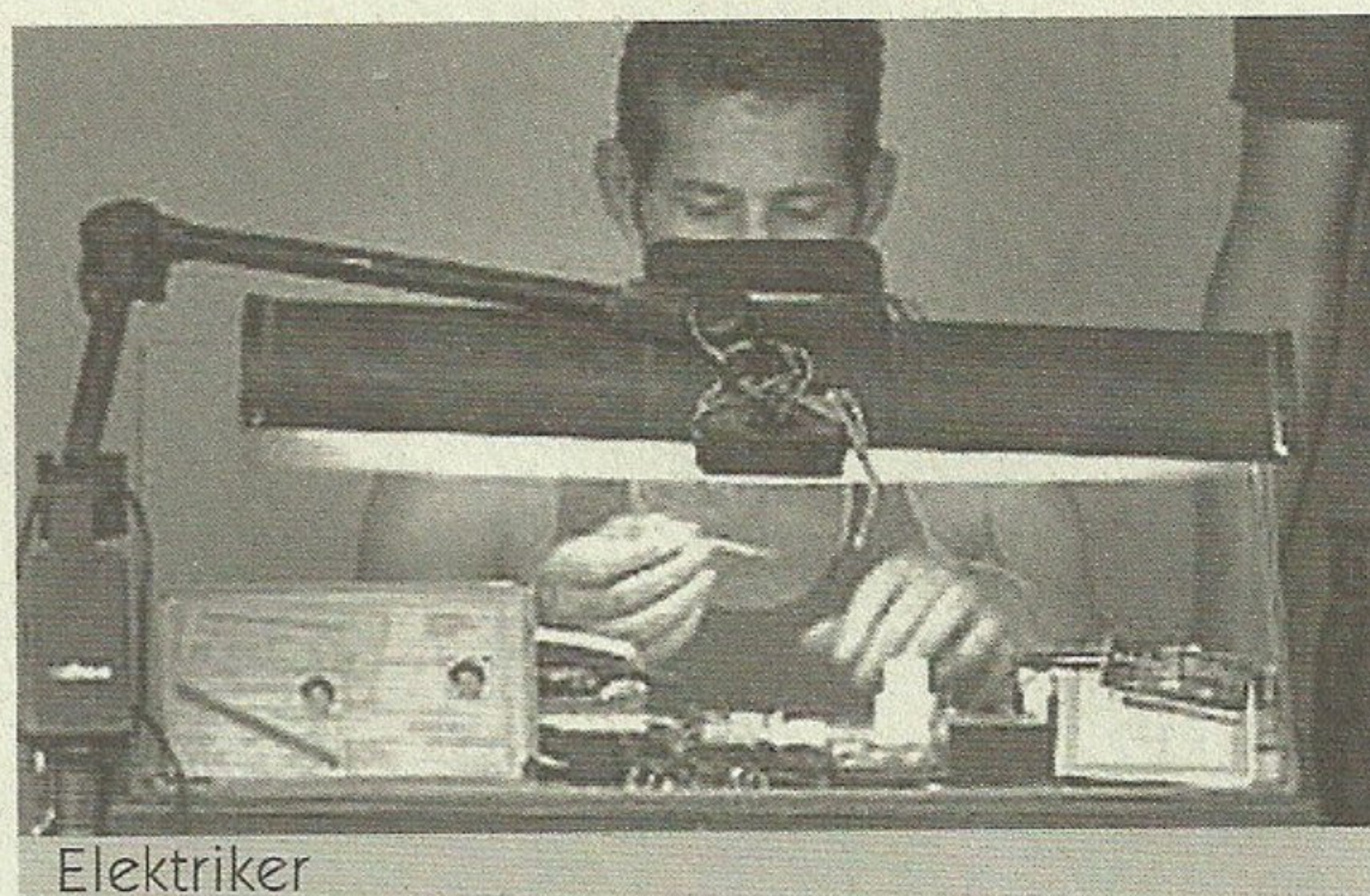
Bestimmt wird der Freizustellende sowie der Verbleibende vom Leiter der Arbeitsstelle nach vorheriger Befragung der entsprechenden Gewerkschaftsorganisation und unter Beachtung der Empfehlungen der Expertenkommission.

Unter diese Analyse fallen die unter zeitlich unbegrenzten Verträgen stehenden Werkträger, die einen Arbeitsplatz innehaben, und diejenigen, die auf bestimmte Zeit unter Vertrag sind, um den Sozialen Dienst zu leisten, sowie auch jene Beschäftigten, die, auch wenn das Arbeitsverhältnis ständigen Charakter trägt, nach den dazu herausgegebenen spezifischen Regelungen befristete Verträge unterzeichnen. Die Bestimmung der Kader und Leiter, die weiterarbeiten und derer, die freigestellt werden, wird von den Behörden und Organen bestimmt, die die entsprechende Vollmacht haben, in Übereinstimmung mit bestehenden gesetzlichen Vorschriften oder den spezifischen Dienstweisungen, um die es geht. Die gleiche Behandlung erfahren die Funktionäre.

## Fragen der Sozialen Sicherheit

Der Beschäftigte, der in dem Moment, in dem er als freigestellt erklärt wird, eine Rente wegen teilweiser Invalidität erhält, erhält diese weiterhin, neben dem Lohnausgleich, der ihm zusteht, so lange er als freigestellt erklärt ist.

Der freigestellte Beschäftigte, der während der Zeit, in der er einen Lohnausgleich erhält, die Voraussetzungen des Alters und der geleisteten Arbeitsjahre erreicht, die das Gesetz der Sozialen Sicherheit vorschreibt, kann die Gewährung von Altersrente beantragen, wobei die Akten für den Rentenantrag nach den Vorschriften des erwähnten



Elektriker

Gesetzes von dem Zentrum in die Wege geleitet werden, das ihn als freigestellt erklärte, und im Todesfall oder dem mutmaßlichen Todesfall werden sie zugunsten der Verwandten bearbeitet, die ein Anrecht haben.

Der freigestellte Werkträger, der seine Arbeitsstelle verlässt, weil er ohne Rechtfertigung den vorgeschlagenen Arbeitsplatz ablehnt, hat das Recht, eine Altersrente zu beantragen, wenn er das notwendige Alter und die geleisteten Arbeitsjahre erreicht hat.

Dem zeitweilig oder definitiv versetzten Beschäftigten, bzw. demjenigen, der einen Lohnausgleich erhält, werden die Leistungen der Sozialversicherung, auf die er einen Anspruch hat, die sich auf Beihilfe wegen Krankheit oder Unfall beziehen, in der Arbeitsstelle ausbezahlt, in der er arbeitet.

Eine werktätige Frau, die als freigestellt erklärt wurde und zeitweilig versetzt worden ist oder einen Lohnausgleich erhält und den Moment erreicht, in dem ihr der Schwangerschaftsurlaub zusteht, erfährt die Behandlung, die gesetzlich vorgeschrieben ist, durch die Arbeitsstelle ihrer Herkunft oder durch diejenige, die an deren Stelle getreten ist, bzw. falls diese nicht existiert, durch die Arbeitsstelle, die der Leiter des entsprechenden Organismus oder des entsprechenden Verwaltungsrates festlegt.

## Lohnausgleich

Der innerhalb des staatlichen Sektors zeitweilig oder definitiv versetzte Beschäftigte erhält den Lohn oder das Gehalt für die Stelle, die er neu einnimmt, in Übereinstimmung mit den nach dem geltenden Recht anzuwendenden Zahlungsformen und -systemen.

Der freigestellte Werkträger, der nicht auf einen anderen Arbeitsplatz versetzt werden kann, erhält als Lohn- bzw. Gehaltsausgleich das gesamte Grundgehalt eines Monats, wonach das Arbeitsverhältnis für beendet erklärt wird. Wenn dieser Monat verstrichen ist, der Werkträger noch keine neue Anstellung finden konnte und er zehn oder mehr Dienstjahre geleistet hat, wird das Arbeitsverhältnis aufrechterhalten und er kann einen Lohnausgleich





von 60 % des Grundgehaltes in folgender Weise erhalten:

A) bis zu einen Monat für die Werktätigen, die zwischen zehn und neunzehn Dienstjahre aufzuweisen haben;

B) bis zu zwei Monaten für die Werktätigen, die zwischen zwanzig und fünfundzwanzig Dienstjahre nachweisen;

C) bis zu drei Monaten für die Werktätigen, die zwischen sechsundzwanzig und dreißig Dienstjahre

nachweisen;

D) bis zu fünf Monaten für die Werktätigen, die mehr als dreißig Dienstjahre nachweisen.

Ein freigestellter Werktätiger, der ungerechtfertigt den Vorschlag eines neuen Arbeitsplatzes im staatlichen Sektor nicht akzeptiert, hat nur das Recht, von der Verwaltung den Lohnausgleich zu erhalten, die 60 % des Grundgehaltes eines Monats entspricht, wonach das Arbeitsverhältnis beendet wird.

#### Anstellungsalternativen

\* Freie Arbeitsplätze mit definitivem oder zeitweiligem Charakter, innerhalb oder außerhalb der Einrichtung oder des Organismus, für die der Werktätige

die geforderten Voraussetzungen besitzen muss, und die unbedingt besetzt werden müssen;

★ selbständige Gewerbetätigkeit;

★ Vergabe von Ländereien zur Nutznießung; weitere Formen der Beschäftigung im nicht staatlichen Sektor.

Die Verwaltungen der Einrichtungen gesamtnationaler oder örtlicher Zuordnung, die autorisiert sind, Werktätige als freigestellt zu erklären, werden für den möglichen Vorschlag zur Versetzung dieser Beschäftigten vor Beginn des Verfahrens mit den entsprechenden Arbeitsämtern die Alternativen der Beschäftigung, über die das Territorium verfügt, koordinieren. Dies schließt nicht aus, dass der Werktätige selbst seine Versetzung in eine beliebige Einrichtung oder ein anderes Arbeitsverhältnis organisiert.

#### Lösung von Konflikten

Im Fall, dass der Beschäftigte Verletzungen der förmlichen Aspekte der Normen und des angewendeten Vorgehens feststellt, hat er das Recht auf Einspruch vor dem Arbeitsjustizorgan der Herkunft oder, an seiner Stelle, demjenigen, das die arbeitsrechtlichen Konflikte der Einrichtung löst, übereinstimmend mit dem spezifischen gültigen Verfahren, nach dem das Arbeitsrecht angewendet wird. Wenn eine der beiden Parteien mit der Entscheidung des Arbeitsjustizorgans der Herkunft nicht einverstanden ist, kann sie eine Klage beim entsprechenden Gemeindegerecht einreichen.

#### Ausnahmeregelungen der sozialen Sicherheit

Für die Werktätigen, die mit 25 oder mehr Dienstjahren für freigestellt erklärt werden, keine neue Arbeit erhalten können und im Verlauf der nächsten fünf Jahre die vom Gesetz geforderte Voraussetzung für die stufenweise Erhöhung des Rentenalterseintritts erreichen, entfällt die Anforderung eines bestehenden Arbeitsverhältnisses, um Altersrente beziehen zu können, ebenso wie für deren Angehörige, die im Todesfall des freigestellten Beschäftigten das Recht auf eine Rente haben.

Wenn es »freigestellt« geltenden Beschäftigten nicht möglich ist, eine Arbeit aufzunehmen, können sie einen Antrag auf einen einstweiligen außerordentlichen Geldbezug aus der Sozialhilfe stellen. Dieser wird vom Direktor für Arbeit der Gemeinde dem Präsidenten des zuständigen Rates der Gemeindeverwaltung der Poder Popular (Volksmacht) vorgelegt und bearbeitet. Er stellt die Genehmigung oder Ablehnung aus. BO; Quelle: *Granma Internacional* (deutsche Ausgabe, leicht gekürzt)

a u s d e r f g

**Die Arbeit cubanischer Ärzte in Haiti wird seit einem Jahr von der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba durch ein Spendenprojekt unterstützt. Wir berichten hier über deren Einsätze in diesem Jahr nach den schweren Erdbeben in Haiti und in Chile.**

## Dahin gehen, wo es wehtut

Die Illjuschin 62 landet pünktlich, 15 Minuten nach Mitternacht. An Bord sind die TeilnehmerInnen der medizinischen Brigade »Henry Reeve«, nach acht Monaten Hilfsmission im Erdbebengebiet von Chile endlich wieder zurück in Havanna.

Als sie mit müden Schritten die kurze Gangway herunterkommen, sind ihre Gesichter im Halbdunkel des Rollfelds nicht gut zu erkennen. Sie alle tragen weiße Kittel über ihren roten T-Shirts mit dem Logo der Brigade. Wenn man

imstande wäre, den Ton abzuschalten, könnte niemand sagen, welcher Nationalität diese Menschen sind, aber da man das in einer realen Umgebung nicht kann, wird ihre Herkunft völlig klar, sobald der erste von ihnen den Mund aufmacht: »He, Chica, wie toll ist es doch, wieder in Cuba zu sein! Riech nur diese frische Luft!« »Yuly, gib mir mal den Lippenstift rüber.« »Avemaria! Ich kann's noch gar nicht fassen!« Lachen, das eine oder andere Tränchen, ein hochgeworfener Hut.

Als die Heimkehrer im hell erleuchteten Salon des Flughafens auf den für den Empfang vorgesehenen Stühlen Platz genommen haben, spricht die Ärztin Yiliam Jiménez diejenigen aus der ersten Reihe an: »Nun macht euch mal ein bisschen nett! Euch sieht man gleich im Fernsehen!«

Der Chef der Brigade, Dr. Juan Carlos Andux, hält eine kleine Ansprache im Namen all seiner Kolleginnen und Kollegen; wobei er an-



Versorgung eines Cholera Patienten



merkt, dass sie die ersten internationalen Hilfskräfte waren, die kamen und die letzten, die gingen. Danach gratuliert Dr. Roberto Morales, der cubanische Gesundheitsminister, im Namen der Regierung und Fidel Castros, der täglich die Arbeit der Brigade verfolgt hat, den übernachteten Katastrophenhelfern.

Einige von ihnen sind seit 48 Stunden ohne Schlaf; die Verabschiedung durch über 1.000 Menschen war eine tränenreiche Angelegenheit und kaum mehr als die Aussicht auf die versprochene Tasse Kaffee hält sie noch aufrecht. Ansonsten sind fast alle verrückt vor Sehnsucht, endlich wieder ihre Familienangehörigen in die Arme schließen zu können.

Am längsten hält es der Delegationsleiter auf dem Airport aus. Er stellt sich nach dem offiziellen Teil »cubadebate« zu einem längeren Gespräch (welches im Wesentlichen die Grundlage für den vorliegenden Artikel ist).

An diesem 21. November 2010 ist es 259 Tage her, dass die berühmte Brigade »Henry Reeve« in Chile ihre Tätigkeit aufnahm. Einen Tag nach dem schlimmen Beben am 27. Februar diesen Jahres erliefte sie ein Hilfsgesuch der - damaligen - Präsidentin Michelle Bachelet. Nur acht Stunden später war die erste Gruppe (26 Leute) mit einem kompletten Feldhospital und 12 Tonnen Material, verteilt auf zwei Flugzeuge, auf dem Weg nach Santiago de Chile.

»Henry Reeve« ist sozusagen der internationalistische Stoßtrupp der allgemein anerkannten medizinischen Kompetenz Cubas, wann immer es im lateinamerikanischen Raum zu Naturdesastern kommt, was in dieser Region der Welt leider nur allzu häufig der Fall ist. Wenn es keine Erdbeben sind, so sind es Wirbelstürme, die ein schnellstmögliches Eingreifen erfordern, zum Beispiel nach dem Hurrikan »Mitch« in Guatemala, als viele »Integrantes« von »Henry Reeve« zum Einsatz kamen. Diese sitzen praktisch immer auf gepackten Rucksäcken, und dass Cuba gegebenenfalls auch bereit ist, ihren Radius auf Entwicklungsländer im allgemeinen auszuweiten, zeigt ihre hingebungsvolle Mission nach jenem verheerenden Beben, das vor einigen Jahren Pakistan heimsuchte. Sie hätten auch - in sehr viel größerem personellem Umfang (1.500 Personen) - den Überschwemmungsoptionen von New Orleans nach dem Zyklon »Katrina« geholfen, wenn George W. Bush sie gelassen hätte. Er zog es jedoch vor, sein eigenes Hilfsprojekt oder das, was er dafür hielt, durchzuziehen - mit allen furchtbaren Auswirkungen auf die dortige Bevölkerung, die wir zur Genüge kennen.

Der Flug der ersten Gruppe (der in der Nacht zum 1. März stattfand) endete zunächst auf dem Militärflughafen der chilenischen Hauptstadt. Direkt danach stand ihr noch ein Weiterflug von 450 km nach Rancagua bevor, wo sie tätig werden sollte.

Als die CubanerInnen dort eintrafen, waren sie erst einmal verwirrt. Nach den Gebäuden zu urteilen, standen die meisten Mauern noch. Dr. Juan Carlos erklärt dies so: »Da Chile seine Erfahrung hat mit Beben von über 8 Grad auf der Richterskala, hat es im Laufe aller Jahre ein antiseismisches Konstruktionssystem entwickelt, sehr solide, und damit den Effekt dieses natürlichen Phänomens verringert.« Dennoch war man auf cubanischer Seite perplex, wenn man die unmittelbar sichtbaren Auswirkungen hier mit jenen verglich, die das Erdbeben auf Haiti vom 11. Januar gezeitigt hatte. Das Ganze entpuppte sich hingegen schnell als optische Täuschung. In Wirklichkeit hatte praktisch die gesamte Infrastruktur des Hospitalbereichs ernststen Schaden genommen. Rancaguas regionales Krankenhaus hatte von den ursprünglich 506 Betten 300 verloren. Totaler Versorgungskollaps!

Dr. Juan Carlos erzählt: »Sie platzierten uns an der Seite eines der beschädigten Gebäude des Gesundheitszentrums. Da wurde uns klar, dass die chilenischen Zivilbeamten keine Ahnung von Feldhospitälern hatten. Wir erklärten ihnen, warum ein Hospital wie das unsrige niemals neben so einem halb zerstörten Bauwerk von acht Stockwerken errichtet werden könne. Die seismische Aktivität hatte noch nicht aufgehört und mit nur einem starken Nachbeben wäre es vollends zusammengestürzt und hätte uns alle getötet.«

Daraufhin - es war immer noch im Morgengrauen des 1. März - dirigierten die chilenischen Behörden den cubanischen Hilfstrupp in den städtischen Sportkomplex »Patricio Mekis« um, genauer gesagt ins Fußballstadion. Einige Würdenträger munkelten, dass diese Maßnahme von den Einheimischen vielleicht nicht gut aufgenommen werden wür-



Cubanische Ärzte und Graduierte des ELAM im Cholera Behandlungszentrum

de, da man Rancagua als die »Himmelsstadt« oder den »Chef der Provinz« bezeichne, womit man Bezug nehme auf den örtlichen Fußballclub »O'Higgins«, der schließlich in Chile die zweitmeisten Fans nach Santiago habe.

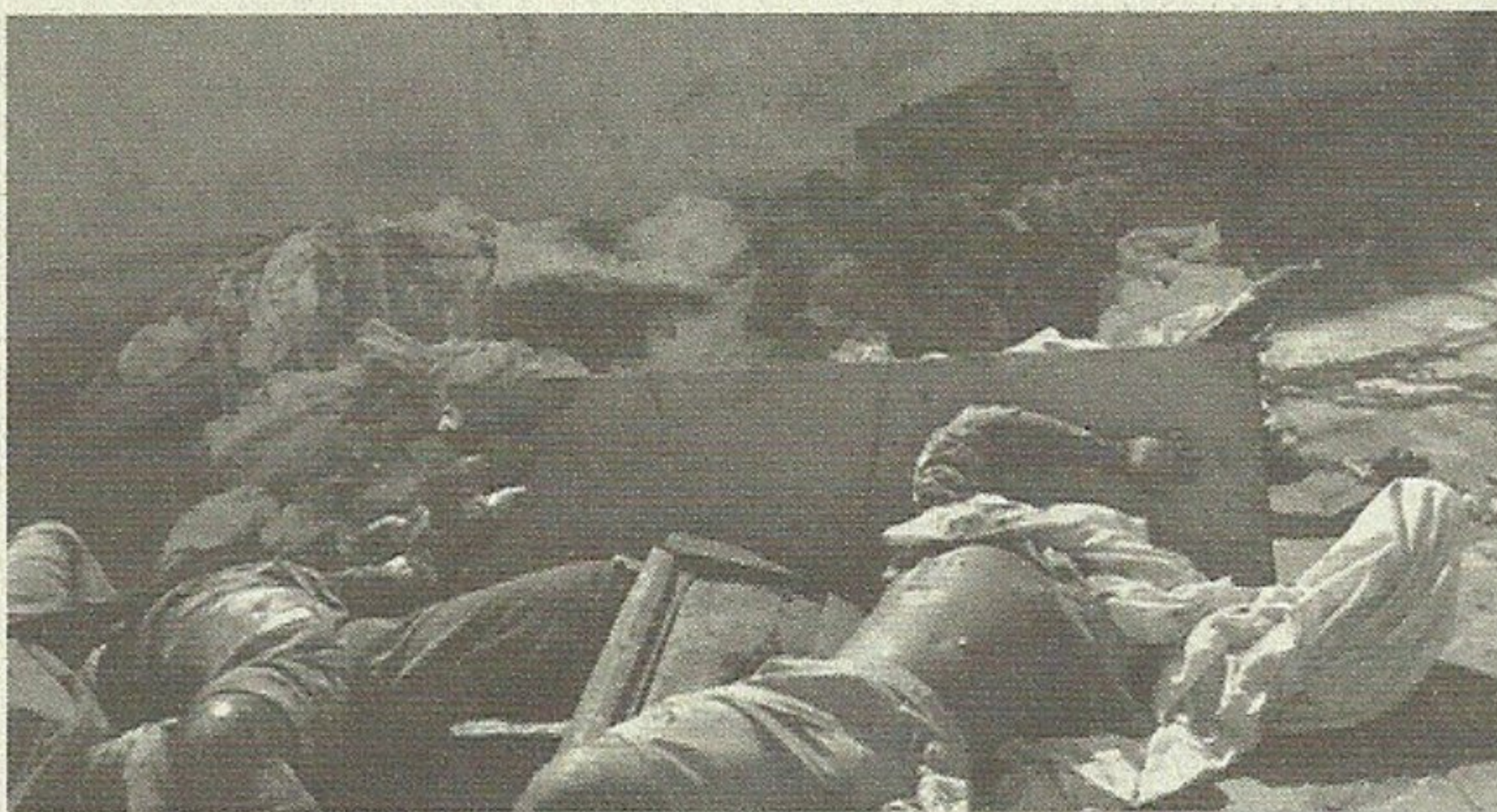
Diese Befürchtung erwies sich indes als gegenstandslos. Die Cubaner und Cubanerinnen wurden an diesem heiklen Ort gut empfangen, wenn man auch seitens der Bevölkerung zunächst nicht viel mit ihnen anzufangen wusste. Als sie ohne weiteren Aufschub anfangen, ein Zelt hinzustellen, um möglichst schnell die Behandlung aufnehmen zu können, so, wie sie vom Flug her waren, also nicht gerade in medizinernahem Outfit, wurden sie von den ersten Hilswilligen aus der Bevölkerung gefragt: »Und wann kommen die Ärzte?«

Als dieses Missverständnis aufgeklärt war, begann für die Brigade »Henry Reeve« eine harte Zeit mit Dienst rund um die Uhr. 400 Personen saßen mit einem Mal vor dem Eingang des Notkrankenhauses - mit allen erdenklichen Arten von Schmerzen. Die Brigadisten fanden bald heraus, dass viele von ihnen vor allem gekommen waren, weil sie vom cubanischen Gesundheitssystem reden hören, das sie nun mit ihren eigenen Augen sehen wollten. Rancagua hat zirka 200.000 Einwohner und es ist unwahrscheinlich, dass es auch nur einen unter ihnen gab, der nicht von dieser Hilfsaktion erfahren hatte.

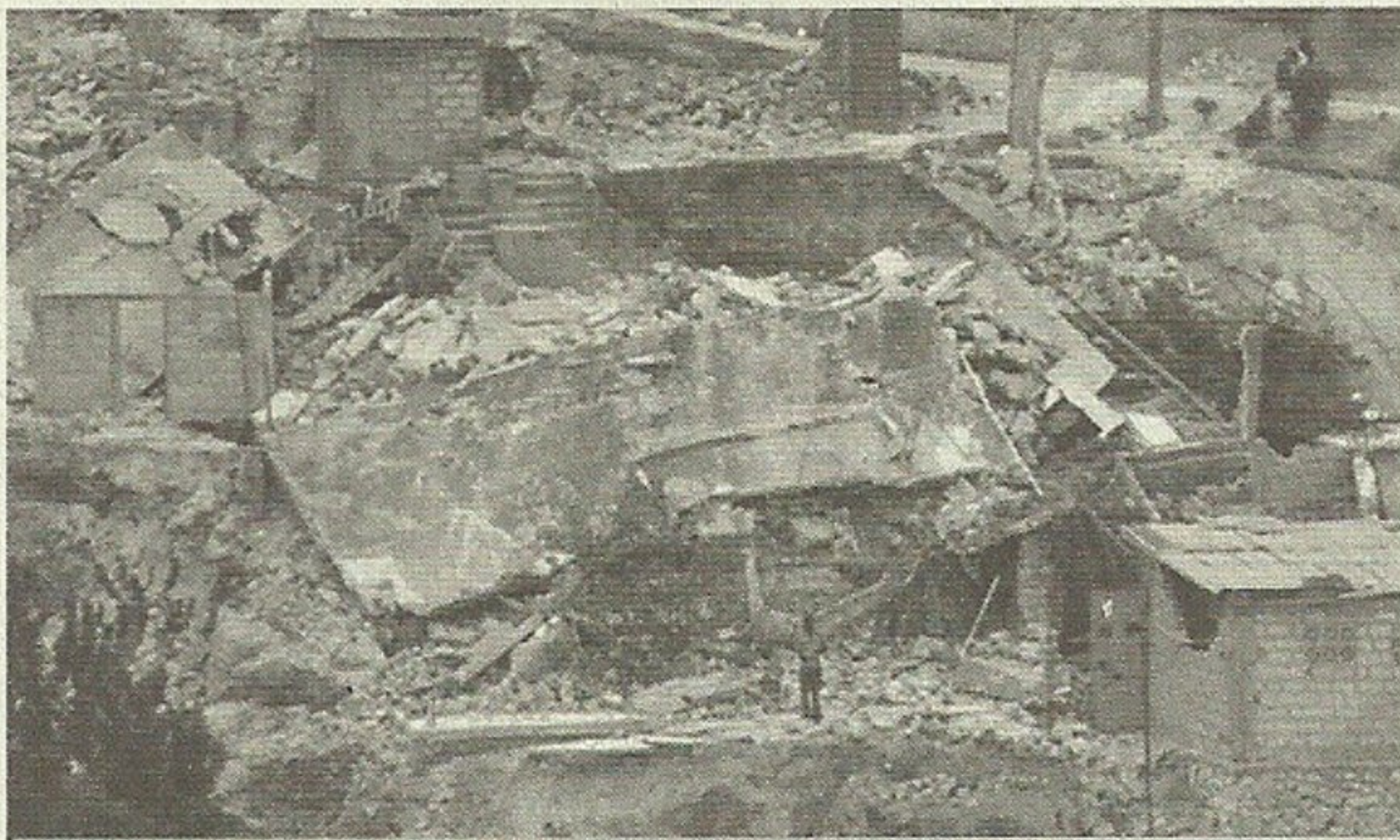
Dr. Juan Carlos meint dazu: »Die Leute wertschätzten die Qualität der Behandlung, die ihnen im Feldhospital zuteil wurde, aber vor allem die Art und Weise, wie wir sie behandelten. Sie sagten uns: »Ihr seid Ärzte Haut an Haut«. Wir verstanden zuerst nicht recht, was sie damit meinten. Sie meinten die Zuneigung, mit der wir sie berührten und ihre Probleme anhörten. Für eine Bevölkerung, die unter posttraumatischem Stress leidet, ist es wichtig, dass man ihr Zärtlichkeit, Sicherheit, Verständnis und psychologische Betreuung anbietet.«

Die cubanische Delegation hatte sich schon auf dem Hinflug über Erdbeben in ihrem Zielland schlaue gemacht. Dabei stellte sich eine eigentümliche Regel-





Was die Cholera verursacht



Wo die Cholera entsteht

mäßigkeit bei der seismischen Aktivität in Chile heraus, die der Chef der Brigade so erläutert: »Sie (die Chilenen) haben ca. alle 25 Jahre ein Beben. 1939 hatten sie ein schreckliches in Chillán mit mehr als 30.000 Toten. 1960 gab es in Valdivia das wohl schwerste Beben der Welt mit einer gemessenen Intensität von 9,5 Grad auf der Richterskala, das das Leben von 2.000 Menschen kostete und eine Million obdachlos machte. 1986 kam es zu einem weiteren und nun, 2010, hatten sie wieder eins. Durchschnittlich erleiden sie dort alle 25 Jahre ein Erdbeben. Wir wussten, dass es nach so einer starken Erderschütterung zu Nachbeben kommt, einige von ihnen sind sehr intensiv und können außerordentlich gefährlich sein. So war es auch diesmal. Wir erlebten in Chile vom Tag unserer Ankunft an 576 Nachbeben, das schwerste am 11. März, dem Tag, an dem die Regierung wechselte.

Wir machten die Behörden darauf aufmerksam, dass wir dringend einen Funksender bräuchten, einen mit zwei Geräten: das eine für uns und das andere für Patricio, den Chef des medizinischen Notdienstes vor Ort. Sie schüttelten den Kopf: »Funk? Das ist eine veraltete Technik. Niemand hier benutzt so etwas.« Aber wir bestanden darauf, denn als es kurz davor zu dem Erdbeben und dem Tsunami gekommen war, waren die Handynetze und die ganzen modernen Kommunikationssysteme kollabiert. Diese Erfahrung wollten wir nicht machen. Schließlich gaben sie nach und überließen uns, was wir wünschten.«

Der Beweis, dass unser Anliegen nicht

nur eine Laune war, ließ nicht lange auf sich warten: Am 11. März, demselben Tag, an dem die Regierung Bachelet die Amtsgeschäfte an ihren Nachfolger Pinera übergab, assistierte Dr. Juan Carlos bei einem schwierigen chirurgischen Eingriff. Auf einmal rief die Anästhesistin: »Der Patient zuckt, er hat Krämpfe!« Aber alle, die um den OP-Tisch versammelt waren, zuckten auch, denn das ganze Zelt war in heftiger Bewegung. Ein Companero sagte: »Das ist kein Schüttelkrampf, es ist ein Erdbeben.«

Es gab große Unruhe und Panik in den Gebäuden nahe dem Krankenhaus und natürlich kam von derselben Sekunde an kein Handy-Kontakt mehr zustande. Dr. Juan Carlos erzählt: »Da klangen aus dem Funkgerät die Worte »Feldhospital! Feldhospital! Haben wir Verbindung?« und ich antwortete: »Verbindung steht, wir erwarten die nächsten Patienten.««

Vom folgenden Tag an war die Gesundheitsbehörde und jeder medizinische Notdienst in der Gegend mit Funkgeräten versorgt, um unmittelbar auf Nachbeben reagieren zu können.

Am 12. März bat der neue chilenische Gesundheitsminister Cuba offiziell (und im Wortlaut von der chilenischen Zeitschrift »Punto Final« zitiert), ein weiteres Feldhospital einzurichten. Zwei Tage später war die nächste Gruppe in Chillán, was in der Sprache der Urbevölkerung »Sonnenstuhl« heißt - 319 Kilometer südlich von Rancagua.

Dr. Juan Carlos reiste an der Spitze dieser zweiten Brigade nach Chillán, dessen Unterschied zum ersten Standort er so charakterisiert: mehr Regen, mehr Kälte und näher am Epizentrum.

»Aber die größte Verschiedenheit war die Tatsache, dass man sich in Chillán zwischen acht Uhr abends und sechs Uhr früh nicht in den Straßen aufhalten durfte, weshalb wir in dieser Zeitspanne auch keine neuen Patienten hatten. Das hatte aber andererseits zur Folge, dass sich schon bei Tagesanbruch 600 bis 700 Personen um unser Krankenhaus lagerten, was für den 36 Leute starken medizinischen Hilfstrupp dort sehr aufreibend war.«

Die Brigadisten fanden heraus, warum Chillán als die Region der Künste einen Namen hat. Es war die Wiege von Dichtern, Schriftstellern, Musikern und Bildhauern, darunter solche, die eine besondere Beziehung zu Cuba haben oder hatten: Der Liedermacher Victor Jara, der 1973 im Stadion von Santiago durch Schergen Pinochets ermordet wurde, stammt von hier. Der große Cubafreund und persönliche Freund Fidels, der Autor Valodia Teitelboim, ebenso. Auch Violeta Parra wurde in dieser Gegend geboren.

Es überraschte die Chilenen nicht, dass die Cubaner Lieder von Violeta Parra und Victor Jara auswendig wussten. Sie ihrerseits konnten zig Lieder von Silvio Rodríguez und Pablo Milanés nachsingen. Man fing an, sich zu treffen um Musik zu hören und zu tanzen. »Eines führte zum anderen.«, berichtet der Delegationsleiter weiter. »Sie wollten Salsa tanzen, während wir uns daranmachten, die Cueca zu erlernen. Nun ja, man muss zugeben, dass sie mehr Erfolg hatten als wir. Wir waren im Cueca-Tanzen eine ziemliche Katastrophe.«

»Die Gruppe in Rancagua«, erinnert sich Dr. Juan Carlos an sein erstes Wirkungsfeld in Chile, »hatte einen salsabegabten Koch, der jeden Dienstag und Donnerstag in der Basketballhalle Gratiskurse für Einheimische anbot. Manchmal war der Zulauf so stark, dass die Halle kaum noch ausreichte für all die Schüler und Schülerinnen. Das hättet ihr sehen sollen ...«

Für die Brigade »Henry Reeve« war die Kälte das größte Problem. Chilláns Klima ist sehr trocken. Die Luft ist eisig und der Regen schneidet wie ein Messer. Die Cubaner schliefen in Zelten, also praktisch im Freien. Als der Winter in der südlichen Erdhälfte anbrach, musste man nach einer geschützteren Unterkunft Ausschau halten. Sowohl in Rancagua, als auch in Chillán verlegte man schließlich das Feldhospital in eine Turnhalle. Rancagua ist von den Kordillern umgeben. Wenn es dort im Winter regnet, überziehen sich die Felswände mit Eis und der Wind bläst unheimlich hart. Das Fußballstadion, in dem die Brigade anfangs logiert hatte, verwandelte sich in einen Tiefkühlschrank.

Als positivste Erfahrung in Chile bezeichnet das cubanische Ärzteteam die Menschen dort. Es erhielt nicht nur Unterstützung von Soligruppen der chilenischen Linken. Auch Bürgermeister der politischen Rechten schickten den Helfern Dankesbriefe und umarmten sie, desgleichen



Kirchenvertreter, Militärs, Funktionäre sowohl des Kabinetts von Michelle Bachelet, als auch ihres Nachfolgers Sebastián Pinera, Leute von unterschiedlichem politischem Credo. Große Resonanz auch in der chilenischen Presse: Dr. Juan Carlos besitzt ein Dossier von mehr als 500 Artikeln, die sich auf die Arbeit der cubanischen Brigade beziehen. Eine der Schlagzeilen lautete: »Engel in weißen Kitteln«.

Es gab insgesamt 78 cubanische »Integrantes« der Brigade in den acht Monaten. 79.137 war die Anzahl der Patienten, die behandelt wurden (ein Durchschnitt von 312 pro Tag). Es gab 3.183 durchgeführte Operationen. 2.633 Patienten wurden stationär behandelt.

Das, was die HeimkehrerInnen bei ihrem achtmonatigen Aufenthalt am meisten überraschte, war, wie viel die chilenische Bevölkerung über Cuba weiß.

Einige erinnerten sich noch an die erste cubanische Hilfsaktion nach dem Beben in Valdivia 1960, als Cubas Revolution gerade mal im Windelalter war. Andere hatten Fidel gesehen, als er zehn Jahre später mit Salvador Allende durchs Land reiste. Einer erzählte: »Irgendjemand rief stolz, er habe die Karawane vorbeikommen sehen, und ich rannte und rannte, bis ich sie erreicht hatte. Fidel streckte mir seine Hand entgegen und ich ergriff sie. Ich war damals 12 Jahre alt.«

Hoch lebendig ist auch noch die Erinnerung derer, die nach dem Putsch vor dem Folterregime flohen und viele Jahre im cubanischen Exil lebten. Eine weitere enge Verbindung zwischen beiden Ländern ist die, welche durch die Ausbildung chilenischer Medizinstudenten an der cubanischen ELAM (Escuela Latinoamericana de Medicina) entsteht.

Über 100 zurückgekehrte ELAM-Absolventen arbeiteten mit den cubanischen Brigadisten in Chile zusammen. Einer von denen, die ihre Hilfe in Rancagua anboten, meinte Folgendes: »Was kann ich über die Solidarität Cubas sagen? Die Cubaner lehren uns zu leben. Was sie in diesem Hospital an den chilenischen Patienten leisten, ist das Bestmögliche. Cuba schickt den Armen immer das Beste.«

Soweit die Mischung aus Bericht und Reportage von der Arbeit der Brigade »Henry Reeve« in Chile, die aus gegebenem Anlass entstand. Was man aber über die Verdienste von Cubas medizinischer »Task Force« hinaus keinesfalls vergessen darf, ist der Umstand, dass die Insel in ungezählten anderen Entwicklungsländern (man könnte sie zählen, sie jedoch im Einzelnen aufzuführen, würde den Rahmen des Artikels sprengen) mit Langzeitprojekten im Bereich Gesundheit befasst ist. Es seien hier nur einige wenige von ihnen exemplarisch genannt: Venezuela mit der Aktion »Barrio adentro«, bei der cubanische Ärzte und Ärztinnen mitten in die Armenviertel gehen, um ambulante Sprechstunden abzuhalten (eine Maßnahme, die Hugo Chavez im Einvernehmen mit Fidel Castro initiierte, als sich 90 % der venezolanischen Ärzte weigerten, dies zu tun) oder Bolivien mit dem Projekt »Operación Milagro« (das mit Hilfe cubanischer Augenchirurgie viele - vorwiegend ältere - Menschen von der Geißel des Grauen Stars befreit). Diese Darstellung ist übrigens arg verkürzt, weil in Wirklichkeit beide Länder gleich mehrere cubanische Hilfsprojekte beherbergen. Als in Honduras vor einigen Jahren der Vorgänger Manuel Zelayas, vermutlich auf Druck seiner reaktionären Basis, das Engagement cubanischer MedizinerInnen in seinem Armenhaus durch Ausweisung beenden wollte, kam es zu so massiven, wütenden Protesten durch die Bevölkerung, dass ihm schlussendlich nichts anderes übrig blieb, als die geplante Maßnahme abzublasen.

Der Arztberuf ist - nicht nur in unseren Breiten, sondern auch (und vor allem) in Staaten der sogenannten Dritten Welt - ein Broterwerb für Privilegierte. Warum habe ich einen reichen Papa, so werden sich die meisten fragen, wenn ich mit meinem Diplom dahin gehen soll, wo es wehtut? All der Dreck! All das Elend! Igitt!

Das halten nun Cubas Hilfskräfte in solchen Ländern völlig anders! Da, wo sie hingehen, tut es immer weh und »Dreck« und »Elend« sind ihr zweiter und dritter Vorname.

Bürgerliche Medien hierzulande rümpfen die Nase angesichts von so viel Mildtätigkeit. Das cubanische »Regime«, so sagen sie, tue all das schließlich nur, um sich in ein positives Licht zu setzen. Bei wem? Bei der »Jungen Welt«?

Für ARD und ZDF ist Katastrophe nur dann schön, wenn ein Deutscher Schäferhund in den Trümmern wühlt. Das tut er aber doch eher selten und dann auch nur kurzzeitig. Dies allein schon unterschei-

det ihn grundlegend von Cubas Internationalisten, die sich monate- und jahrelang bis zur physischen und psychischen Erschöpfung mit Verzweiflung und Schmutz umgeben und ansteckende Krankheiten riskieren.

Zum Beispiel in Haiti, dem hoffnungslosesten Ort der Welt, der

gerade wieder mal in aller Munde ist. Bitterste Armut. Erdbeben. Cholera. Wer bietet mehr? Die Brigade »Henry Reeve« ist hier gewissermaßen nur die Dreingabe angesichts der aktuellen Katastrophen. Gegen die permanente Katastrophe, die das Land selber darstellt, kämpfen Cubas Gesundheitsaktivisten schon seit einer kleinen Ewigkeit - genau genommen seit 12 Jahren - ununterbrochen.

Die Brigade »Henry Reeve« in Haiti zählt zur Zeit 839 Leute, davon 689 CubanerInnen. Die übrige Crew setzt sich zusammen aus ELAM-Absolventen 18 lateinamerikanischer Staaten, natürlich u.a. auch solchen aus Haiti selbst. (Von den ungefähr 600 letzteren, die in Cuba mit Erfolg studierten, haben sich danach mehr als 500 in Haiti als Ärzte niedergelassen, was ein ziemlich guter Schnitt ist, wenn man bedenkt, dass die Versuchung groß sein mag, zu sagen: »In New York wird es mir mit meiner kostenlosen akademischen Ausbildung gewiss besser gehen als in Port au Prince.«)

Der folgende (minimal gekürzte) Brief vom 8.11.2010 stammt von Dr. Emiliano Mariscal, einem argentinischen ELAM-Graduierten, der Teilnehmer an der cubanischen Brigade in Haiti ist:

#### Was passiert in Haiti?

An meine Freunde und Familie

Diese Zeilen dienen dem Zweck, Informationen über die sanitäre Lage in Haiti zu verbreiten, motiviert durch die Besorgnis vieler Freunde, die wissen möchten, wie sich die Situation nun darstellt.

Das erste, was ich sagen kann, ist, dass wir uns mit einer Krankheit konfrontiert sehen - der Cholera - die in diesem Land seit mehr als 100 Jahren nicht mehr aufgetreten ist. Zweitens, dass es sich um eine der gefürchtetsten Epidemien in diesem Teil der Welt handelt, angesichts der hier herrschenden Bedingungen, die ihre Langwierigkeit und Ausbreitung begünstigen.



Cub. Ärzte im Dauereinsatz





Viele Leben werden gerettet

In Kürze meine ersten Erfahrungen mit dieser Krankheit: Zwei Tage bevor der Ausbruch der Cholera in Haiti bestätigt wurde, trafen wir uns - zusammen mit einem Epidemologen, einem Mikrobiologen und einem Entomologen - in einer »Mirebalais« genannten Kommune des Zentraldepartements, wo die cubanische Gesundheitsbrigade, welche dort ein Krankenhaus unterhält, vom Beginn einer ganz ungewöhnlich ernsthaften Durchfallerkrankung berichtete, die den Tod dreier Menschen verursacht hatte.

Unterwegs erinnerten wir uns bei mehreren Gelegenheiten an Doktor John Snow, den Pionier der modernen Epidemiologie; deshalb begaben wir uns an die Orte, wo es zu den Todesfällen gekommen war, und überall dort gab es ein gemeinsames Merkmal: die Nähe zu einem Fluss.

Die Leute haben keine Wasservorräte. Darum benutzen sie den Fluss, sei es zum Trinken, zum Waschen, zur Körperhygiene etc. Ein weiteres gemeinsames Merkmal: Das Nichtvorhandensein von Toiletten, weswegen es üblich ist, sein »Geschäft« im Freien zu verrichten.

Die Haufenbildung entging ebenso wenig unserer Aufmerksamkeit wie der extrem prekäre Zustand der Wohnungen, die überall verteilten kleinen Abfalldeponien, die Unterernährung, das niedrige kulturelle Niveau, die Hilflosigkeit und Resignation. Die Patienten, die sich im Krankenhaus einfanden, hatten weißliche, wasserdünne Diarrhö, begleitet von übermäßigem Erbrechen; in den meisten Fällen waren sie ernstlich dehydriert und drei von ihnen starben.

Das haitianische Gesundheitsministerium nahm Urinproben, Stuhlproben, und Proben von Erbrochenem. Unsere Schlussfolgerung war: Die Quelle der Infektion ist das kontaminierte Wasser. Den klinischen Charakteristiken zufolge handelt es sich um ein außerordentlich aggressives Bakterium, das sich durch das Wasser überträgt und nach einer Inkubationszeit von etwa 24 Stunden in der Lage ist, binnen weniger Stunden

Komplikationen mit sich zu bringen, die, wenn man sie nicht frühzeitig behandelt, zum Tode führen können.

Nach hundert Jahren ohne Cholera konnten wir nicht garantieren, dass wir diese Krankheit vor uns hatten, solange es keine Bestätigung des Laboratoriums gab. Die Information erging an die haitianischen Behörden und nur einen Tag darauf kam es zum Ausbruch der Seuche in Saint Marc. Wenig später hatten wir die Gewissheit, dass es sich tatsächlich um das *Vibrión Cholerae* handelte.

Es sind inzwischen 16 Tage seit dem Anfang der Epidemie vergangen; bis heute haben die Autoritäten Haitis 330 Tote und 4600 in stationäre Behandlung Überstellte gezählt.

Es gibt diverse internationale Organisationen, die sich hier versammelt haben, um Haitis Gesundheitsministerium zu unterstützen, aber die Singstimme in diesem Chor, obwohl man ihren Gesang nicht über die Massenmedien mitbekommt, hat Cuba - in enger Koordination mit der haitianischen Sanitärbehörde. Die Wahrheit ist, dass es der Aktion der cubanischen medizinischen Brigade zu verdanken ist, dass die Ankunft der Epidemie in Port au Prince (die am meisten gefürchtet wird, da dort anderthalb Millionen Menschen unter extrem schlechten Bedingungen leben) bislang zumindest verzögert werden konnte.

Die Kommune Arcahaie grenzt unmittelbar an die von Artibonite (und besonders an Saint Marc). Die Brigade unterhält dort zwei Gesundheitseinrichtungen, die mittlerweile zu Zentren der Choleravorsorge geworden sind. In beiden wurden bis zum 30. Oktober 1182 Patienten behandelt, deren Existenz das Überspringen der Krankheit auf Subkommunen von Arcahaie bestätigt, in denen man die gleichen Bedingungen feststellte, die ich in Bezug auf den ersten Infektionsherd Mirebalais erwähnte.

Man braucht keine Ahnung von Heilkunde zu haben, um sich klarzumachen, dass, wenn die erwähnten 1182 Patienten nicht darauf hätten zählen können, dass man sich in diesen Zentren ihrer annehmen würde, sie sich auf die Suche nach Hilfe in Port au Prince gemacht hätten und das ist genau die Art und Weise, wie sich die Epidemie ausbreitet: wenn sich erkrankte Personen sammeln, um eine Gesundheitsinstitution aufzusuchen und andererseits die, bei denen die Krankheit noch nicht ausgebrochen ist (die sich aber bereits in der Inkubationszeit befinden), sich aus Furcht vor Ansteckung von diesem Ort entfernen.

So wäre diese Menge von Leuten jetzt nach Port au Prince gereist, ohne dass eine Chance bestünde, den Fluss an Kranken dort aufzunehmen.

Was am meisten Not tut, ist eine Erziehung in sanitären Belangen sowie der Bevölkerung sichere Quellen an Wasservorräten zur Verfügung zu stellen. Beides ist schwer in die Tat umzusetzen, denn es ist schwierig, die Menschen dazu zu bewegen, Gewohnheiten zu ändern, die seit langem tief verwurzelt sind. Und was die Vorräte an sauberem Wasser angeht, so gibt es sie zwar (in Form von Spenden), es ist aber ein komplexes Vorhaben, Organisationsformen für die Verteilung zu entwickeln.

Die Aufgabe, die vor uns liegt, ist die, dass sich die cubanische medizinische Brigade darauf einstellt, weiter in Zusammenarbeit mit den haitianischen Stellen ihren Beitrag zum Kampf gegen die schreckliche Epidemie zu leisten. Die Präsenz in der Kommune, die hygienische Erziehung der Bevölkerung, vermittelt durch kommunale Führungspersonen, sowie die Pflege von an der Cholera erkrankten Patienten in den Behandlungszentren stellt die Prinzipien der internationalistischen Solidarität auf eine hohe Stufe.

Heute befinden sich 51 junge Ärzte und Ärztinnen, die in der Lateinamerikanischen Schule für Medizin ausgebildet wurden, an vorderster Front dieses harten Kampfes, Seite an Seite mit ihren cubanischen Brüdern und Lehrern. Die übrigen arbeiten auf den ihnen zugewiesenen Posten im ganzen Land; viele von ihnen sind bereit, zur ersten Linie hinzuzustoßen, wenn es erforderlich wird.

Die Perspektive ist die, dass die Krankheit sich für mehrere Jahre im Land halten und weitere Ausbrüche mit sich bringen wird, wenn man fortfährt, die Wasserquellen zu vergiften.

Gerade nähert sich ein Hurrikan, der Prognosen zufolge heute haitianischen Boden erreichen wird. Ohne Zweifel wird sich die Lage dadurch weiter verschlimmern, da sie Konditionen schaffen wird für eine Ausbreitung der Krankheit auf Gebiete, in die sie zur Zeit noch nicht

Fortsetzung auf Seite 23 ►



# Rote Hilfe Kalender 2011



12 Kalenderblätter A3 mit Deckblatt, kolorierte Bilder auf der Vorderseite, Texte zu den abgebildeten Frauen auf der Rückseite.  
Preis 10.- Euro + Porto pro Einzelbestellung, Rabatte bei Sammelbestellungen/zum Weiterverkauf können erfragt werden. Bestellungen an hannover@rote-hilfe.de,  
*Postadresse nicht vergessen!*

In englisch und spanisch können sich Reisende unter folgendem Link über die aktuellen Zollbestimmungen informieren: <http://www.aduana.co.cu/>

**Schon mehr als 600 Freunde und Freundinnen!**  
Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba ist jetzt auch bei Facebook. Aktuelle Infos können dort schnell gepostet und gelesen werden.  
<http://de-de.facebook.com/people/Freundschaftsgesellschaft-Brd-kuba/100001576813006>

## Einladung!

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

## Bundesdelegiertenkonferenz 6. bis 8. Mai 2011 Jugendherberge Göttingen

Freitag 6.5.: 20 Uhr Präsentation des Films »Zucker und Salz«  
Samstag 7.5.: 10.30 Eröffnung  
**Schwerpunktthema der BDK: die Umstrukturierungen in Cuba**  
Samstag 7.5.: 20 Uhr Veranstaltung im Lokal Inti mit der Gruppe Subterra  
Sonntag: 9:30 Wahlen. Ende nach dem Mittagessen  
Anmeldung über die Geschäftsstelle

## Cena Cubana in Nürnberg!

30. Januar 2011; 17.30 Uhr,  
Desi, Brückenstr. 23

## spendenbarometer



Hilfe für Cubas Ärzte in Haiti

35.374

Gesundheitsprojekt

2.135

»Gloria de la Cruz« (Förderung von geistig Behinderten)



Krankenhaus Miguel Enriquez

2.615

445

Behinderten-Selbsthilfe Acifim



Catedra Humboldt

275



Cuba Kompakt

297



Hurricane-Schäden

1.776



FG Cuba allgemein

4.251

Stand 1. Januar 2010 – 30. November 2010

Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft  
BRD-Cuba e.V.: Postgiroamt Köln,  
Kto.-Nr. 307 984-507 (BLZ 370 100 50)

alle Beträge in Euro

Weiterhin gingen projektgebundene  
Sonderspenden in Höhe von

13.018 Euro ein.



## Invasion in der Schweinebucht

Im Frühjahr 2011 jährt sich zum 50ten mal die Invasion in der Schweinebucht. Zur Historie: Im Jahr 1961, zwei Jahre nach dem Sieg der Kubanischen Revolution droht die Insel vor der amerikanischen Küste endgültig »abtrünnig« geworden zu sein. Fidel Castro ist aber politisch noch nicht vollends gefestigt, sodass der amerikanische Präsident John F. Kennedy und die Central Intelligence Agency (CIA) den Versuch starten, mit der Hilfe der pro-amerikanischen Exilkubaner Fidel und die revolutionäre Regierung zu verdrängen.

Am 17. April 1961 landen über 1.500 von den USA ausgebildete Exilkubaner in besagter Bucht. Ihr Ziel ist es, unter dem Kommando von zwei CIA-Agenten eine Landebahn zu erobern, damit die Exilregierung eingeflogen werden kann. Die soll von kubanischem Hoheitsgebiet aus die Hilfe des US-Militärs anfordern, die dann den Anti-Kommunisten »zur Hilfe eilen« und Castros Truppen zurückschlagen würde.

Das Vorhaben endet aus amerikanischer Sicht im Fiasko: Der Plan wird verraten, den Invasoren steht bei der Landung eine Übermacht von 200.000 Angehörigen der Revolutionsarmee gegenüber, die nach einem kleinen Scharmützel mit rund 100 Toten die restlichen Invasoren gefangen nimmt. Weil der »Hilferuf« der Exilregierung nicht erfolgt, verweigert Präsident Kennedy den Marschbefehl für die US-Armee.

Nach einem Gefangenenaustausch war die Sache im wesentlichen erledigt.

### Die Schweinebucht - ein Trauma ?!

Für manche rechten US-Amerikaner sowie insbesondere deren revanchistische Exilkubanergemeinde barg diese Niederlage ein Trauma, welches bis heute anhält. So ist es wohl auch zu erklären, weshalb man ein Computerspiel nach dieser Schlacht adaptierte.

Der Auftakt des Ego-Shooter-Games »Call of Duty: Black Ops« findet daher auch auf Kuba statt: Der Spieler nimmt an der Invasion in der Schweinebucht (im Spanischen »Baya de Cochinos«) teil. Auch in Black Ops gerät der Spieler in kubanische Gefangenschaft und muss sich unter Waffengewalt aus dem Gefängnis befreien. Hier hat Treyarch aus dramaturgischen Gründen historisch etwas geschummelt: In der Realität wurden die Gefangenen 1963 im Austausch gegen Medikamente, Nahrungsmittel und Maschinen wieder in die Vereinigten Staaten geschickt.

*An dieser Stelle sei noch einmal an die Lesung am 15. April 2011 ab Mittag auf dem Alexanderplatz erinnert (selbstredend akustisch verstärkt und visuell ansprechend), um auf diese Unmenschlichkeit hinzuweisen und dagegen zu protestieren. Vor zehn Jahren führten wir im Foyer der Humboldt-Universität eine ähnliche Veranstaltung durch, die insgesamt acht Stunden dauerte und an der sich damals 40 Prominente und Freunde Kubas beteiligten.*

*Wir haben uns für die kommende Lesung für einen Ort entschieden, der von vielen Menschen frequentiert wird, sodass wir ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit unserer Aktion erreichen werden. Wir sind bereits im Gespräch mit mehreren Prominenten dieser Stadt aus Kultur und Politik im Gespräch und freuen uns über jeden Menschen, der diese Veranstaltung mitgestalten möchte, sei es lesend, schreibend, rezitierend ...*

*Wer bereit ist, einen Text, der einen Bezug zu Kuba hat, vorzutragen, melde sich bei uns, egal ob Selbstgeschriebenes, ein Gedicht oder Bericht, eine Kurzgeschichte, oder auch ein Lied, alles ist möglich! Jeder Beitrag sollte zehn Minuten nicht überschreiten!*

BO

### Die Regionalgruppe Köln trifft sich wieder!

Nähere Informationen über die Geschäftsstelle  
FG BRD-Kuba e.V., Tel. 0221 - 240 51 20  
E-Mail: [info@fgbrdkuba.de](mailto:info@fgbrdkuba.de)

### Der neue Reisekatalog Cuba von Soliarenas – Partneragentur der FG BRD-Kuba e.V. ist erschienen!

Kostenlose Zusendung über die Reiseagentur Soliarenas.

Tel. 02403/555 22 36;

E-Mail: [info@soliarenas.de](mailto:info@soliarenas.de)

oder über die Geschäftsstelle FG BRD-Kuba e.V.,

Tel. 0221 - 240 51 20,

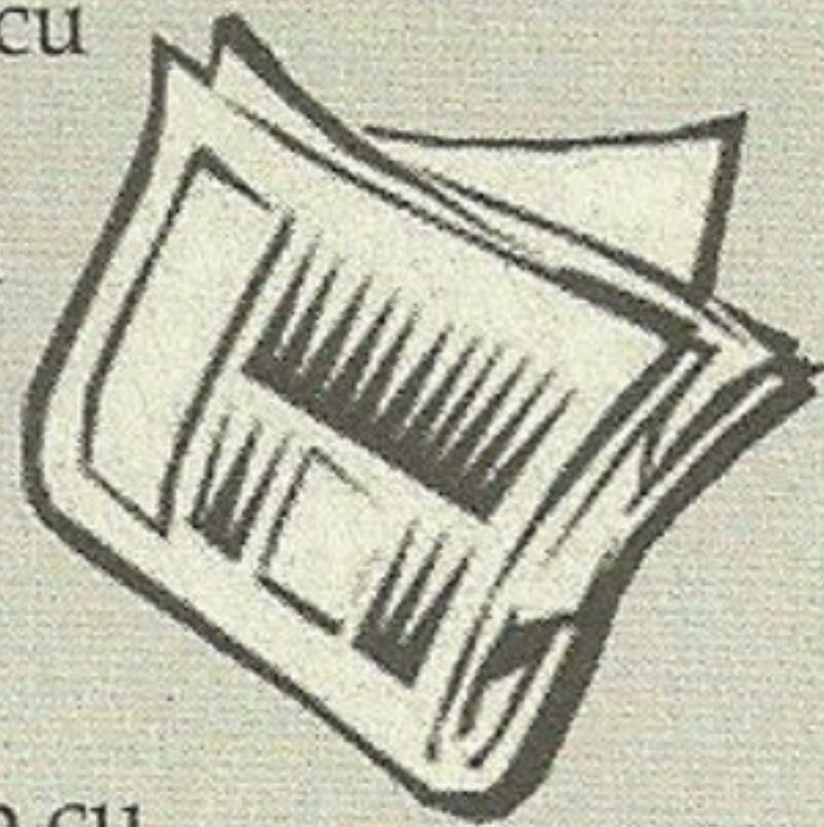
E-Mail: [info@fgbrdkuba.de](mailto:info@fgbrdkuba.de)



## CUBA im Internet

### Zeitungen und Zeitschriften

**Granma:** [www.granma.cubaweb.cu](http://www.granma.cubaweb.cu) [www.granma.co.cu](http://www.granma.co.cu)  
**Granma Internacional:** [www.granma.cu](http://www.granma.cu) [www.granmai.co.cu](http://www.granmai.co.cu)  
**Juventud Rebelde:** [www.juventudrebelde.cu](http://www.juventudrebelde.cu)  
**Trabajadores:** [www.trabajadores.cubaweb.cu](http://www.trabajadores.cubaweb.cu)  
**Bohemia:** [www.bohemia.cubasi.cu](http://www.bohemia.cubasi.cu) [www.bohemia.cu](http://www.bohemia.cu)  
**Opciones:** [www.opciones.cubaweb.cu](http://www.opciones.cubaweb.cu)  
**El Caimán Barbudo:** [www.caimanbarbudo.cu](http://www.caimanbarbudo.cu)  
**Somos Jóvenes:** [www.somosjovenes.cu](http://www.somosjovenes.cu)  
**Juventud Técnica:** [www.juventudtecnica.cu](http://www.juventudtecnica.cu)  
**Pionero:** [www.pionero.cu](http://www.pionero.cu)  
**Zun Zun:** [www.zunzun.cu](http://www.zunzun.cu)  
**Alma Máter:** [www.almamater.cu](http://www.almamater.cu)  
**Mujeres:** [www.mujeres.co.cu](http://www.mujeres.co.cu)  
**El Economista:** [www.economista.cubaweb.cu](http://www.economista.cubaweb.cu)  
**Tricontinental:** [www.tricontinental.cubaweb.cu](http://www.tricontinental.cubaweb.cu)  
**Cine Cubano:** [www.cinecubano.cu/revista](http://www.cinecubano.cu/revista)  
**Temas:** [www.temas.cult.cu](http://www.temas.cult.cu)  
**Cubaliteraria:** [www.cubaliteraria.com](http://www.cubaliteraria.com)  
**Energía y Tú:** [www.cubasolar.cu/biblioteca/energiaytu.html](http://www.cubasolar.cu/biblioteca/energiaytu.html)  
**Giga:** [www.giga.islagrande.cu](http://www.giga.islagrande.cu)  
**El Nuevo Fénix:** [www.fenix.islagrande.cu](http://www.fenix.islagrande.cu)  
**Jitweb:** [www.inder.co.cu/jit/](http://www.inder.co.cu/jit/)  
**La Jiribilla:** [www.lajiribilla.cu](http://www.lajiribilla.cu)



### Regionale Presse

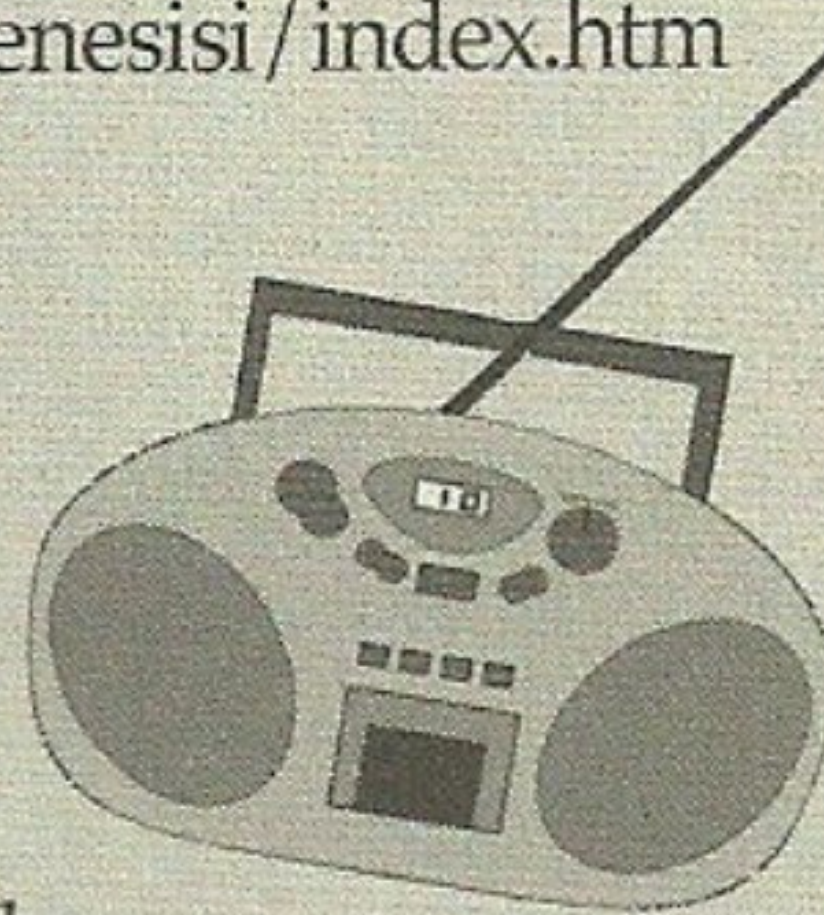
**Guerrillero (Pinar del Río):** [www.guerrillero.co.cu](http://www.guerrillero.co.cu)  
**El Habanero:** [www.habanero.co.cu](http://www.habanero.co.cu)  
**Tribuna de La Habana:** [www.tribuna.islagrande.cu](http://www.tribuna.islagrande.cu)  
**Girón (Matanzas):** [www.giron.co.cu](http://www.giron.co.cu)  
**5 de septiembre (Cienfuegos):** [www.5septiembre.cu](http://www.5septiembre.cu)  
**Vanguardia (Villa Clara):** [www.vanguardia.co.cu](http://www.vanguardia.co.cu)  
**Escambray ( Sancti Spíritus):** [www.escambray.islagrande.cu](http://www.escambray.islagrande.cu)  
**Invasor (Ciego de Ávila):** [www.invasor.cu](http://www.invasor.cu)  
**Adelante (Camagüey):** [www.adelante.cu](http://www.adelante.cu)  
**26 (Las Tunas):** [www.periodico26.cu](http://www.periodico26.cu)  
**Ahora (Holguín):** [www.ahora.cu](http://www.ahora.cu)  
**La Demajagua (Granma):** [www.lademajagua.co.cu](http://www.lademajagua.co.cu)  
**Sierra Maestra (Santiago de Cuba):** [www.sierramaestra.cu](http://www.sierramaestra.cu)  
**Venceremos (Guantánamo):** [www.venceremos.cubaweb.cu](http://www.venceremos.cubaweb.cu)  
**Victoria (Isla de la Juventud):** [www.victoria.islagrande.cu](http://www.victoria.islagrande.cu)

### Nachrichtenagenturen

**Prensa Latina:** [www.prensa-latina.cu](http://www.prensa-latina.cu) - [www.plenglish.com](http://www.plenglish.com)  
**Agencia de Información Nacional:** [www.ain.cubaweb.cu](http://www.ain.cubaweb.cu) - [www.ain.cu](http://www.ain.cu)  
**AIN Camagüey:** [www.adelante.cu/AIN](http://www.adelante.cu/AIN)  
**Génesis Multimedia:** [www.prensa-latina.cu/genesisi/index.htm](http://www.prensa-latina.cu/genesisi/index.htm)  
**Tienda virtual:** [www.latincuba.com](http://www.latincuba.com)

### Radiosender

**Radio Rebelde:** [www.rrebelde.cu](http://www.rrebelde.cu)  
**Radio Habana Cuba:** [www.radiohc.cu](http://www.radiohc.cu)  
**Radio Progreso:** [www.radioprogreso.cu](http://www.radioprogreso.cu)  
**Radio Reloj:** [www.radioreloj.cu](http://www.radioreloj.cu)  
**Notinet del Cubaweb:** [www.nnc.cubaweb.cu](http://www.nnc.cubaweb.cu)  
**Radio Taíno:** [www.radiotaino.cu](http://www.radiotaino.cu) - [www.radiotaino.cubasi.cu](http://www.radiotaino.cubasi.cu)  
**Radio Enciclopedia:** [www.radioenciclopedia.co.cu](http://www.radioenciclopedia.co.cu)  
**CMBF:** [www.cmbfjazz.cu](http://www.cmbfjazz.cu)  
**Radio Metropolitana (Ciudad de la Habana):** [www.metropolitana.cu](http://www.metropolitana.cu)  
**Radio Ciudad Habana:** [www.habanaenlinea.cu](http://www.habanaenlinea.cu)  
**Radio Cadena Habana:** [www.cadenahabana.islagrande.cu](http://www.cadenahabana.islagrande.cu)  
**Radio COCO (Ciudad de la Habana):** [www.radiococo.cu](http://www.radiococo.cu)



**Radio Guamá (Pinar del Río):** [www.rguama.co.cu](http://www.rguama.co.cu) - [www.rguama.cubasi.cu](http://www.rguama.cubasi.cu)  
**Radio 26 (Matanzas):** [www.radio26.co.cu](http://www.radio26.co.cu)  
**Radio Ciudad del Mar (Cienfuegos):** [www.rcm.cu](http://www.rcm.cu)  
**CMHW (Villa Clara):** [www.cmhw.co.cu](http://www.cmhw.co.cu)  
**Radio Sancti Spíritus:** [www.radiosanctispiritus.islagrande.cu](http://www.radiosanctispiritus.islagrande.cu)  
**Radio Surco (Ciego de Ávila):** [www.radiosurco.islagrande.cu](http://www.radiosurco.islagrande.cu)  
**Radio Morón (Ciego de Ávila):** [www.radiomorón.cu](http://www.radiomorón.cu)  
**Radio Cadena Agramonte (Camagüey):** [www.radiocadenagramonte.cubaweb.cu](http://www.radiocadenagramonte.cubaweb.cu)  
**Radio Guaimaro:** [www.radiocadenagramonte.cubaweb.cu](http://www.radiocadenagramonte.cubaweb.cu)  
**Radio Nuevitas:** [www.cadenagramonte.cubaweb.cu](http://www.cadenagramonte.cubaweb.cu)  
**Radio Florida:** [www.cadenagramonte.cubaweb.cu](http://www.cadenagramonte.cubaweb.cu)  
**Radio Victoria (Las Tunas):** [www.tiempo21.islagrande.cu](http://www.tiempo21.islagrande.cu)  
**Radio Libertad (Puerto Padre, Las Tunas):** [www.radiolibertad.cu](http://www.radiolibertad.cu)  
**Radio Angulo (Holguín):** [www.radioangulo.cu](http://www.radioangulo.cu)  
**Radio Taíno (Holguín):** [www.891fm.cu](http://www.891fm.cu)  
**Radio Bayamo:** [www.radiobayamo.islagrande.cu](http://www.radiobayamo.islagrande.cu)  
**Radio Granma:** [www.radiogranma.co.cu](http://www.radiogranma.co.cu)  
**Radio CMKC (Santiago de Cuba):** [www.cmkc.co.cu](http://www.cmkc.co.cu)  
**Trinchera Antiimperialista (Guantánamo):** [www.cmksradio.islagrande.cu](http://www.cmksradio.islagrande.cu)  
**Radio Caribe (Isla de la Juventud):** [www.radiocaribe.co.cu](http://www.radiocaribe.co.cu) - [www.gerona.inf.cu/sites/webradioc/index.htm](http://www.gerona.inf.cu/sites/webradioc/index.htm)  
**Habanaradio:** [www.habanaradio.cu](http://www.habanaradio.cu)



### CUBA TV

**Cubavisión (TV Cubana):** [www.cubavision.cubaweb.cu](http://www.cubavision.cubaweb.cu) - [www.media.islagrande.com](http://www.media.islagrande.com)  
**Televisión Serrana:** [www.tvserrana.islagrande.cu/index.htm](http://www.tvserrana.islagrande.cu/index.htm)

### Regionale TV Stationen

**CHTV (Ciudad de La Habana):** [www.chtv.cubasi.cu](http://www.chtv.cubasi.cu)  
**TV Yumurí (Matanzas):** [www.tvyumuri.co.cu](http://www.tvyumuri.co.cu)  
**Perla Visión (Cienfuegos):** [www.perlavision.cu](http://www.perlavision.cu) - [www.perlavision.co.cu](http://www.perlavision.co.cu)  
**Centrovisión Yayabo (Sancti Spíritus):** [www.centrovision.cu](http://www.centrovision.cu)  
**TV Avileña (Ciego de Ávila):** [www.tvavila.co.cu](http://www.tvavila.co.cu)  
**Tele Camagüey:** <http://www.tvcamaguey.co.cu>  
**Tele Cristal (Holguín):** [www.aldia.cu](http://www.aldia.cu)  
**Tele Granma:** [www.cnctv.islagrande.cu](http://www.cnctv.islagrande.cu)  
**Telecentro Las Tunas:** [www.visiontunera.co.cu](http://www.visiontunera.co.cu)  
**Telecentro Isla de la Juventud:** [www.islavision.co.cu](http://www.islavision.co.cu)  
**Telecentro de Villa Clara:** [www.telecubanacan.co.cu](http://www.telecubanacan.co.cu)

### Weitere interessante Web-Adressen

[www.cubahora.cu](http://www.cubahora.cu)  
[www.alcaabajo.cu](http://www.alcaabajo.cu)  
[www.nautica.cubasi.cu](http://www.nautica.cubasi.cu)  
[www.cubavsbloqueo.cu](http://www.cubavsbloqueo.cu)  
[www.cubaminrex.cu](http://www.cubaminrex.cu)  
[www.cubagob.cu](http://www.cubagob.cu)  
[www.cubasocialista.cu](http://www.cubasocialista.cu)  
[www.cubasindical.cubaweb.cu](http://www.cubasindical.cubaweb.cu)  
[www.nacionyemigracion.cu](http://www.nacionyemigracion.cu)  
[www.infomed.sld.cu](http://www.infomed.sld.cu)  
[www.cubadebate.cu](http://www.cubadebate.cu)  
[www.antiterroristas.cu](http://www.antiterroristas.cu) [www.mesaredonda.cu](http://www.mesaredonda.cu)  
[www.elian.cu](http://www.elian.cu)  
[www.cuba.cu](http://www.cuba.cu)  
[www.cubasi.cu](http://www.cubasi.cu)  
[www.islagrande.cu](http://www.islagrande.cu)  
[www.cubaweb.cu](http://www.cubaweb.cu)  
[www.cubarte.cult.cu](http://www.cubarte.cult.cu)  
<http://www.cubainformacion.tv/>  
<http://martianos.ning.com>  
<http://auto-hermes.ning.com>





## Von der Geschäftsstelle lieferbare Materialien

	Normalpreis	Gruppenpreis
<b>Fotos / Plakate</b>		
Originalfotos Fidel Castro 17,5 x 24,0 cm	7,80	6,80
Plakat Che Guevara DIN A 2 s/w	<b>reduziert!</b> 1,50	1,00
<b>Textilien</b>		
Baskenmütze Che	15,00	13,00
Kubafahne 40 x 80 cm	9,00	7,00
Kubafahne 50 x 120 cm	14,50	12,50
Leinentasche mit Che-Motiv oder Cuba-Fahne	5,00	3,00
Dreiecktuch weiß mit Che-Motiv 120/85 cm	5,00	3,00
Kordelkette (weiß) mit Che-Anhänger (schwarz)	2,50	2,00
<b>Anstecker / Schlüsselanhänger / Feuerzeuge / Aufkleber</b>		
Anstecker Che-Porträt, rund, rot-schwarz	2,50	2,00
Cuba-Fahne	2,50	2,00
Schlüsselanhänger mit Che-Portrait	3,00	2,50
Feuerzeuge mit Che-Porträt	1,00	0,50
Aufkleber: Cubafahne 6,5 x 8,5 cm	1,00	0,50
Che s/w 6,5 x 8,5 cm	1,00	0,50
<b>Zeitschriften / Broschüren</b>		
Cuba Libre (verbandseigene Zeitschrift) / je Exempl.	3,10	2,00
Jahresabo (4 Ausgaben)	10,50	
Cuba kompakt (Infoblatt der FG zu Cuba)	Bezug gegen Spende	
Granma Internacional (deutsche Ausgabe / mtl.)	1,50	1,00



### BÜCHER

Commandante Che – Biogr. Skizzen, E. Panitz	5,00	4,00
R. + U. Fausten <b>Helden der freien Welt</b>	10,00	7,00
Hernando C. Ospina /Katljin Declercq <b>Originalton Miami</b>	10,00	7,00
Hernando Calvo Ospina <b>Im Zeichen der Fledermaus</b>	8,00	6,00
José Martí <b>Zum 100. Todestag</b> (Hg. FG BRD-Kuba)	4,00	3,00
R. Ridenour <b>Kuba – Ein Yankee berichtet</b>	4,00	3,00
H. Langer <b>Fidel Castro – Reflexionen</b> ,	14,00	11,00
H. Langer <b>Zärtlichkeit der Völker</b> (DDR u. Cuba)	9,50	7,60
H. Langer <b>Die DDR und Kuba</b>	<b>Neu!</b> 9,50	7,60
H. Langer <b>Kuba - die lebendige Revolution</b>	12,00	11,00
Komitee »Basta Ya!« <b>Die USA und der Terror</b>	5,00	4,50
<b>CD / DVD</b>		
CD <b>Musica y Revolucion</b>	5,00	3,00
DVD Dwyer/Rebo <b>Mission against the terror</b> mit deutschen Untertiteln	5,00	3,00

Schriftliche Bestellung an: Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e. V., Maybachstr. 159, 50670 Köln, Tel.: 0221 / 24 05 120, Fax: 0221 / 606 00 80,  
E-MAIL: info@fgbrdkuba.de. Alle Materialien werden mit Rechnung und unter Berechnung der Versandkosten verschickt!!  
Überweisungen für bestellte und gelieferte Materialien bitte nur auf das Konto der SEB, BLZ 380 101 11, Kontonr.: 1 202 999 900

## REGIONALE FG GRUPPEN + ANSPRECHPARTNERINNEN

**Augsburg:** Franz Egeter - Berliner Allee 22 B - 86153 Augsburg  
**Berlin:** Marion Leonhardt - Voltastr. 2a - 13355 Berlin - berlin@fgbrdkuba.de  
**Bonn:** Hans-Joachim Knoblen - Herseler Str. 2 - 53117 Bonn - hans-joachim-knoblen@t-online.de  
**Bremen:** Elka Pralle - Friesenstr. 109 - 28203 Bremen  
**Dortmund:** Heinz Liebold - Gießereistr. 4 - 44289 Dortmund  
**Dresden/Radeberg:** Steffen Radisch - Mühlstr. 24 - 01454 Radeberg  
**Duisburg:** Renate u. Uli Fausten - Dickelsbachstr. 21 - 47053 Duisburg - cubita@gmx.de  
**Düsseldorf:** Klaus Winkes - Hildebrandtstr. 7 - 40215 Düsseldorf  
**Erfurt/Eisenach:** Roland Wanitschka - PF 1144 - 99801 Eisenach - roland.wanitschka@web.de  
**Essen:** Heinz W. Hammer - Im Klipp 23 - 45143 Essen - fgessen@tele2.de  
**Frankfurt/M.:** Jenny Desoi - Rendelerstr. 51 - 60385 Frankfurt - fgkuba-frankfurt@gmx.de  
**Freiburg:** Carmen Giesin - Weinbergstr. 6 - 79111 Freiburg - carmen.giesin@gmx.de  
**Gelsenkirchen:** Christa Grewe - Festweg 12 - 45886 Gelsenkirchen  
**Giessen:** Erika Beltz - Dietzstr. 7 - 35390 Giessen - ErikaBeltz@aol.com  
**Göttingen:** Gunnar Siebecke - Harzstr. 13 - 37081 Göttingen - g.siebecke@web.de  
**Idar-Oberstein:** Karin Gottlieb - Frinkenstr. 9 - 55743 Idar-Oberstein  
**Kaiserslautern:** Helga Maier - Heißenbergstr. 9 - 66851 Queidersbach  
**Karlsruhe:** Roland Armbruster - Wilhelmstr. 85 - 76137 Karlsruhe - roland.armbruster@t-online.de

**Kiel:** Sabine u. Rigoberto Neyra-Ampudia - Am Biberbach 7 - 24145 Kiel - rigosabi@t-online.de  
**Koblenz:** Robert Peiter - Friedrichstr. 7 - 56333 Winnigen  
**Köln:** Ingrid Hunold - Schumannstr. 19 - 51375 Leverkusen - schu19@t-online.de  
**Konstanz:** Michaela + Gottfried Heil - Teuringer Str. 42 - 88045 Friedrichshafen  
**Landshut:** Karl Schönberger - Duniwang 7b - 84036 Landshut  
**Ludwigsburg:** Karl Bühn - Postfach 1146 - 71692 Möglingen  
**Mannheim (Rhein/Neckar):** Barbara Caroli-Buch - Gneisenastr. 18 - 68259 Mannheim - barbara@muellerweb.de  
**München:** Werner Ströhlein - Grünecker Str. 16 f - 85375 Neufahrn - stroehlein-sanchez@t-online.de  
**Nürnberg:** Marianne Schweinesbein - Sielstr. 6 - 90429 Nürnberg - schweinesbein@t-online.de  
**Münster:** Dirk Zühlke - Tel. 0163-2941363  
**Oldenburg:** Uwe Nordmann - Am Grün - 26316 Varel  
**Regensburg:** Bernhard Ostermeier - Mariaorterstr.9 - 93161 Sinzing - bernhard.ostermeier@gmx.de  
**Saarbrücken:** Bärbel Wiemer - Ottweiler Str. 4 - 66113 Saarbrücken  
**Stuttgart:** Reiner Hofmann - Rohrdommelweg 6 - 70378 Stuttgart - Reiner\_Hofmann@t-online.de  
**Tübingen:** Stefan Dreher - Schleifmühleweg 32 - 72070 Tübingen - mail@stefandreher.de  
**Velbert:** Hartmut Meinert - Händelstr. 3 - 42549 Velbert - hartmut.meinert@web.de  
**Würzburg:** Michael Meyer - Weingartenstr. 26 - 97072 Würzburg - cubasoli@onlinehome.de  
**Wuppertal:** Dirk Eugen Werner - Marienstr. 67 - 42105 Wuppertal



vorgedrungen ist. Überdies sind einige Zonen stark von Überschwemmungen bedroht.

Cuba ist hier seit 12 Jahren. Seit dem Erdbeben war man mit dem Wiederaufbau und der Verbesserung des Gesundheitssystems beschäftigt. Cuba wird auch während der gesamten Choleraepidemie hier bleiben und nach dem Weiterziehen des Hurrikans. Irgendwelche x-beliebigen Menschen nach den cubanischen Ärzten zu fragen, reicht aus, um jedes Gesicht zum Leuchten zu bringen.

Ich bin stolz darauf, Teil dieser weiteren Seite zu sein, die der cubanische Internationalismus aufgeschlagen hat, stolz, Mitglied der medizinischen Brigade Cubas zu sein, stolz, ein Sohn der amerikanischen Erde zu sein, verpflichtet meinem Land, das Lateinamerika heißt, ebenso wie meinen Gefährten, die ihrerseits Söhne und Töchter dieses Bodens sind.

Quellen: »Dahin gehen, wo es wehtut« cubadebate (plus ein wenig UF). »Was passiert in Haiti?« kaosenlared. Aus dem Spanischen von Ulli Fausten

## Porträt:

### Köln, Maybachstr. 159 – Geschäftsstelle der FG BRD-Kuba e.V.

In einem der schönsten Stadtteile Kölns, dem Agnesviertel, liegt die Bundesgeschäftsstelle der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V.

Die Maybachstraße ist durch einen großen Bahndamm geteilt und hat zwei Gesichter:

Auf der einen Seite wunderbar renovierte Altbauten und der Mediapark. Hier haben TV-Sender, private Ausbildungsinstitute, Bildungseinrichtungen sowie Kölns größtes Kinozentrum Cinedom und das »Filmhaus« (Programm kino und Veranstaltungsort) ihren Sitz. Die Angebote der Restaurants auf dieser Seite sind verführerisch, aber teuer.

Auf der anderen Seite eine bunt gemischte Infrastruktur: Renovierungsbedürftige Wohnhäuser neben schicken Bürobauten, türkische und griechische Imbissbuden neben Frisör- und Wellness-Salons, moderne Architekturbüros neben alten Betrieben aus den 50er-Jahren, die bis heute unverändert scheinen.

Die Geschäftsstelle befindet sich auf der »anderen« Seite der Maybachstraße in einem Hinterhofgebäude. Ein »Sitz« im Bereich des Mediaparks wäre nicht bezahlbar und wegen fehlender Infrastruktur auch nicht wünschenswert. Die GS ist »mitten drin«.

Der Weg zu unseren Räumen führt durch einen Hofeingang, vorbei an Müllcontainern und vielen geparkten Fahrrädern. Nicht immer ist dieser kurze Weg eine gute »Visitenkarte«: Manchmal sind die Abfallbehälter übertoll, Müllreste liegen auf dem Boden. Immerhin: Es wird kein »wilder Sperrmüll« abgestellt und der Hausbesitzer sorgt einmal monatlich für eine Grundreinigung. Freundlicher Kontrapunkt sind die Hauswände der GS; sie wurden von den Vormietern (Elterninitiative einer Kinderkrabbelgruppe) mit bunten Kindermotiven bemalt. Erkennungszeichen der FG ist ein Che-Plakat in einem der drei Fenster.

#### Mitten drin

Hervorragend ist die Infrastruktur im unmittelbaren Umfeld der GS.

Nur drei Minuten Fußweg entfernt befindet sich eine großes Post-Zentrum. Die direkte Nähe ist gewissermaßen ein Glücksfall, da die Deutsche Post ihr Dienstleistungsangebot in ganz Deutschland bekanntlich erheblich reduziert hat. »Unsere« Postfiliale ist eine der wenigen in Köln, in der noch Pakete, Päckchen, Büchersendungen und Infobriefsendungen aufgegeben werden können - nicht unwichtig für die Arbeit der GS.

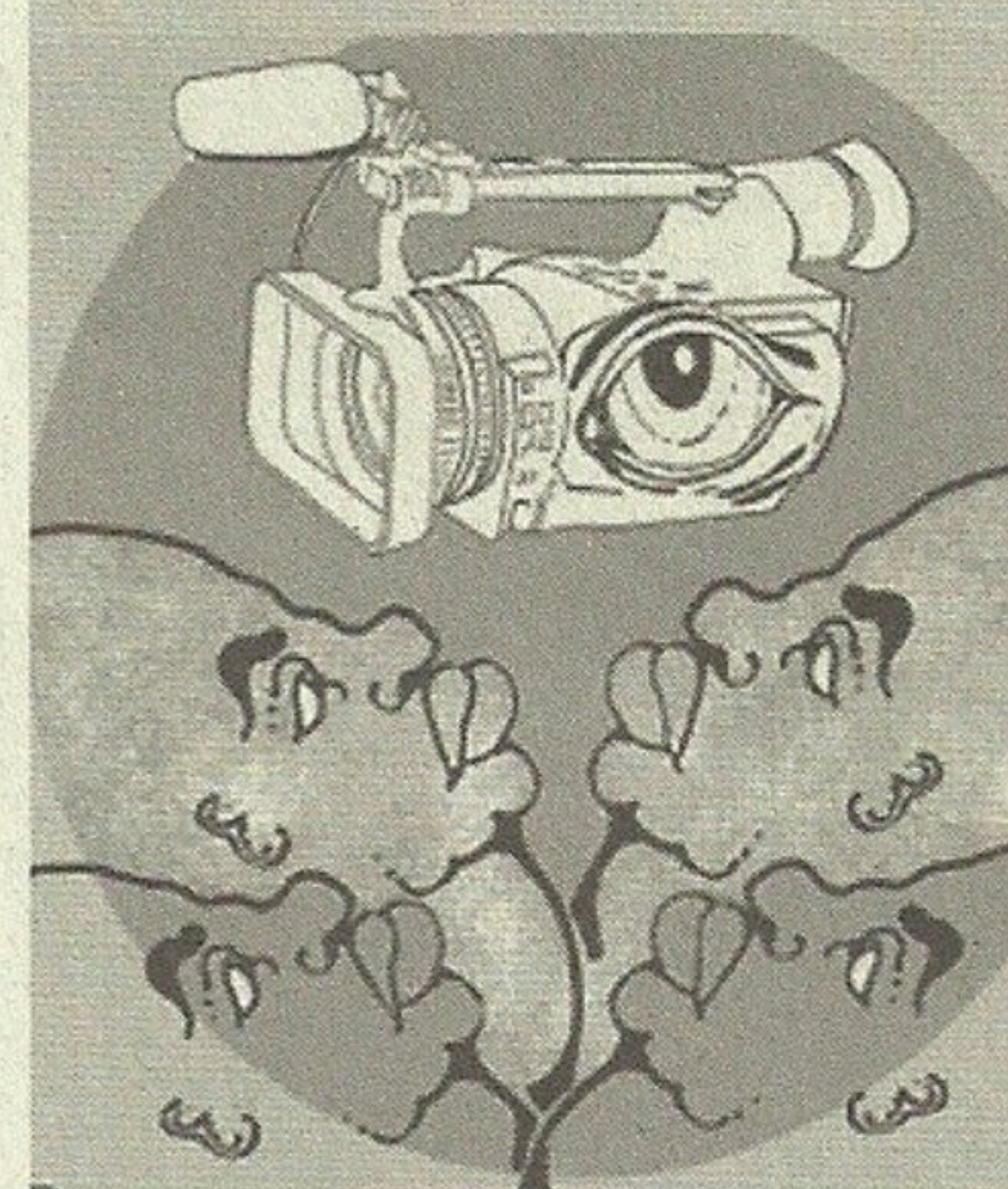
Gegenüber der Post ein Getränkeladen. Der türkische Inhaber hat große Sympathien für Kuba und die Arbeit der FG. Die Feuerzeuge mit »Che«-Motiv (Teil des Material-Sortiments der FG) kaufen wir zum Großhandelspreis bei ihm; er gibt sie uns ohne Gewinn weiter. Auch seine Sackkarre leiht er gerne aus, wenn wir mal größere Sendungen zur Post transportieren müssen.

In unmittelbarer Umgebung liegt auch das Bürgerzentrum »Alte Feuerwache«, über viele Jahre regelmäßiger Versammlungsort der

#### Nachtrag:

Seit den ersten Dezembertagen 2010 befinden sich von cubanischer Seite 300 Leute mehr in Haiti. Der Vorabtransport des Materials erfolgte etwa um Nikolaus herum; die Ärzteschaft und das Pflegepersonal reiste einen Tag später an.

Wer wird sich noch an uns erinnern wenn die Kamera ausgeschaltet wird?



Wer schaut da grade zum Fenster raus?

Regionalgruppe Köln. Ab und an finden hier auch Bundesvorstandssitzungen statt.

Unwesentlich für die Arbeit der GS, aber angenehm für die Mitarbeiter/innen: Im unmittelbaren Umfeld der GS befinden sich Geschäfte aller Art, ein wunderbarer Wochenmarkt sowie Kneipen und Restaurants mit überwiegend moderaten Preisen. Ohne Umstände kann man hier in der Mittagspause mal einkaufen, sich einen leckeren Imbiss holen oder sich nach Feierabend mit Freund/innen verabreden.

#### Räume

Der Umzug der GS im Jahr 2008 von den Räumen der Zülpicherstraße in die Maybachstraße ist dank guter Raumnutzung gelungen, obwohl nach dem Wechsel wesentlich weniger Platz als zuvor zur Verfügung steht. Vorteile des Umzugs: Die Miete ist niedriger und die FG kann jetzt als unabhängiger Mieter (zuvor Untermieter) alle Entscheidungen selbst treffen.

Die Arbeit der Geschäftsstelle findet nun auf 50 Quadratmetern statt. Zwei Räume plus WC/Küchenraum sind nicht komfortabel, reichen aber vollkommen aus. Im vorderen Raum befinden sich zwei PC-Arbeitsplätze, ein Arbeitsplatz für Kopierarbeiten und





Hier geht es lang ...

Postversand sowie Regale und Aktenschränke. Am runden Tisch mit sechs Stühlen können Besucher/innen Platz nehmen und auch kleine Konferenzen stattfinden. Der hintere Raum hat ausreichend Platz für das Archiv und das Materialsortiment, für Verpackungsmaterial, Leiter, Werkzeug etc.

#### Arbeit

Was eigentlich macht die Geschäftsstelle? Die Frage stellt sich sicher vielen und ist nicht unberechtigt, zumal die Regionalgruppen und Mitglieder nicht allzu oft etwas von der GS hören, es sei denn, sie haben konkrete Anliegen.

Das »Tagesgeschäft« beinhaltet Buchführung und Rechnungswesen, Mahnwesen, Mitglieder- und Abonnentenbetreuung, Spendenverwaltung, Materialbestellung und Materialversand, Beantwortung von schriftlichen und telefonischen Anfragen, Kommunikation mit dem Bundesvorstand und die vielfältige Büro-Organisation.

Hinzu kommen die jährlichen »Saisonarbeiten«: Vor- und Nachbereitung der Bundesdelegiertenkonferenz, Versand der jährlichen Zuwendungsbescheinigungen an Mitglieder und Spender/innen, die Organisation der Brigade José Martí und die Berechnung der Gruppenkontingente.

#### Koordination

Die Aufgabe der Geschäftsstelle besteht in Organisation und Verwaltung aller Betriebsabläufe; sie trifft keine eigenständigen Entscheidungen. Eine ständige Kommunikation und Koordination mit dem Bundesvorstand versteht sich daher von selbst: Zu welchem Preis kann ein neues Faxgerät, ein neuer Drucker angeschafft werden, nachdem das (ur)alte Gerät unwiderruflich »den Geist aufgegeben« hat? Soll der Flyer »Wir über uns« aktualisiert werden? Welche Kosteneinsparungen sind sinnvoll und möglich? Welche Materialien sollen angeschafft werden, welches Budget steht hierfür zur Verfügung? Wie soll diese oder jene Anfrage beantwortet werden?

Viele Arbeiten leisten auch die Mitglieder des Bundesvorstandes selbst, so z.B. den Lastschrifteinzug der Mitgliederbeiträge und Abgebühren, die Einrichtung neuer Software, die Vorbereitung der Bundesdelegiertenkonferenz, Beantwortung spezieller Anfragen, Teile der Brigadeorganisation, Kommunikation mit der Reiseagentur Soliarenas und vieles mehr. Nicht zu vergessen die Homepage, die seit ca. 1 1/2 Jahren von Michael Quander (Berlin) hervorragend organisiert wird. Auch hier ist Kooperation notwendig: Veranstaltungsankündigungen werden weiter geleitet, die Brigadeseite muss aktualisiert werden, der neue Text für den Flyer Gloria de la Cruz wird übermittelt ...

#### Vorhaben 2011

Nach Einführung eines neuen, professionellen Buchhaltungsprogramms zum 01.01.2010 wird auch die Mitgliederverwaltung durch ein neues Programm optimiert - Start 01.01.2011.

Das Materialangebot - derzeit erheblich »geschrumpft« - wird wieder aufgestockt und zudem grundsätzlich erweitert, insbesondere das Bücherangebot wird aktualisiert und ergänzt.

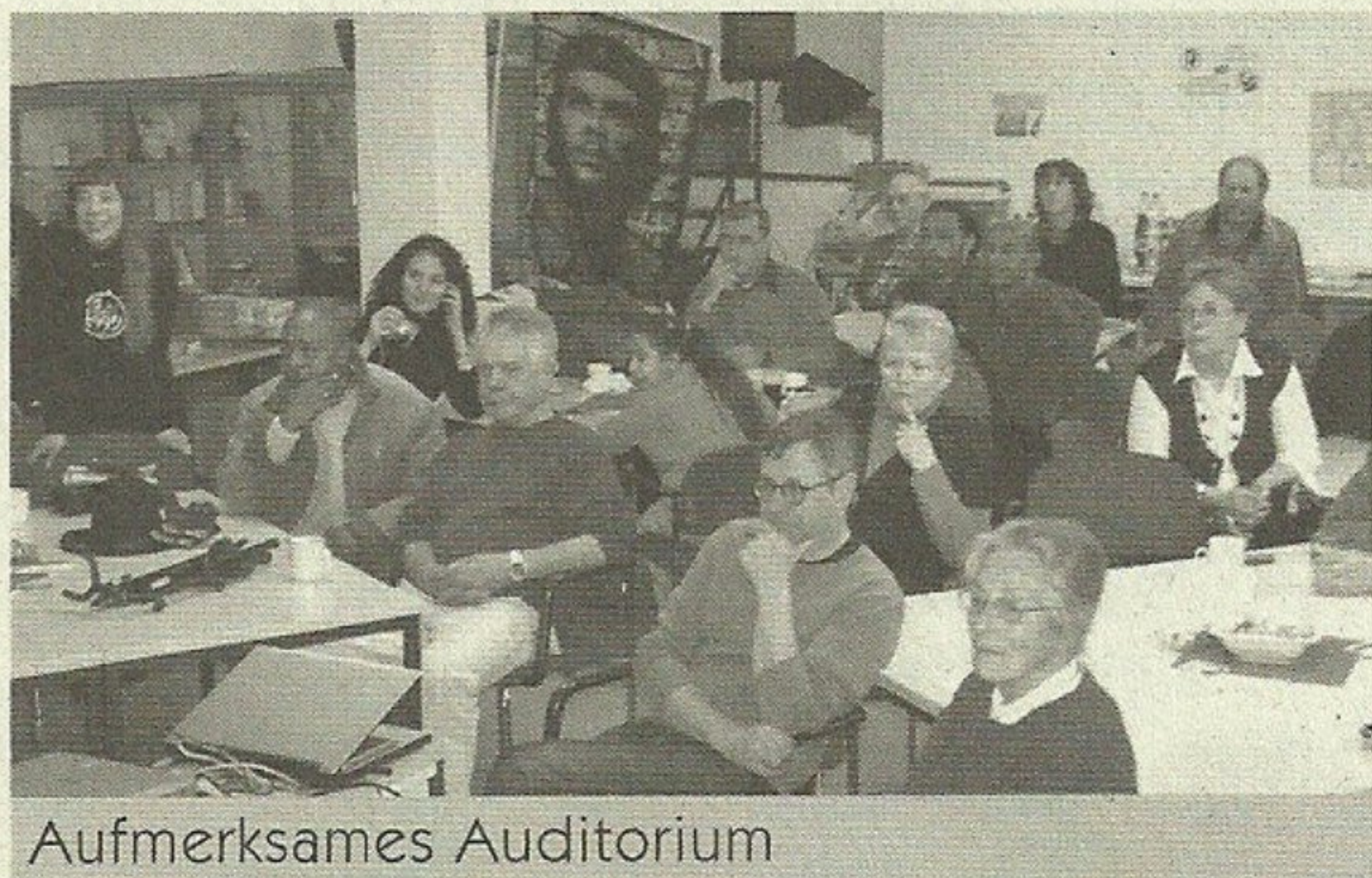
Kostenreduzierung: Ein Wechsel von Telefonanbieter, Stromanbieter und Auflösung des Leasingvertrags für den Kopierer wird die laufenden Betriebskosten reduzieren.

#### Visionen:

Irgendwann - so schön die Kindermotive auch sind - werden wir die Hauswände mit kubanischen Wandmalereien neu gestalten lassen (viele Graffiti-Sprayer in Köln wünschen sich Aufträge, die nichts kosten außer Farbe), die GS-Räume werden durch Plakate, Bilder schöner gestaltet, alle Altablagen sind erledigt ... und das »Firmenschild« der FG wird aus den ehemaligen Räumen Zülpicher Straße abgeholt und angebracht ...

*Jeannette Stuckmann*

## Volles Haus bei Cuba-Jubiläumsfeier in Essen



Aufmerksames Auditorium

Die Essener Regionalgruppe der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. (FG) hatte für den 27. November zum 20. Jahrestag ihrer Gründung eingeladen und trotz einer parallel stattfindenden, großen Antifa-Aktion gegen einen Nazi-Aufmarsch in der Ruhrgebietsstadt (»Katernberg stellt sich quer«, eine Terminkoordination war

kurzfristig nicht mehr möglich gewesen) waren zahlreiche Gratulanten gekommen.

Bei cubanischen Speisen und Cocktails sowie Musik von der »Perle der Karibik« feierten die Veranstalter und Gäste den runden Geburtstag und verfolgten mit großem Interesse und ebensolchem Wiedererkennungswert eine umfassende Dia-Show mit Bildern aus zwei Jahrzehnten.

Für die Botschaft der Rep. Cuba in der Bundesrepublik überbrachte der Gesandte und Leiter der Außenstelle Bonn, Lic. José Carlos Rodríguez Ruiz, die solidarischen Grüße des cubanischen Botschafters Raúl Becerra Egaña und brachte dabei seine persönliche Verbundenheit mit der FG Essen zum Ausdruck. Dabei wertete er deren Solidaritätsarbeit als beispielhaft. Der cubanische Gesandte überreichte zudem eine Botschaft des vom Vizepräsidenten des ICAP (Cubanisches Institut für Völkerfreundschaft, La Habana), Elio Gámez Neira, unterzeichneten Gratulationsschreibens an die Essener Cubafreund/innen. Darin wird u.a. auf die dramatische Lage Cubas Anfang der 90er Jahre erinnert sowie daran, dass sich die FG Essen damals aktiv an den Protesten gegen die einseitige Aufkündigung der Wirtschaftsverträge DDR-Cuba beteiligt hatte und umfangreiche Spendensammlungen von Medikamenten und anderen humanitären Gütern organisiert hatte. Gewürdigt wurden in dem Brief außerdem u.a. die Öffentlichkeits-



arbeit der FG Essen inclusive der aktuellen Internetpräsenz.

Der cubanische Gesandte lud die Anwesenden zu einer Solidaritätsveranstaltung am 14. Januar 2011 nach Bonn ein, bei der Irma Schwerert und Roberto González, Mutter und Bruder des seit 12 Jahren zu Unrecht in den USA inhaftierten René González über die aktuelle Situation der weltweit als MIAMI 5 bekannten fünf cubanischen politischen Gefangenen in den USA berichten werden.

Die Bundesvorsitzende der FG, Renate Fausten, überbrachte die Glückwünsche dieses Gremiums und betonte u.a., dass die Aktivitäten der Essener Regionalgruppe Anfang der 90er Jahre sie selbst in ihrem eigenen Engagement angespornt hätten.

Das Bundesvorstandsmitglied Uli Fausten würdigte insbesondere das Essener Solidaritätsprojekt »Benita Presente« (2005-2009, siehe: <http://www.cubafreundschaft.de/Benita%20Presente/Benita%20Presente.html>) und überreichte als Geschenk mehrere großformatige Photos von der Landschule »Conrado Benítez« in Pipián mit Motiven von durch die gesammelten Spenden ermöglichten baulichen Verbesserungen.

Für den Vorstand des NETZWERK CUBA - Informationsbüro - e.V. überbrachte dessen Mitglied Dr. Klaus Piel aus (zugleich Vertreter der Humanitären Cubahilfe Bochum e.V.) herzliche Glückwünsche. Er verwies u.a. auf die aktive Rolle der FG Essen bei dessen Gründung 1993 sowie die seither anhaltende aktive Mitarbeit in dieser bundesweiten Koordinationsstelle der verschiedenen Cuba-Solidaritätsgruppen.

Es gab zahlreiche weitere Solidaritätsadressen und Glückwunschschriften aus dem ganzen Bundesgebiet, die in gedruckter Form auslagen.

Für das kulturelle Rahmenprogramm sorgte neben der Cuba-Musik von der CD der argentinische Sänger, Liedermacher und Gitarrist Daniel Rodríguez. Für seine Präsentation u.a. von selbst vertonten Gedichten von Antonio Guerrero von den Miami 5 (siehe: <http://www.cubafreundschaft.de/Hintergruende/hintergruende.html> und [www.miami5.de](http://www.miami5.de)) erhielt er tosenden Beifall der Geburtstagsgäste.

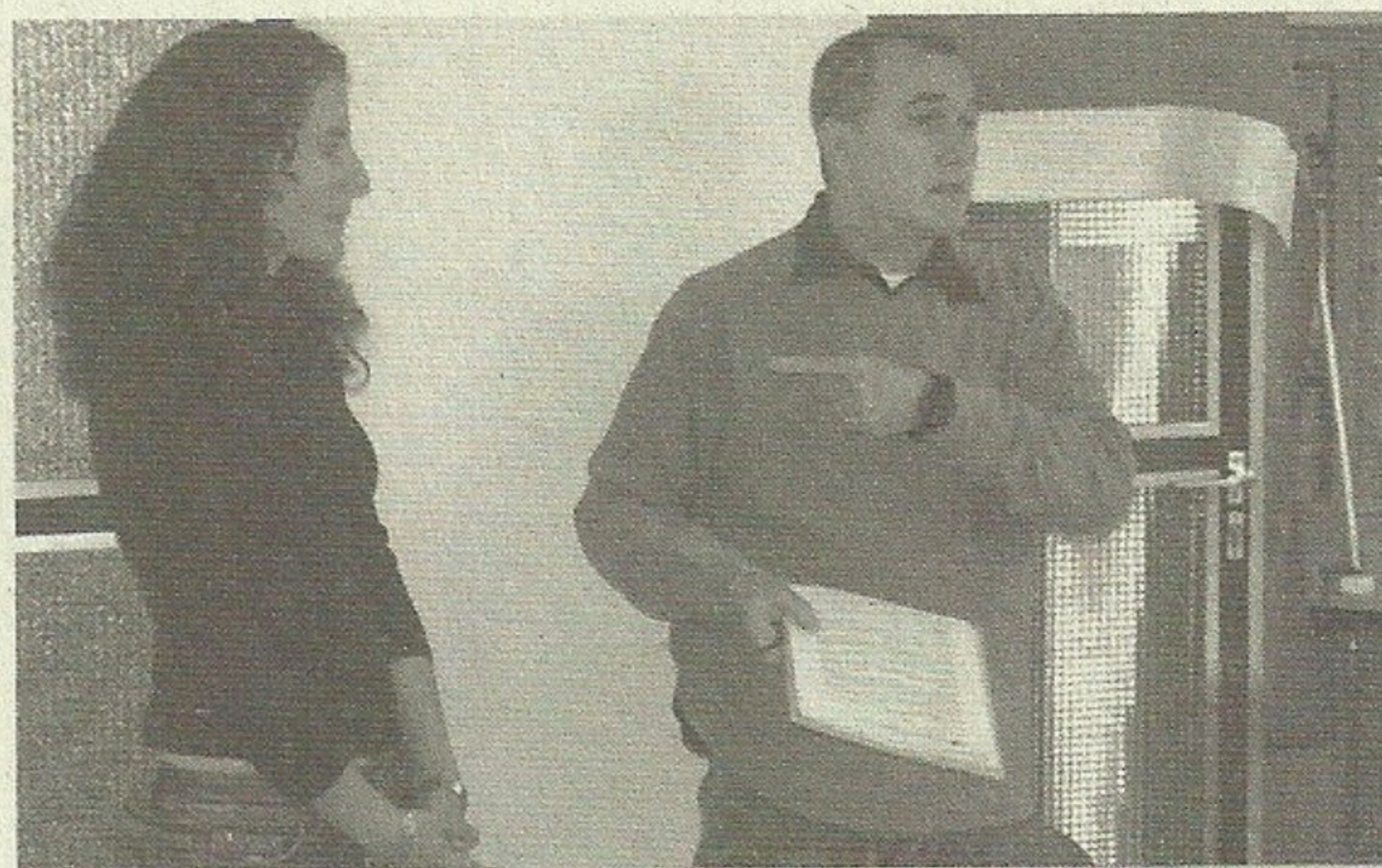
Die Mitglieder der FG Essen nahmen die Ehrungen zum Anlass, weitere Aktivitäten anzukündigen. Der Regionalgruppenvorsitzende Heinz-W. Hammer betonte bei der rundum gelungenen Feier, dass sich die Gruppe auch weiterhin an dem weltweiten Kampf für die Freilassung der MAIMI 5 beteiligen sowie auch zukünftig vor Ort aktiv bleiben werde. Bei der Feier waren fünf Stühle mit großen Portrait-Photos dieser fünf mit dem Vermerk »Reserviert« ausgewiesen.

Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung wird am 20. Januar 2011 stattfinden (siehe: <http://www.cubafreundschaft.de/Home/home.html>).

## ALBA-Auftrieb in Velbert

Bei Cuba-Veranstaltungen in Velbert (und der Chronist dieser hat weiß Gott bereits etliche hinter sich) gibt es zwei Punkte, auf die man sich blind verlassen kann: Erstens finden sie in einer Kneipe statt (nicht immer in der selben Kneipe, aber eine Kneipe muss es sein), um all denen gerecht zu werden, die über die geistige Inspiration hinaus für das ebenfalls wichtige körperliche Wohlbefinden zweier oder dreier Pils und eines überbackenen Zwiebelsüppchens bedürfen. Hartmut Meinert, der seine PappenheimerInnen besser kennt als irgendeiner sonst (Familien eingeschlossen), sorgt dafür, dass - zweitens - die jeweilige Hütte stets gut gefüllt ist. Nachdem meine bessere Hälfte Renate, die als Referentin des Abends gewonnen worden war, neben dem Gastgeber am Podium Platz genommen hatte, ließ ich meinen aus Erfahrung geschulten Blick über die wenigen noch freien Sitze gleiten und hockte mich vorsichtshalber an den Katzentisch, wo der übliche Wust an Broschüren, Flyern, Aufklebern, Anstecknadeln und Mitgliedschaftsvordrucken lag. Daran tat ich übrigens gut, denn am Ende war kein Stuhl mehr ohne Hintern.

An diesem 23. September 2010 ging es nicht nur (wenn auch aus aktuellen Beweggründen hauptsächlich) um Cuba, sondern eigentlich um die verschiedenen Ausformungen der ALBA (Alternativa Bolivariana para las Americas) Staaten. Da gibt es zwischen den Ansätzen von Hugo Chavez (Venezuela), Evo Morales (Bolivien) und Rafael Correa (Ecuador) durchaus mehr als nur graduelle Unterschiede. Die Klammer zwischen ihnen allen, die sich in mehr



Der cub. Gesandte und Leiter der Außenstelle Bonn, Lic. José Carlos Rodríguez Ruiz mit Übersetzerin Vanessa Gómez Hernández



Daniel Rodríguez, argentinischer Sänger, Liedermacher und Gitarrist vor der Dia-Wand und den für die MAIMI 5 reserviert gehaltenen Stühlen

**FG BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen, i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender. Essen, den 29.11.10**

Das komplette Glückwunschsreiben des ICAP (Cubanisches Institut für Völkerfreundschaft) an die Regionalgruppe Essen, weitere Solidaritätsadressen sowie eine Bildergalerie von der Essener Jubiläumsfeier gibt's unter <http://www.cubafreundschaft.de/Home/home.html#LetzteMeldung>.

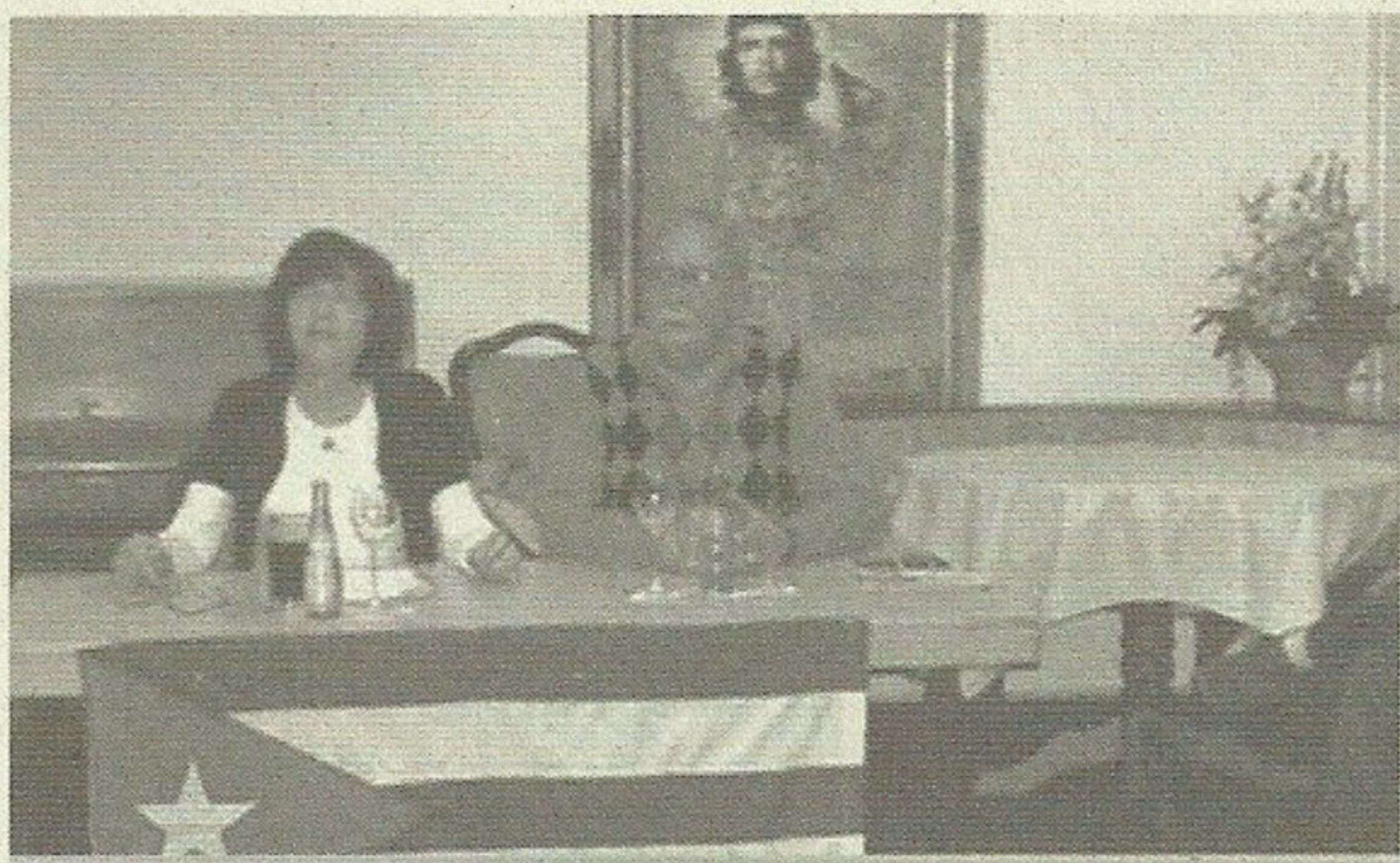


Gut gefülltes Versammlungslokal!

oder weniger rigoroser Kapitalismuskritik üben, ist die Tatsache, dass sie samt und sonders von der Gnade des »großen Bruders« abgefallen sind, denn den Kapitalismus überhaupt zu kritisieren, qualifiziert sie schon für das »Reich des Bösen« - nicht mehr im naiv-religiösen Sinne eines George W. Bush, sondern vielmehr im realpolitisch-pragmatischen eines Barack Obama, der für die Entwicklung dort mindestens ebenso gefährlich ist.

Einem vierten bedeutenden Teilnehmerland (und Gründungsmitglied) von ALBA, nämlich Cuba, galt freilich





Referentin Renate Fausten neben Hartmut Meinert

das besondere Interesse des Auditoriums. Auf der Insel finden derzeit bahnbrechende Veränderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich

## Kalter Krieg in Velbert

Örtliche CDU greift FG-Vorstand Meinert an

Im Oktober/November fanden in NRW mehrere Aufmärsche der neofaschistischen NPD, z.T. im Bündnis mit den sog. »Freien Kameradschaften« statt. Die antifaschistischen Proteste waren zahlreich und bunt, so bspw. auch in der bergischen Stadt Velbert.

Als Antwort auf die für den 30. Oktober angesagte rassistische Nazi-Hetzveranstaltung »Gegen Gewalt und Überfremdung - Kriminelle Ausländer raus« hatte sich schnell ein breites Bündnis »Hand in Hand gegen Rassismus« gebildet, das aus Gewerkschaften, Verbänden, Parteien, Integrationsrat und Kirchen bestand. Unter der Losung »Velbert ist bunt und nicht braun!« riefen die Initiatoren zu einer Gegendemonstration auf und fanden auch in der örtlichen Presse wohlwollende Unterstützung. »WAZ/NRZ« und »Stadtanzeiger« berichteten ausführlich über die Aktivitäten und Argumente der Nazi-Gegner aus allen Bereichen der Gesellschaft.

Nur die örtliche CDU zierte sich. In der örtlichen Presse wurde in einem Artikel »CDU: Keine Gegenaktion star-

ten!« berichtet, dass diese Partei sich nicht nur selbst abstinenter verhalten wolle, sondern gegen den antifaschistischen Protest selbst Widerspruch eingelegt hatte.

Fazit: Anfangs fragen wir uns ein ums andere Mal: Velbert? Was sollen wir schon wieder da?

Und am Schluss sagen wir uns regelmäßig: Würde nur jede Stadt die Mühe der Vorbereitung und der Reise so verlohnen wie diese!

Ulli Fausten

### Kritik an der CDU-Politik des Wegsehens

Hierzu nahm der Velberter Bürger, Gewerkschafter und Antifaschist Hartmut Meinert in einem Leserbrief Stellung und verwies darin als im Jahre 1935 Geborener auf eigene leidvolle Erfahrungen und die nötigen historischen Konsequenzen (kompletter Text siehe unten). Sein Kommentar wurde am 27.10.2010 unter der Überschrift »CDU handelt unverantwortlich« im Stadtanzeiger veröffentlicht, zwar um einige Sätze gekürzt (u.a. den Hinweis, wohin eine solche CDU-Haltung des Wegsehens wieder führen könne), aber immerhin befand er sich damit in solch illustrierter Gesellschaft wie der eines weiblichen CDU-Mitglieds, das in ihrer in der selben Zeitung veröffentlichten Zuschriften herbe Kritik an ihrer Führung formulierte: »Ich als junge Wählerin konnte es nicht glauben, dass »meine Partei« zwar der NPD einen demokratischen Aufmarsch erlaubt, aber die friedliche Gegendemo, Kundgebung missbilligt (...) Wenn wir wieder keinen Mut finden, öffentlich für mehr Menschlichkeit einzutreten, sehe ich für die Zukunft braun und nicht bunt. M.S., 29 Jahre«. Eine andere junge Frau schrieb zornig: »Dass sich die Velberter CDU nun in aller Öffentlichkeit gegen eine Teilnahme an der Gegendemonstration ausspricht, halte ich nicht nur für skandalös, sondern auch für absolut enttäuschend. Ich frage mich ernsthaft, wie man als Christdemokrat angesichts der deutschen Geschichte auf die Idee kommen kann, die Velberter Bürger zum Weggucken aufzufordern«.

### CDU reagiert mit Diffamierung

Die CDU Velbert liess sich jedoch von Kritiken und Appellen nicht beeindrucken, sondern legte sogar noch einen drauf: In einer Pressemitteilung mit dem Titel »Geben Sie antidemokratischen Gruppierungen keine Plattform!« ([http://www.cdu-velbert.de/lokal\\_1\\_1\\_87\\_Geben-Sie-antidemokratischen-Gruppierungen-keine-Plattform!.html](http://www.cdu-velbert.de/lokal_1_1_87_Geben-Sie-antidemokratischen-Gruppierungen-keine-Plattform!.html)) bekräftigte sie am 26.10.2010 ihre spalterische und geschichtsvergessene Position und rief die Bürgerinnen und Bürger sogar dazu auf, ihre Stadt direkt komplett den Nazis zu überlassen: »Wir halten es für sinnvoll, wenn alle Nevigeseer an diesem Tag ausgiebig unsere Nachbarstädte erkunden und den Extremisten so die kalte Schulter zeigen.«

Damit nicht genug, fügte die mit »Ihre CDU Velbert« gezeichnete Bankrotterklärung noch eine »Anmerkung« hinzu, in der namentlich der Velberter Bürger und FG-Vorstand Hartmut Meinert wegen seines o.g. Leserbriefes angegriffen wurde. Hier diese »Anmerkung« ungekürzt im Original:



Nicht einzuschüchtern: Hartmut Meinert



»Zum Leserbrief von Hartmut Meinert »CDU handelt unverantwortlich« - Anmerkung: Herr Meinert (Aktivist der deutsch-kubanischen Freundschaft) ist ausgewiesener Linker und will mit seinem Leserbrief die Rechten verteufeln und die Linken verharmlosen, obwohl bis vor 20 Jahren in Berlin-Hohenschönhausen »Die Linke« (damals noch SED) Menschen gefoltert und getötet hat, weil sie demokratische Rechte einforderten. Rechte wie das Demonstrationsrecht welches Herr Meinert auch heute noch nur den Gruppen zu spricht, die er für würdig hält. Wir meinen, Herr Meinert ist noch immer nicht in unserer Demokratie angekommen.«

### Kostenlose Lektion in Sachen Staatsbürgerkunde für CDU

Der in aller Öffentlichkeit Diffamierte reagierte am 3. November in einer ebenso sachlichen wie eindeutigen Stellungnahme, die er der CDU Velbert, der örtliche Presse sowie den Bündnispartnern sandte. Der CDU-Versuch, »einen Andersdenkenden quasi aus dem gesellschaftlichen Diskurs ausschließen zu wollen« wurde darin als Position »in den Schützengräben des Kalten Krieges« qualifiziert. Den Velberter CDUlern wurde erklärt, was die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. ist, wieso antifaschistisches Engagement für einen Gewerkschafter zwingend ist und was dies alles mit den eindeutigen Gesetzen unseres Landes und mit Erkenntnissen des Pastors Martin Niemöller zu tun hat (Kompletter Text dieser Erklärung siehe unten).

Bis heute wurde diese Erklärung in der örtliche Presse nicht veröffentlicht. Auch gab es keine Entschuldigung durch die CDU Velbert.

Dafür war aber der Antifa-Protest am 30. Oktober ein voller Erfolg. Nach einem ökumenischen Gottesdienst demonstrierten rund 500 Teilnehmer/innen laut, bunt und friedlich für ein weltoffenes, antirassistisches Velbert. Die rund 100 Nazis, die sich an der ersten Nazi-Zusammenrottung seit 25 Jahren in dieser 85.000-Einwohner-Stadt beteiligten, wurden von einem Großaufgebot der Polizei abgeschirmt.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. solidarisiert sich mit ihrem Vorstandsmitglied Hartmut Meinert und fordert von der CDU Velbert, wenn diese sich schon nicht zu einer öffentlichen Entschuldigung durchringen kann, so doch zumindest dessen Erklärung auf ihrer Homepage zu veröffentlichen.

Heinz-W. Hammer, 11.11.2010

### Dokumentiert:

1.: Leserbrief von Hartmut Meinert an den »Stadtanzeiger Velbert/Heiligenhaus« vom 25.10.2010:

#### Leserbrief zu »CDU: Keine Gegenaktion starten«

(Ausgabe Samstag, 23.10.10, Rubrik »Aktuell«)

Die CDU möchte sich nicht an Aktivitäten gegen die Demonstration der NPD am 30.10.10 in Velbert beteiligen. Sie beruft sich sinngemäß auf das Demonstrationsrecht für alle - auch andere extremistische Parteien würden dies für sich in Anspruch nehmen.

Für mich (Jahrgang 1935, aufgewachsen in der Zeit des Hitlerfaschismus) ist diese Haltung erschreckend. Kontraproduktiv ist nicht der Kampf gegen diesen von der NPD geschürten Kampf gegen alles was nicht arisch ist, sondern sich außerhalb dieses Bündnisses zu stellen und den Gegendemonstranten eventuelle Provokationen an zu dichten. Ich will nur hoffen dass diese Haltung der CDU, nicht wie 1933 es den Rattenfängern erlaubt, Deutschland und Europa in die nächste Katastrophe zu führen und nur weil die Lethargie der Musterdemokraten solche Entwicklung nicht verhindert hat. Man mag unterschiedlicher Auffassung sein was in unserem demokratischen Staat möglich ist und was nicht. Für mich gilt: Den rechtsradikalen Aktivitäten (welcher Art auch immer) muss entschieden entgegen getreten werden, so wie es in Velbert am 30. Oktober durch das »Velberter Bündnis-Hand in Hand gegen Rassismus« geschehen wird und in letzter Zeit in vielen Orten Deutschlands (z.B. Leipzig) ebenfalls geschehen ist.

Die heutigen Rechtsradikalen (NPD und andere) leugnen zum einen die systematische Ermordung von Juden, Sozialdemokraten, Kommunisten, Sinti und Roma sowie vielen anderen in der Zeit des Hitlerfaschismus. Zum anderen hetzen auch sie - wie ihre politischen Vorfahren - gegen Nichtdeutsche, gegen Juden (jüngst gab es in einer



Nazis in Velbert

deutschen Stadt einen tätlichen Angriff auf eine junge jüdische Frau), gegen Migranten usw. Eine gefährliche Entwicklung, die gerade wir Deutschen aufgrund unserer Erfahrung nicht ignorieren dürfen. Wenn die CDU Velbert dies tut, handelt sie unverantwortlich.

Es ist äußerst wichtig, gegen jede rechtsradikale Aktivität etwas zu unternehmen und den Anfängen zu wehren. Ich habe die Kriegsjahre und den Hitlerfaschismus als Kind hautnah erlebt und werde alles tun, dass sich so etwas nicht wiederholt. Hartmut Meinert

2.: Stellungnahme von Hartmut Meinert vom 03.11.2010 zu den Diffamierungen durch die CDU Velbert:

Mir wurde die zweifelhafte »Ehre« zuteil, in der Pressemitteilung »Geben Sie antidemokratischen Gruppierungen keine Plattform! - Stellungnahme der CDU Velbert zu den geplanten Demonstrationen in Velbert-Neviges« vom 26.10.2010 (<http://www.cdu-velbert.de/index.php?ka=1&ska=1&idn=87>) persönlich angegriffen zu werden.

Anlass war mein auszugsweise im Stadt-Anzeiger Niederberg am 27.10.2010 veröffentlichter Leserbrief, in dem ich die Entscheidung der CDU Velbert, sich nicht an den Aktivitäten gegen den neofaschistischen Aufmarsch am 28.10. zu beteiligen, kritisierte.

Zu den nun erfolgten Angriffen der CDU gegen meine Person nehme ich wie folgt Stellung:

Offensichtlich wähnt sich die hiesige CDU immer noch in den Schützengräben des Kalten Krieges. Wie sonst würde sich ihr Versuch erklären, einen Andersdenkenden quasi aus dem gesellschaftlichen Diskurs ausschließen zu wollen? Als Vehikel dieses Ausschlussversuchs wird auf einen Aspekt meines gesellschaftlichen Engagements verwiesen: »Aktivist der deutsch-kubanischen Freundschaft«. In der Tat bin ich aktives Mitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Ein Blick in deren Satzung (<http://www.cubafreundschaft.de/Kontakt/FG-Satzung.pdf>)



hätte den empörten CDUlern verraten, dass sich dieser gemeinnützige Verein der staatsbürgerlichen Bildung verpflichtet fühlt und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern, insbesondere denen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Cuba fördern will. Es verwundert, dass der hiesige Ableger der Regierungspartei CDU diese Ziele als anrühlich empfindet. Von meiner Solidarität mit dem cubanischen Volk werde ich mich darin allerdings auch zukünftig nicht abhalten lassen.

Mein Engagement beschränkt sich allerdings nicht ausschließlich auf die internationale Solidarität. Am 28. Oktober wurde ich bei einer Jubiläarveranstaltung meiner Gewerkschaft IG Metall für 60jährige Mitgliedschaft geehrt. In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass unsere Gewerkschaftshäuser am 1. Mai 1933 von den an der Regierung befindlichen Faschisten überfallen, geplündert und unsere Funktionäre und Kollegen in die Zuchthäuser und später Konzentrationslager verschleppt wurden.

Der international hochgeachtete jüdische antifaschistische Widerstands- und Résistance-Kämpfer Peter Gingold (08.03.1916 - 29.10.2006) hat auf folgendes hingewiesen:

»1933 wäre verhindert worden, wenn alle Hitlergegner die Einheitsfront geschaffen hätten. Daß sie nicht zustande kam, dafür gab es für die Hitlergegner in der Generation meiner Eltern nur eine einzige Entschuldigung: Sie hatten keine Erfahrung, was Faschismus bedeutet, wenn er einmal an der Macht ist. Aber heute haben wir alle diese Erfahrung, heute muß jeder wissen, das Faschismus bedeutet. Für alle

künftigen Generationen gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern.«

Dieses Vermächtnis bewahrend, spreche ich keinesfalls, wie von der Velberter CDU absurderweise behauptet, das Demonstrationsrecht »nur noch den Gruppen zu, die ich für würdig halte«. Allerdings vergessen diese Damen und Herren eine zentrale Erkenntnis: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Auf dieser Basis haben sich, wie auch das WAZ/NRZ-Internetportal wohlwollend berichtete (»Große Gegendemo bei NPD-Aufmarsch in Velbert«: <http://www.derwesten.de/staedte/velbert/Grosse-Gegendemo-bei-NPD-Aufmarsch-in-Velbertid3887941>) am 30.10.2010 Hunderte Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen politischen Richtungen zusammen gefunden und sich den braunen Provokateuren entgegen gestellt. Die örtliche CDU gehörte leider nicht zur Mehrheit derer, die bewiesen haben, aus der deutschen Geschichte die nötigen Lehren gezogen zu haben. Im Gegenteil. Mit ihrer »Politik des Wegsehens« (in ihrer Pressemitteilung vom 26.10. rät sie gar den Velberter Bürgerinnen und Bürgern, »an diesem Tag ausgiebig unsere Nachbarstädte zu erkunden«, unsere Heimatstadt also direkt komplett den Neonazis zu überlassen!) stellt sie sich in direktem Widerspruch zu den Verpflichtungen unseres Landes gegenüber den Vereinten Nationen. Im Antrag der BRD zur Aufnahme in die UNO 1973 heißt es wörtlich: »Das ausdrückliche Verbot von neonazistischen Organisationen und gleichfalls die Vorbeugung gegenüber nazistischen Tendenzen folgen aus dem Grundgesetz mit der Wirkung, dass die von den alliierten und deutschen Stellen erlassenen Gesetzgebung zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus weiterhin in Kraft ist.«

Ich hoffe sehr, dass sich diese Erkenntnis zukünftig auch bei den Christdemokraten unserer Stadt verbreiten möge, damit auch diese Partei »in unserer Demokratie ankommen« wird (der CDU-Vorwurf an mich lautete, dass dies auf meine Person nicht zuträfe).

Schließlich sei der CDU Velbert noch eine weitere Lektion aus der deutschen Geschichte ins Stammbuch geschrieben:

*»Als die Nazis die Kommunisten holten,  
habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.  
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen;  
ich war ja kein Sozialdemokrat.  
Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich nicht protestiert;  
ich war ja kein Gewerkschafter.  
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.«*

*(Pastor Martin Niemöller, 14. Januar 1892 - 6. März 1954)*

Hartmut Meinert

## **GEMEINSAME ERKLÄRUNG DES VEREINS »AMO ESTA ISLA« UND DER GRUPPE NÜRNBERG DER FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD-KUBA VERURTEILUNG DER BLOCKADE DER USA GEGEN CUBA**

Der Verein »Amo esta Isla«, der sich zusammensetzt aus CubanerInnen, die in Nürnberg und anderen westdeutschen Orten leben, und die Gruppe Nürnberg der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, verurteilen entschieden die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die seit über 50 Jahren von den USA gegen Cuba ausgeübt wird.

Der direkte ökonomische Schaden, der dem cubanischen Volk durch diese abscheuliche und ungerechte Politik zugefügt wurde, beläuft sich bis zum Jahr 2009 auf 100.154 Millionen Dollar - zu aktuellen Preisen.

Die Blockade verletzt das internationale Recht. Sie steht im Widerspruch zu

den Vereinbarungen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen. Sie bildet eine Zuwiderhandlung gegen das Recht auf Frieden, Entwicklung und Sicherheit eines souveränen Staates. Sie stellt in ihrer Anlage und ihren Zielen einen Akt der unilateralen Aggression dar und eine ständige Bedrohung gegen die Stabilität eines Landes.

Die Blockade der Vereinigten Staaten hat einen extraterritorialen Charakter, denn die unilateralen Sanktionen gegen Cuba werden auch außerhalb des nordamerikanischen Territoriums gegen Unternehmen und Bürger aus Drittländern zur Anwendung gebracht.

Kürzlich hat Cuba seinen Bericht zu der Resolution 64/6 der Generalversammlung der Vereinten Nationen veröffentlicht, die im letzten Jahr von einer überwältigenden Mehrheit ihrer Mitgliedsstaaten angenommen wurde. Darin wird bestätigt, dass:

- »Cuba weiterhin nicht frei seine Produkte und Dienstleistungen in die oder aus den USA exportieren und importieren kann;
- nicht den US Dollar bei seinen internationalen Transaktionen be-



nutzen und keine Konten des Staates oder eines cubanischen Unternehmens in diesen Devisen bei Banken in Drittländern führen kann;

– Cuba erhält auch keinen Zugang zu Krediten von Banken in den Vereinigten Staaten, deren Filialen in Drittländern und internationalen Institutionen wie der Weltbank, der FMI oder der Interamerikanischen Entwicklungsbank«.

Der Widerstand gegen die Blockade wächst erheblich an, auch in den Vereinigten Staaten selbst. Im letzten Jahr haben zahllose Erklärungen und Artikel von wichtigen Persönlichkeiten des Militärs, der Legislative, der Medien, von Nicht-Regierungs-Organisationen und akademischen Institutionen oder Privatpersonen aus den USA das Scheitern der Blockadepolitik erkannt und Gesetzesinitiativen unterstützt, die den NordamerikanerInnen Reisen nach Cuba gestatten und/oder die Normalisierung der bilateralen Beziehungen, oder sie haben die Aufhebung der Blockade gefordert.

Die Blockade stellt weiterhin eine absurde, illegale und moralisch unerträgliche Maßnahme dar, die ihr Ziel nicht erreicht hat und nicht

erreichen wird: eine Revidierung der Entscheidung des cubanischen Volkes, seine Souveränität, seine Unabhängigkeit und sein Selbstbestimmungsrecht zu schützen. Jedoch erzeugt sie Mangel und Leiden für die Bevölkerung, schränkt die Entwicklung des Landes ein und verzögert sie.

Daher vereinen wir unsere Stimmen um von den Vereinigten Staaten das Ende der Wirtschaftsblockade gegen Cuba zu fordern, ein Land, das auf die Unterstützung und die Solidarität von Tausenden von FreundInnen in der ganzen Welt zählen kann und das man niemals beugen kann.

Nürnberg, Deutschland,  
9. Oktober 2010

## trikont: lateinamerika

### Die Grenzen der linken Regierung

Die Einschätzungen zu den linken Regierungen in Lateinamerika sind nicht nur in Deutschland sehr kontrovers. Handelt es sich um Wege zu einer emanzipatorischen und sozial gerechteren Gesellschaft oder wird der Kapitalismus nur verwaltet? Welchen Handlungsspielraum haben diese Regierungen im globalen Kapitalismus? Diese Fragen stellt sich der argentinische Politologe Atilio Boron in seiner knapp hundertzwanzigseitigen Streitschrift, die kürzlich im VSA-Verlag in deutscher Sprache erschienen ist.

In dem Büchlein werden viele Themenbereiche angesprochen, was die Lektüre nicht immer einfach macht. So rezipiert Boron in den ersten Kapiteln die Grundzüge der Debatten über Entwicklung und Unterentwicklung, die vor 40 Jahren unter Soziologen nicht nur in Lateinamerika eine große Bedeutung hatten. Boron teilt die Meinung der Dependenztheoretiker, die damals die These vertreten haben, dass es für die Länder des globalen Südens gar nicht möglich ist, die USA und Westeuropa zu kopieren und für einen unabhängigen Weg plädierten.

Für ihn haben sich die Prognosen dieser linken Theoretiker in den letzten 40 Jahren bestätigt. Den Mitte-Links-Regierungen auf dem amerikanischen Kontinent bescheinigte Boron dagegen, dass sie »mit blinden Optimismus darauf vertrauen, dass ihr Marsch in Richtung Entwicklung erfolgreich sein wird - obwohl dieser Weg schon seit langem versperrt ist.«

#### Bezugspunkt Kuba

Mehrmals geht der Autor in dem Buch auf die Entwicklung in Kuba ein. Für ihn ist das Land ein wichtiger Bezugspunkt für die lateinamerikanische Linke. Damit unterscheidet sich Boron positiv von vielen europäischen Linken, die Kuba entweder ignorieren, wenn sie über die lateinamerikanische Linke reden oder die sogar klar gegen Kuba Partei ergreifen. Bei seiner Auseinandersetzung mit verschiedenen Aspekten der Linken zitiert Boron häufig auch Fidel Castro. Dazu gehört die Debatte über die Planwirtschaft ebenso, wie über sozialistische Demokratie und Bürokratismus.

Besonders in der Kritik von Boron steht der mittlerweile verstorbene ehemalige argentinische Präsident Nestor Kirchner, der das Ziel verfolgt habe »einen ernsthaften Kapitalismus« zu schaffen.

Die Hauptkritik richtet sich allerdings gegen die Lula-Regierung in Brasilien. »Während der ersten Amtszeit von Lula machte das Kapital phänomenale Gewinne auf Kosten der nationalen

Bourgeoisie, die nicht in der Lage war, die Richtung der ultraneoliberalen Wirtschaftspolitik zu verändern«. Boron geht mit der Lula-Regierung besonders hart ins Gericht, weil sie wegen des politischen und wirtschaftlichen Gewichts Brasiliens in der Lage gewesen wäre, eine politische Alternative zur neoliberalen Entwicklung einzuschlagen. Sein Fazit ist ernüchternd: »Nichts hat sich in Brasilien verändert. Der neoliberale Weg wird weiter beschritten«.

Vorsichtig optimistisch äußert sich Boron zur Entwicklung in Venezuela. »Nach einer Reihe von unvermeidlichen Anfangsschwierigkeiten hat die bolivarianische Revolution Beweise geliefert, dass es einen Weg aus dem Neoliberalismus gibt, wenngleich dies ein sehr steiniger Weg ist, auf dem zahlreiche Gefahren lauern.«

Im dritten Kapitel beteiligt sich Boron an der Debatte über die Grundlagen eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Er stimmt dem Soziologen Michael Lebowitz zu, der erklärte: »Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts muss bereit sein, gegen das Kapital zu kämpfen. ... Man muss willens sein, mit der Logik des Kapitals zu brechen, wenn man eine bessere Welt aufbauen will«.

Als zentrale Lehre aus dem Scheitern bisheriger sozialistischer Experimente legt Boron Wert auf eine Abkehr vom blinden Vertrauen in die Produktivkräfte und von einem »technokratischen Despotismus«. Dabei bezieht er sich ausdrücklich auf Schriften von Che Guevara. Dessen Kampfmethoden erteilt Boron aber eine Absage. »Es wäre falsch zu glauben, dass der Sozialismus des 21. Jahrhunderts in einem aggressi-



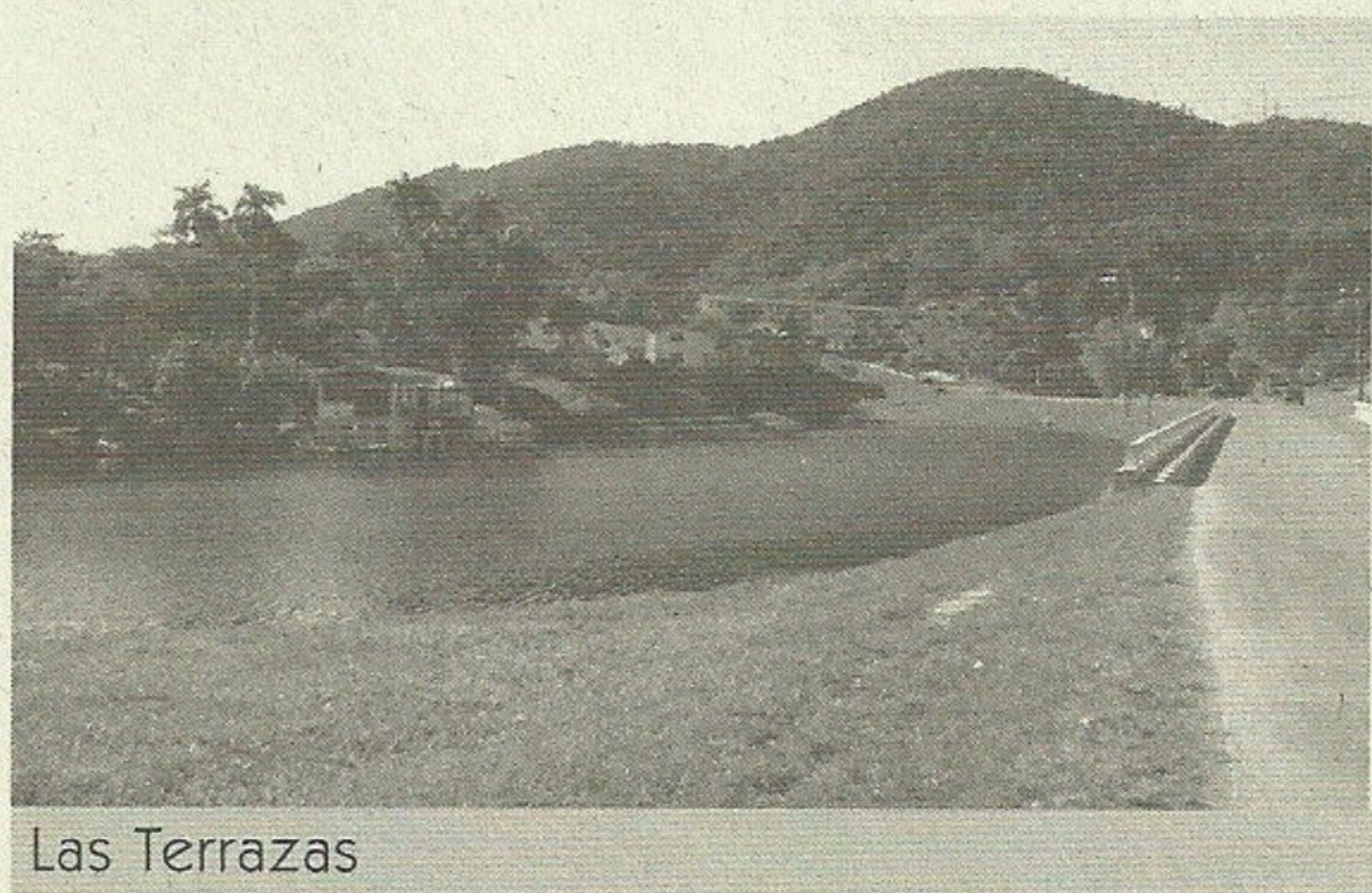
ven Kapitalismus durch einen revolutionären Prozess entstehen würde. In Lateinamerika wird dieser Prozess des Aufbaus des Sozialismus in verschiedenen Ländern verschiedene Charakteristika aufweisen, er wird aber in jedem Fall zunächst im Gewand des Reformismus daherkommen.«

Wie sich dann aber der von Boron als notwendig erkannte »Bruch mit der Vergangenheit« vollziehen soll, bleibt offen. Lediglich auf das richtige Bewusstsein und die richtige Organisation wird am Schluss rekurriert. So bleibt der Autor, der in dem Buch viele interessante Fragen aufgeworfen hat, am Ende leider doch recht vage. *Peter Nowak*

*Boron Atilio, Den Sozialismus neu denken, VSA-Verlag, Hamburg 2010, 119 Seiten, 12,20 Euro, ISBN: 978-3-89965-423-3*

r e i s e n

## Slow Food auch in Cuba



Las Terrazas



Tito



Im Ökorestaurant

Anlässlich der ARD Themenwoche »Essen ist Leben« fanden in der Bundesrepublik viele Veranstaltungen statt, so auch in der Rhein-Neckar-Region. Tito Núñez Gudás, dessen ökologisches Restaurant El Romero wir bereits in der Cuba Libre 2/2009 vorgestellt hatten, kam am 29.10.2010 zu einem Vortrag ins Malecón nach Heidelberg, um über die weitere Entwicklung seiner Projekte zu berichten.

Zuvor nahm Tito am 4. Welttreffen des Netzwerks Terra Madre in Turin teil (21.-25.10.2010 [www.terramadre.org](http://www.terramadre.org)). Terra Madre wurde von der Organisation Slow Food ins Leben gerufen, um einen internationalen Austausch der Erzeuger im Landwirtschafts- und Lebensmittelbereich über nachhaltige, lokale und biologische Nahrungsmittelgewinnung zu ermöglichen, im Einklang mit der jeweiligen Natur, der Landschaft und der Tradition. Im Mittelpunkt stehen dabei die Pflanzen- und Tierarten, die über Jahrhunderte die Fruchtbarkeit des jeweiligen Landes zu bewahren vermochten. Damit wendet sich Terra Madre gegen die auf übermäßigen Profit orientierte Agrarindustrie, die die Arbeit der lokalen Kleinproduzenten erschwert und ihnen eine landwirtschaftliche Tätigkeit unter gerechten Bedingungen unmöglich macht.

Zum Netzwerk gehören Lebensmittelbündnisse, Köche und etwa 250 Universitäten und Forschungszentren, davon in Cuba allein fünf: die Universität von Havanna (Rural Research and Innovation sowie Rural Sociology), die Agricultural University of Havana, das Alejandro de Humboldt Research Institut for Tropical Agriculture (Instituto de Investigaciones Fundamentales en Agricultura Tropical) und das Instituto Superior Politécnico José Antonio Echeverría.

Terra Madre unterstützt in Cuba beispielsweise die Unterweisung von Landwirten und die Einrichtung von Gemeinschaftsgärten (Huertos Populares) in Itabo, Matanzas.

<http://www.terramadre.info/filemanager/DONATE/progetti/Cuba/INGL%20fotostoria%20CUBA.pdf>

Neben den Privatgärten (huertos privados) und den Organopónicos (staatliche Felder mit biologischem Anbau auf dem Land und in der Stadt) sind die Gemeinschaftsgärten in den Kommunen zusammen mit einem Train-the-Trainer-Konzept eine weitere Möglichkeit, das Wissen über den Anbau vielfältiger Nahrungsmittel zu erweitern und die Ernährungslage in Cuba zu verbessern. Da Cuba momentan noch 80% seiner Lebensmittel importieren muss, sind solche Initiativen und Anstrengungen (über)lebenswichtig.

Tito selbst hat neben dem Restaurant El Romero in Las Terrazas (Pinar del Río) ein weiteres Projekt mit der Internationalen Schule für Film und Fernsehen (EICTV) in Havanna begonnen. Dort wird den Studenten mindestens einmal in der Woche ein vegetarisches Essen serviert, mit entsprechenden Informationen zur Ernährung.

Für seine Projekte plant Tito die Anschaffung einer Eismaschine, um mit den vielfältigen Früchten Cubas Fruchteis herstellen zu können. Hierbei geht es in erster Linie um die Verwertung von brauchbaren Lebensmittel- und Fruchtresten, die sich bestens zu Eis und Sorbet verarbeiten lassen.



# Eindrücke von meiner Cuba-Reise 2010

Am 19.07.10 startete ich nachmittags in Frankfurt/M per Condor zum Direktflug nach Havanna. Nach nur einem Tag Habana ging es mit VIAZUL zur ersten Station:

## Ciego de Avila:

Eine mir vom letzten Jahr her bekannte Familie hatte mich per Mail gebeten, doch wenigstens für einen Tag zu kommen - mehr war wegen zusätzlich zu vereinbarenden Sonderurlaubstage nicht drin.

Es waren inklusive einiger Nachbarn sehr unterhaltsame und vergnügliche Stunden: Die Küche war für einige Stunden für die Mama, eine Nachbarin und, zeitweise, auch die Tochter echter Arbeitsplatz:

Es gab Schwein mit allerlei Zutaten - es schmeckte sehr gut und ... ich war natürlich Gast. Mein Vorschlag, die ganze »Blase« danach noch in irgendeine Kneipe einzuladen, um irgendetwas zu trinken, wurde freundlich abgelehnt - stattdessen wurden etwaig noch fehlende Getränke besorgt.

Am nächsten Morgen lief ich durch die im Lauf der Jahre wunderschön herausgeputzte Fußgängerzone - vor einem Krankenhaus bildete sich, außer dem üblichen Gedränge, ein veritabler Stau: Ein ganzer Haufen von »Weißkitteln« und Krankenschwestern standen herum und unterhielten sich und die Digis waren im Dauereinsatz.

Meine Frage nach dem Warum ergab, dass Studenten aus Lateinamerika, die dort während ihres Studiums für ein oder mehrere Semester praktiziert hatten, verabschiedet wurden.

Am 3. Morgen fuhr ich dann schon weiter, direkt nach Santiago de Cuba - und diese (mit Pausen) immerhin rd. 8 Stunden dauernde Fahrt war dann insoweit ein Horror u.a. speziell für mich, als die Fahrercrew sich wieder einmal dazu entschieden hatte, den Bus in einen Kühlschrank umzufunktionieren: Außentemperatur = 36 Grad, Bus-Temperatur = 18 Grad.

Weil ich direkt unter zwei Austrittsdüsen der Klimaanlage saß und diese Düsen auch nicht versperrt (wie meist möglich) werden konnten, fing ich mir, trotz meines dünnen Jäckchens eine veritable Erkältung ein: Niesen, Husten, eine dauernd laufende Nase - Hurra, der Karneval konnte kommen.

## Santiago de Cuba

Die Dame in der Hotel-Apotheke (ich lief extra ins Hotel »Santiago«) vermittelte nicht unmittelbar übergroßen Sachverstand. Irgendwie nahm ich tagsüber am »Getümmel« mit recht »gebremsten Schaum« teil, war aber ansonsten immer schon so gegen 21.00 Uhr im Hotel. Am 26.07, also dem National-Feiertag, saß ich in einem der zentralen Parks niesend auf einer Parkbank (Toilettenpapier hatte längst die Tempo-Taschentücher abgelöst), eine Frau mittleren Alters sprach mich auf meine offenkundige Erkältung an - sie war »medica«.

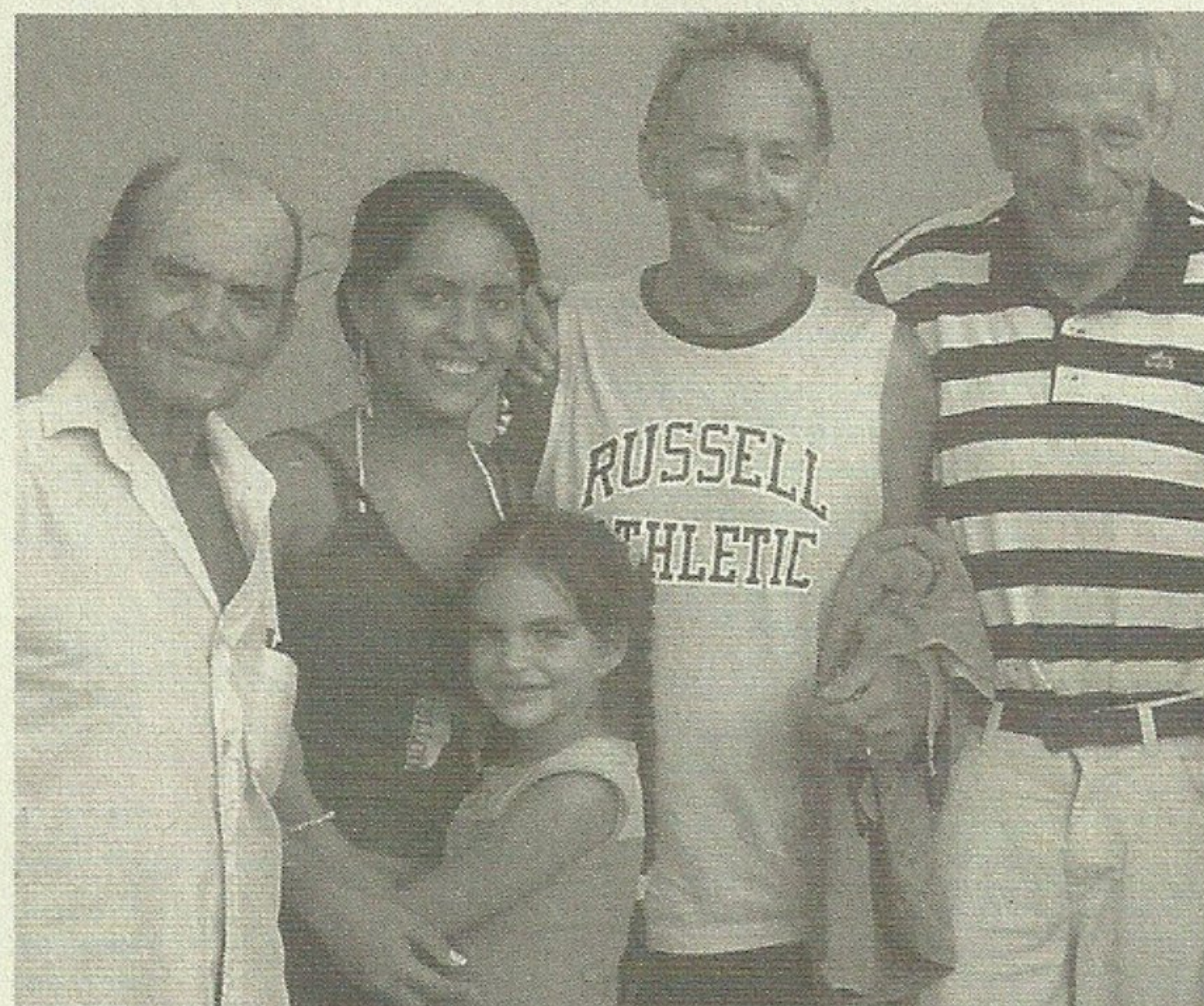
Wir liefen zu ihrer Wohnung, wo sie mich aus ihrer Haus-Apotheke verarztete: Tabletten gegen die fiebrige Erkältung und eine wahre Wundersalbe (rein in die Nase und kräftig hoch gezogen) gegen das Niesen und das dumpfe Gefühl in der Stirnhöhle - letztere Symptome waren binnen knapp zwei Tagen restlos weg, das Fieber wohl auch - ich spürte jedenfalls nichts mehr. Die Salbe hätte zwar ein paar cubanische Peso gekostet, doch da ich keine dabei hatte und sie die Annahme von CUCs ablehnte, schickte sie mich nach kostenfreier Behandlung mit den besten Besserungswünschen ins Hotel - das war's!

Weil ich nach jeder Zigarette husten musste, stellte ich auch das Rauchen probeweise ein - der Husten blieb aus und so bin ich seit rd. 13 Wochen stolzer Nichtraucher!

Vom Nationalfeiertag bekam ich praktisch gar nichts mit - auch in gesundem Zustand wäre das kaum anders gewesen, da, aus welchen Gründen auch immer, die Feierlichkeit als »geschlossene Veranstaltung« innerhalb der Moncada stattfindet, also nicht etwa auf dem Platz der Revolution.

## Holguin

Zwar Gast im Hotel »El Bosque« war ich doch die meiste Zeit Gast zweier Familien: Der Vater der einen familia ist medico (Onkologe) am Hospital Lenin. Die Tochter hatte ich vor zwei Jahren bei einem Life-



Gunther (re.) mit einer befreundeten Familie

Konzert auf der Bühne neben dem Baseball-Stadion kennen gelernt: Nach 3-stündigem Non-Stop-Auftritt hatte ich damals den einen Gitarristen der Band nach einer CD gefragt, worauf der mich an diese junge Frau verwies.

Mittlerweile hat sie eine reine Frauen-Band gegründet, letztes Jahr war ich bei Proben dabei, dieses Jahr bei einem öffentlichen Konzert, sie hatten auch schon Auftritte im Lokal-Fernsehen - diese muchacha ist eine Multiaktivistin: Neben der Band ist sie maßgeblich in der Organisation der »casas culturales« mit der Organisation der open-air-Konzerte von Freitag bis Sonntag, mit dem Aufbau und Organisation von Musikschulen (außerhalb der Schulen) für Jugendliche und Kinder und anderen kulturellen Ereignissen der Provinz Holguin beschäftigt.

Nebenher studiert sie auch noch Sozio-Ökonomie - für die könnten Tag + Nacht 36 Stunden haben. Das ist auch die junge Frau, die immer die spanischsprachigen Mails aus Deutschland haben will, die sich für die Soli-Gruppen in Deutschland interessiert etc.

Die ist wieder mit der alleinigen Angestellten eines Geschäfts für das Equipment von Musik-Gruppen befreundet. Weil das so ist, kenne ich diese inklusive Ehemann ebenfalls - an einem Tag war vereinbart, dass ich am späteren Nachmittag + Abend Gast in dieser Familie sein sollte. Ich holte die gute Frau vom Geschäft ab - so nebenher erzählte sie mir beim schweißtreibenden Laufen, dass ihr Mann heute Geburtstag habe, aber, keine Sorge, es kämen nur einige Nachbarn und Freunde.

Ich kam mir etwas dämlich vor: Bei uns ist es einigermaßen üblich, bei Geburtstagsfeierungen wenigstens ei-



ne Kleinigkeit mitzubringen - ich hatte gar nichts dabei!!!

Er, ein unheimlich netter Mann, ist bei der UNEAC beschäftigt und zeigte mir dann gleich seine geräumige casa und seine kleine Viehwirtschaft: Im großen Innenhof organisiert er eine kleine Zucht von Enten, von Schweinen und von Hasen. Detailliert listete er auf, wie viele z.B. Schweine er noch auf den agro-mercados verkaufen müsse, damit die Grundsanierung seiner casa abgeschlossen werden könne.

Hobbymäßig betätigt er sich noch als Maler und zeigte mir einen Raum voller Gemälde. Er besitzt auch ein funktionierendes Motorrad - nutzt es aber praktisch kaum: Ein Liter Benzin kostet nach seiner Auskunft rund 85 Centavos, also 0.85 CUC!!! Als ich mich dann gegen 23 Uhr in Richtung Hotel wie üblich zu Fuß auf den Weg machen wollte überraschte er mich damit, dass er mir zum Abschied zwei seiner Bilder schenkte (der Geburtstagsgast wird vom Geburtstagskind beschenkt) - und zu Fuß laufen, von wegen: Einer der Nachbarn ist lizenziertes Bici-Taxista und brachte mich selbstverständlich zum Hotel.

An einem Abend in der Arzt-Familie bekam ich noch das Ende des spanisch synchronisierten deutschen Films zum 20. Juli (Titel weiß ich jetzt nicht) mit - anschließend kam eine lebhafte Diskussion auf, was die Staffenbergs und Freunde denn letztlich nach Hitler so für Deutschland planten, warum es in Deutschland wieder Neo-Nazis gebe, ob denn die alliierten Bombenverwüstungen der deutschen Großstädte nötig gewesen seien etc. etc.

Ich bin immer auf's Neue überrascht über den hohen Informationsstand der KubanerInnen ...

### Bayamo

In den kleineren Hotels gibt es Frühstück nach Karte, also »tortilla con queso y jamon« oder diverse sandwiches oder , oder - was aber oft fehlt, ist ein Obst-Angebot: Ich hatte mir das schon zuvor immer extra, meist kostenfrei, zusätzlich bestellt (Melonen, Mangos, Ananas, Bananen etc.). In diesem Hotel fragte ich die nette Bedienung, warum das eigentlich nicht auf der Karte stünde - immerhin kämen ja die meisten Touristen aus Ländern, wo eine solche Vielzahl an Obst nicht üblich ist.

Am nächsten Morgen brachte sie mir gleich mit dem Kaffee einen großen Fruchtteller - wir strahlten beide und ich fragte, ob ich Fotos von ihr machen dürfe. Ja, aber ich solle ihr die auch zusenden. Ich ließ mir dann die Adresse aufschreiben: Es gibt da offenbar einen Stadtteil namens Venezuela - ich sagte

so nebenher, »ach Chavez« und sie »No, Chavez - FIDEL!!!« Ich muss wohl etwas dumm geschaut haben, doch dann erklärte mir die vielleicht 35-jährige Frau ruhig und sehr selbstbewusst, dass es ohne Fidel und ohne die cubanische Revolution heute keinen Chavez, keinen Morales, ja vielleicht noch nicht einmal einen Lula geben und Mittel- und Lateinamerika völlig anders aussehen würden!! Ich war echt perplex!!

Am Bus-Terminal sprach mich ein, wie sich dann herausstellte, 71-jähriger US-Amerikaner an, fragte mich zuerst auf Spanisch, Deutsch und dann Englisch, woher ich komme und dass ihm halt aufgefallen sei, dass ich wohl als einziger Gast den ganzen Tag nie im Hotel war, mich z.B. im davor liegenden Parque Central immer auf Parkbänken oder im Stehen mit Cubanern unterhalten hätte oder nächtens die für den Karneval probenden Musik- und Tanzgruppen fotografiert habe usw.

Ich war natürlich baff: US-Amerikaner und Cuba: Ja, er, als ehemaliger Mediziner, habe das sehr sorgfältig über Mexiko geplant - in ein Abschiedsfoto willigte er nur gegen das Versprechen ein, dass das Bild nicht etwa in deutschen Medien und so evtl. in den USA auftauchen dürfe. Wir politisierten noch eine Weile - waren uns an sich völlig einig in der Bewertung der US-Politik - bemerkenswert fand ich, dass er meinte, eine mancherorts geforderte ungehinderte Einreisefreiheit für US-Bürger dürfe es ERST nach Aufhebung der Blockade und dann auch nur gegen Visa-Erteilung geben!!!

Ich erklärte ihm dann natürlich meinerseits, dass ich mich nicht nur als reiner Cuba-Tourist fühle und erzählte ihm ein wenig von der Soli-Arbeit in Deutschland, was ihm offenbar so nicht recht bekannt war.

### Trinidad

Mit zweitägigem Zwischenstopp in Santi Spiritus ging es die wunderbare Küstenstraße an Cienfuegos vorbei nach Trinidad, diesem cubanischen Freilicht-Museum (vergleichbar Rothenburg o.d.T.). Während meiner ersten Rundreise 1991 war ich schon einmal dort und hatte mir an sich geschworen, nie mehr dorthin zurückzukehren, dieweil es, leicht übertrieben, mehr Touris als Cubaner gibt. Nur, ich wollte weiter in den Teil der Sierra Escambray mit Namen Topes de Gollantes« in das dortige Hotel »Los Helechos« - Trinidad ist der einzige Zugang zu diesem Naturschutzpark.

Von der Küste geht es derart steil in das Mittelgebirge, dass man wirklich moderne, z.T. allrad-getriebene Taxen benötigt und nicht mit privat organisierten Ladas o.ä. weiterkommt - eine Nachfrage bei Cubatur ergab, dass ich der einzige Solo-Touri war (aus Kostengründen wäre ein zweiter oder dritter Tourist ganz angenehm gewesen).

### »Topes de Gollantes«

Das ist ein subtropischer, tief zerklüfteter Regenwald - gemütliche Spaziergänge sind kaum möglich - ständig geht es entweder steil bergauf oder ebenso steil bergab - aber die Natur mit der wuchernden Flora ist beeindruckend. Ich hatte mir schon per Reiseführer drei Touren ausgesucht - die erste eher gemächlich, so quasi um sich etwas »warm« zu laufen.

Ich kürze ab: Tage vorher schon hatte die Regenzeit begonnen mit sintflutartigen Regenfällen am späteren Nachmittag oder in der Nacht begleitet von heftigen Gewittern. Die dritte Tour führte weitgehend mehr oder minder steil bergab zu einem großen, von einem Wasserfall ausgewaschenen kleinen See. Der Weg ist zwar z.T. an den Bäumen markiert, verläuft aber in einer »Regenrinne«, den sich der Regen über Jahrzehnte oder Jahrhunderte ausgewaschen hat.



Dieser Abstieg war schon im Reiseführer nur als geeignet für Menschen mit »guter Kondition« eingestuft worden, wobei der Autor sicher nicht an die Generation 60+ gedacht hatte - es waren meist auch nur Cubaner zwischen 20-25 Jahren unterwegs (später traf ich noch zwei junge Spanier und zwei junge Engländerinnen). Erschwerend bei dem Abstieg war, dass es in der Nacht wieder heftig geregnet hatte, der Boden entweder morastig war oder aus blank gewaschenen Steinplatten und -Brocken bestand. Bei jedem Schritt musste ich erst mal abtasten, ob der noch feuchte Stein auch fest war, damit ich mit meinem Wanderschuhwerk samt dem Morast an den Sohlen nicht ausrutschte. Kurz: Ich dachte, ich überleb' das nicht mehr: Höchste Luftfeuchtigkeit unter den ganzen Farnen, Palmen und keine Andeutung von Wind. An dem Wasserfallsee angekommen, klappte ich regelrecht zusammen - eine junge cubanische Frau schaute mich kurz an und ... schon wurde ich bemuttert ohne Ende - im Grunde brauchte ich nur Wasser.

Ich Dödel hatte wieder einmal meiner kompletten Fotoausrüstung den Vorzug gegenüber wenigstens einer Flasche Wasser gegeben ... So nach 20 Minuten war ich wieder o.k. - aber immer wieder wurden mir Wasser und diverse Kekse zum Essen angeboten - es war wirklich rührend.

Der Wiederaufstieg war dann wesentlich weniger kompliziert und anstrengend - so gegen 16 Uhr landete ich platsch-nass im Hotel, Start war gegen 9 Uhr gewesen.

Noch ein Tag Trinidad und 1 Tag Havanna und dann war schon wieder Schluss!

### Die Menschen

Sie waren, sofern ich nicht als Touri-pur wahrgenommen wurde, (wie z.B. einige Male in Trinidad), überaus freundlich und hilfsbereit, genau halt so, wie geknechtete Menschen in Diktaturen zu sein pflegen, oder? In Ciego ließ ich auf einer Parkbank tagsüber Zigaretten und Feuerzeug liegen ... und wurde nach ca. 80 m von einem jungen Paar eingeholt, die mir beides freundlich überreichten (Feuerzeuge sind relativ begehrt!!!) In diesem Jahr kam ich nicht ein einziges Mal in die »Verlegenheit, Cubanos einladen zu »müssen«, - selbst wenn ich wollte: Es lief immer nur anders herum!! Das »Angemache« ist generell zurückgegangen und die Anmache schöner »muchachas« beschränkte sich auf die paar Tage Karneval in Santiago (wohl eben auch dem Karneval geschuldet) - sonst herrschte da absolute Funkstille.

Über Politik wird nicht viel geredet - die Gringos sind eben die Gringos, leider mit einigen cubanischen Helfern im Land. Gejammere über fehlende Kalorienzufuhr etc. hörte ich kein einziges Mal! Auch über

die Revolution wird nicht groß geredet - man hat sie und ist (siehe die Bedienung in Bayamo oder die Familien in Holguin) stolz darauf!!!

Dass auf die Revolution u.a. und vor allem auch im Bereich Landwirtschaft Herkules-Aufgaben warten, sieht man aus dem Busfenster, wenn man z.T. kilometerlang durch landwirtschaftliches Brachland fährt.. Die »Provinz«-Städte sind samt und sonders, zumindest in den Zentren, baulich bestens renoviert, die Gestaltung der Straßen (verschiedene Farbtöne und - Beläge) ist z.T. sehr hübsch, in den Fußgängerzonen sind Skulpturen, und Kleinkunstwerke aufgestellt - das Alles ergibt jeweils ein schönes und sehr gepflegtes Bild.

Was den Putzeifer anlangt, sind Cubas Provinzstädte deutschen Städten überlegen: Mehrfach täglich wird z.B. in den Parks das Laub zusammen gekehrt, die Müllabfuhr funktioniert und auch ... in einer ganz besonderen Form der Wiederverwertung von Dosen, Plastikflaschen u.ä.: Mit Säcken über der Schulter ziehen meist Rentner durch die Straßen und sammeln namentlich an den Cafes und Paladares alles Erdenkliche ein und liefern es bei den zentralen Stellen ab ... und bekommen dafür sogar verhältnismäßig gutes Geld (die genaue Zahl habe ich mir leider nicht aufgeschrieben!).

Was die jetzt geplanten massiven Veränderungen am Arbeitsmarkt anlangt, werde ich direkt von Holguin aus auf dem Laufenden gehalten - Panik hat sich offenbar nicht breit gemacht.

Doch das gehört nicht mehr zur Reise..

Mal sehen, ob es 2011 wieder für eine Cubareise reicht... *Gunther Lenner*

## Leserbriefe der Genossen Schupp und Weller in der »CL« 8.10 - 10.10 und 11.2010 - 01.2011

Die Aufregung des Genossen Weller vermag ich nicht so recht nachzuvollziehen:

Sicher mögen die Aussagen des Genossen Schupp in ihrer Kürze und ohne nähere Erläuterungen provokant wirken. Nur, bitte sehr, wo sind die sachlichen Unrichtigkeiten?

Wer auf dieser Welt führte in den letzten beiden Jahrzehnten z.T. offiziell völkerrechtswidrige Angriffskriege (also ohne UNO-Mandate wie im Kosovo oder im Irak)? Wer, außer den USA, der NATO und der »Koalition der Willigen« waren denn daran beteiligt?

Wer auf dieser Welt hat denn mit seinen famosen Finanzstrukturen und der grenzenlosen Gier die Welt an den ökonomischen Abgrund geführt und insbesondere die Länder der »Dritten Welt« in ein wirtschaftliches Chaos gestürzt?

Und wer, bezogen auf Kuba, verurteilt zwar »brav«alljährlich die

Helms-Burton-Blockade in der UNO-Vollversammlung gegen Kuba, vertritt aber in der EU mehrheitlich nach wie vor den »gemeinsamen Standpunkt« zu Kuba, was, einmalig auf der Welt, alle vernünftigen Beziehungen zu Kuba mit einer geradezu unverschämten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Insel mit schwersten wirtschaftlichen Schäden verhindert?

Welche dubiosen Aktivitäten betreibt denn z.B. eine »Konrad-Adenauer-Stiftung« auf der Insel und und und? Was hat das alles auch nur im Ansatz mit der Respektierung der Souveränität eines »normalen« Staates zu tun?

Mit nur ansatzweise gleichen Anforderungen wie an Kuba müsste doch die

## l e s e r b r i e f e



hoch gepriesene »westliche Wertegemeinschaft« bald die halbe Staatenwelt sanktionieren, inklusive z.B. auch Chinas und Russlands!!! Die Heuchelei ist gnadenlos: Das, was man von anderen Staaten mit aller Macht fordert, nämlich z.B. keine Angriffskriege zu führen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, praktiziert man selber mit gera-

dezu gnadenloser Arroganz! Selbst postulierte Moralvorstellungen sind dann ganz schnell vergessen!! Das Verbrechen Kubas ist wohl nach wie vor, dass es ein sozialistisches Gesellschaftsmodell verfolgt!!

Ein weiterer Leserbrief bleibt dem Verhältnis Israel-Palästina vorbehalten - auch hier ist es doch so, dass die Goliaths dieser westlichen Welt eine skandalöse Besatzungs- und Vertreibungspolitik des regionalen Goliaths Israel ganz offen oder halb verschämt unterstützen - Südafrika lässt grüßen!!! Doch dazu deutlich ausführlicher ein gesonderter Leserbrief!!

*Gunther Lenner*

## Das Humanitäre versus das Politische

Ähnlich wie für Irene Eckert ist für mich der Beitrag von Peter Nowak (»Cuba Libre 3/2010) über die »Tragödie auf der Gaza-Soliflotte«, wie er den tödlichen Angriff auf die Gaza Freedom Flotilla bezeichnet, Anlass zur Stellungnahme; darüber hinaus, falls gewünscht, auch zum Gedankenaustausch zwischen denen, die sich der Cuba-Solidarität verbunden fühlen, und denen, die Teil der internationalen Bewegungen für die Rechte der Palästinenser sind.

Wenn Peter Nowak sich an Solidaritätsdelegationen erinnert, an denen er Anfang der 90er Jahre beteiligt war, stellt er fest, man habe sich damals »für eine humanitäre Solidaritätsaktion entschieden, die nicht politisch direkt Stellung nimmt«. Nun, die internationalen Bewegungen, denen es um gleiche Rechte in Palästina und überall geht, so auch die Gaza Freedom Flotilla, segeln in der Tat unter einer anderen Flagge.

Zu Recht wendet sich Peter Nowak gegen die Dämonisierung und Diffamierung von NRGs wie Human Rights Watch oder des Palestinian Center for Human Rights, doch handelt es sich bei den Bewegungen in Palästina, Israel und aller Welt, die seit Jahren gemeinsam gewaltfrei gegen die völkerrechtswidrige Besatzung, die Menschenrechtsverletzungen und den permanenten Bruch des internationalen Rechts durch Israel angehen, nicht um NROs wie die genannten, wenn auch manche NROs oder ihre Mitglieder an diesen Bewegungen beteiligt sind. So war im Falle der ersten Freedom Flotilla (eine zweite, noch größere wird kommendes Frühjahr reisen) eine NRO, das IHH, beteiligt. Das Free Gaza Movement, das seit August 2008 bereits mit fünf Schiffen - trotz israelischer Drohungen und Angriffe - erfolgreich die völkerrechtswidrige Blockade Gazas durchbrochen hat, ist eine internationale politische Bewegung oder ein solches Netzwerk und versteht sich keineswegs als humanitäre Organisation. Diese Bewegungen oder Netzwerke, an denen linke Gewerkschafter (in Südafrika, Norwegen, Grie-

chenland etc.), Antirassisten, Anarchisten, Mitglieder antikapitalistischer Parteien (so der französischen NPA) und viele andere politisch Motivierte, vor allem auch kritische jüdische Gruppen beteiligt sind, gehen von der Erfahrung und Überzeugung aus, dass Regierungen und mächtige Institutionen eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage des Internationalen Rechts weder anstreben noch auch nur zuzulassen bereit sind. Wir sehen vielmehr, dass weltweit Ausgrenzung und Separation - von arm und reich, von chancenlos und privilegiert, von mächtig und machtlos, von »überflüssig« und »verwertbar« - vorangetrieben wird, nicht zuletzt in Israel/Palästina. Das gilt auch für Oaxaca, und ich fürchte, dass Peter Nowak der dortigen Menschenrechtskarawane, die so brutal angegriffen wurde, Unrecht tut, wenn er sie als humanitäres Solidaritätsprojekt kennzeichnet. Meines Wissens sind die Bewegungen, die in Oaxaca auf ihren Rechten bestehen, politische Bewegungen, Teil des selben Global Justice Movement, einer eminent politischen Bewegung, die in Israel/Palästina einen der Brennpunkte und Labors einer Politik der Zementierung von Ungleichheit, Unterdrückung und Entrechtung sieht und sich deshalb seit Jahren mit dem Kampf der Palästinenser politisch solidarisiert. Das ist beispielsweise durchgängig den Abschlusserklärungen der Weltsozialforen zu entnehmen. Diese Bewegungen für gleiche Rechte werden überall - in Indien, in Mexico, in Palästina und auf dem offenen Meer in internationalen Gewässern - mit brutaler Gewalt bekämpft, weil sie sich, anders als humanitäre Helfer, den herrschenden Diskursen und Aufteilungen der Menschheit konsequent verweigern. So sagte eine libanesische ISM-Aktivistin, die mit einem der Free Gaza Boats vor dem Jahreswechsel 2008/9 nach Gaza gekommen war, als die Menschen mit internationalen Pässen von Israel eingeladen wurden, das Gebiet zu verlassen, ehe die Armee einrollen und alles unterschiedslos unter Beschuss nehmen würde: »Unser Leben ist nicht mehr wert als das ihre« - und blieb zusammen mit einer Handvoll anderer internationaler AktivistInnen des Free Gaza Movement an der Seite der eingeschlossenen Bevölkerung. Das ist eine für Peter Nowak vielleicht allzu radikale, einseitige, extreme Stellungnahme und Handlungsweise: Alle Menschen sind gleich, und das leben wir konsequent. Es ist dem Prinzip der humanitären Hilfe seitens der Privilegierten an die weiterhin Marginalisierten ziemlich scharf entgegengesetzt.

Die palästinensischen, israelischen und internationalen AktivistInnen, die seit Jahren mit unterschiedlichen, aber immer gewaltfreien Mitteln die Blockade Gazas durchbrechen oder gegen die Landnahme durch die Mauer in der Westbank kämpfen, tun nichts anderes als das, was der palästinensische Dichter Mahmoud Darwish für sich in Anspruch nahm, als er sagte: »Ich bestehe auf meinem Recht, auf meinen Rechten zu bestehen.«

Das Humanitäre hingegen spielt bei der Durchsetzung der Ungleichheit eine nicht unbeträchtliche Rolle, so beispielsweise auch bei der Aufrechterhaltung der Besatzung. Der israelische Aktivist Jeff Halper (Mitreisender auf dem ersten Schiff des Free Gaza Movement) spricht in diesem Zusammenhang von der »Entsorgung« des Themas Palästina als politisches Problem: Die palästinensische Gesellschaft wird derart ausgegrenzt, abgeschottet, diabolisiert, ihrer authentischen Stimme beraubt und zerrüttet (unter anderem durch großzügige »Hilfe« an eine korrupte Führung und durch deren Aufrüstung), dass sie aufhört politisch zu existieren. Die Palästinenserinnen und



Palästinenser, die in Ghettos wie dem von Gaza immer noch existieren, werden von der »Internationalen Gemeinschaft« humanitär versorgt - und politisch »entsorgt«.

Doch palästinensische, israelische und internationale zivilgesellschaftliche Bewegungen (wie Stop the Wall, BDS, International Solidarity Movement oder Free Gaza Movement) unterlaufen diese Strategien der Macht, indem sie sich das Recht auf Bewegungsfreiheit, auf offene Grenzen - das Recht auf Gleichheit nehmen. Sie appellieren nicht an Regierungen oder eine verschwommene »Internationale Gemeinschaft, man möge uns diese Rechte gewähren.

Der verstorbene palästinensisch-US-amerikanische Literaturwissenschaftler Edward Said hat es einmal auf den einfachen Nenner gebracht: »Equality or nothing«. Ebenbürtigkeit, Gleichheit an Würde und Rechten ist leider weder auf der Agenda der israelischen, der US- oder der europäischen Regierungen noch auch auf derjenigen der zutiefst korrupten arabischen Regimes. Sie ist aber die Agenda der palästinensisch-israelisch-internationalen Bewegungen für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser, die diesen Kampf mit gewaltfreien Mitteln führen, ohne deshalb dem Besetzten das Recht abzusprechen, sich gegen den Besatzer auch bewaffnet zu wehren. Der Preis des konsequenten gewaltfreien Widerstands war auch vor dem mörderischen Überfall auf die Mavi Marmara bereits hoch: Hunderte PalästinenserInnen wurden allein im vergangenen Jahrzehnt bei gewaltfreien Demonstrationen verletzt, inhaftiert oder getötet; mehrere Israelis, die mit ihnen zusammen demonstrierten, wurden zum Teil schwer verletzt; zwei Internationale wurden bei gewaltfreien Aktionen in Gaza getötet, mehrere schwer und zahllose leicht verletzt, und das,

## »Kritische Fragen an beide Seiten«

Cuba nimmt seit 1959 eindeutig Partei, auch mit konkreter Solidarität, für die Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa (Nordirland).

In der kolonialen und neokolonialen Geschichte von Besatzern und Okkupierten war und ist die Solidarität Cubas auf der Seite derjenigen, die ihrer Rechte beraubt werden. Die Rechte von denen auch eindringlich Sophia Deeg spricht, sind formuliert im Völkerrecht. Dieses wurde, kaum entstanden, von den westlichen Staaten mit ihrer Kolonialpolitik schon negiert. Das internationale Recht (damit spreche ich insbesondere den Sozialpakt und Zivilpakt von 1966 an, in die auch Forderungen der Befreiungsbewegungen eingegangen sind wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker und kein Volk darf seiner Existenzmittel beraubt werden) ist die wichtigste Grundlage für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Es ist das eigentliche Maß, an dem sich die Politik von Regierungen messen lässt. Seine Ignoranz macht aus der Stärke des Rechts das Recht des Starken. So haben die USA allein in Lateinamerika über 100 Interventionen durchgeführt. Diejenigen NROs, die dies vor Augen haben, gehören nicht zu den sich immer mehr formierenden Menschenrechtsorganisationen, die sich politisch instrumentalisieren lassen, bzw. von Geheimdiensten finanziert werden. Die weltweiten NROs, die beispielsweise für die Rechte der Palästinenser eintreten, sind solche Internationalisten wie wir von den Freundschaftsgesellschaften mit Cuba. Wie und mit welchen NROs umgegangen wird, wirft immer einen Blick auf die politischen Positionen offizieller Stellen; das kennen wir doch zur Genüge.

In der Cuba Libre 4 zitiert Renate Fausten Fidel Castro »...die Israelis machen was sie wollen...«damit ist eigentlich alles gesagt. Ergänzen könnte man, dass keine UN-Resolution zu Israel von der israelischen Regierung akzeptiert wurde und dass jede UN-Resolution zur Aufhebung der Blockade gegen Cuba von den USA und Israel zurückgewiesen wurde.

Die immer wieder bemühten »kritischen Fragen an beide Seiten«, ignoriert die grundsätzliche Position zum Völkerrecht. Es geht nicht, und ging auch nicht bei der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen darum, ob sie in »unser« Bild passen, ob die Hamas oder die Hisbollah unseren Vorstellungen von Fortschritt entsprechen (das kann und sollte analysiert werden wie es auch bei Sophia Deeg angesprochen wird)

obwohl sie ein Training absolviert hatten, bei dem sie Techniken der De-Eskalation und der gewaltfreien Kommunikation einüben. Peter Nowak, dem das Free Gaza Movement offenbar nur aus den Mainstreammedien und bekannt ist, fragt »die Gaza-Reisenden«, »ob sie die Gefahr nicht unterschätzten, wenn sie sich in einen der weltweit am meisten verhärteten Konflikte einmischen.« Ist es ihm als - vermutlich Linkem? Freund Cubas? - nicht bewusst, dass ein substanzieller Widerstand, das Bestehen auf »equality or nothing« in den Konflikten, die besonders »verhärtet« sind, vermutlich nie gefahrlos sein kann?

(Zum Thema Delegitimierung Israels kann ich die - poetische und kämpferische - Stellungnahme junger US-amerikanischer Juden empfehlen: <http://www.youngjewishproud.org/>, die kürzlich eine Rede Netanyahus vor der jährlichen Versammlung der North American Jews gestört haben. Ihre These: Israel delegitimiert sich vor allem selber.)

*Sophia Deeg, November 2010*

nein, es geht um völkerrechtswidrige Angriffskriege und Besatzung von Ländern und Territorien und dem völkerrechtlich und politisch berechtigten Widerstand. Hierbei ist rechtlich und moralisch auf keinen Fall den politischen Legitimierungsversuchen durch Selbstverteidigung, wie es die USA im Afghanistankrieg vorgemacht hat, zu folgen.

Hinzu kommt die Bedrohung der Welt mit Atomwaffen, in der Israel eine gefährliche Rolle spielt. Fidel Castro hat dies eindringlich am 15.10.10 ausgeführt.

Wegen meiner Wertschätzung des humanistischen, antifaschistischen Völkerrechts, das aus den Lehren zweier Weltkriege und dem Holocaust entstanden ist, ist es historisch besonders bitter, dass die israelische Politik sie nicht zur Grundlage ihres Handelns macht. Seine Ignoranz ist für die Völker im allgemeinen, besonders aber für das palästinensische und auch für das israelische Volk die Verhinderung von Frieden und aufzubauender sozialer Gerechtigkeit.

Mein Fazit: kritische Fragen - und mehr als das - sind zu richten (ganz einseitig) an die Seite, die das Völkerrecht ignoriert, hier im Konkreten betreffend den völkerrechtswidrigen Akt von Tötungen von 9 Personen auf der Mavi Marmara.

*Elke Zwinge-Makamizile  
FG-BRD-Kuba*

Die Redaktion weist darauf hin: Leserbriefe die künftig länger als EINE Heftseite sind werden aus Platzgründen entsprechend gekürzt!



## Liebe Freunde,

die Antwort von Peter Nowak verstärkt mein Unbehagen, obwohl ich mich bisher nicht dazu positioniert habe - man könnte ja sagen, es gehe um die Kubasolidarität und sonst nix. Aber so ist es nicht. Uns bzw. dir, Peter, sollte doch zu bedenken geben, dass Fidel sich ganz klar an die Seite des palästinensischen Widerstandes (auch unter Führung der Hamas) stellt - und Israel als Räuber, die Palästina-Araber als Beraubte sieht, das Ganze als kolonialistisches Projekt des Westens in der

Region und als ethnischen Bürgerkrieg, bei dem die Ureinwohner heute de facto in diesem schmalen Küstenstreifen bei Gaza zusammengedrückt worden sind (besser als das Schicksal der Tamilen, könnte man sagen, aber die waren immer eine Minderheit in Sri Lanka, die Palästinenser waren 1948 die Mehrheit - und die jüdischen Siedler die Separatisten!)

Neutralität kann es da nicht geben!

Setz dich also bitte intensiver als bisher, Peter, mit der Meinung Fidels auseinander, denke nicht, du wüsstest es besser! Es geht um recht grundlegende Dinge im antiimperialistischen Kampf - wer da heute Äquivalenz und Äquidistanz bei den Palästinensern vertritt, tut das vielleicht morgen automatisch auch bei dem Bestreben Kubas, sich gegen die USA zu behaupten, die dort ihre Art von »freedom and democracy« einführen möchten - denk bitte ernsthaft darüber nach!

*Volker Wirth (Berlin)*

## Leserbrief zu »Wenn Menschenrechtsorganisationen zum Feind werden (Nowak CL 03-10) und Leserbrief zu Nowak von I. Eckert und Kommentar zum Leserbrief von Eckert durch Nowak (04-10)

Halten wir zunächst die nüchternen Fakten fest: Eine kleine »Flotte« von Schiffen mit Hilfsgütern für Gaza wird von Eliteeinheiten der israelischen Armee in internationalen Gewässern »erstürmt« mit 9 Todesopfern auf Seiten der sog. »Aktivisten« - eine solche Aktion ist völkerrechtswidrig (= internationale Gewässer).

Eine so klare Aussage vermisste ich sowohl in dem Artikel, als auch in dem Kommentar von Herrn Nowak. Handfeuerwaffen hat außer den israelischen Armeesprechern kein einziger Zeuge gesehen, was Herr Nowak nicht weiter anführt - im Zweifel sagt offenbar die israelische Armee die Wahrheit!.

Wenn dann die bedauernswerten Elite-Einheiten gar noch mit Eisenstöcken oder Holzlatten angegriffen werden, nähert man sich flugs der »Notwehr-Logik des israelischen Militärs - Ursache und Wirkung, Angreifer und Angegriffene werden verwechselt. Und wie immer, wenn sich Israel mit seiner Armee »verteidigt« sieht die Bilanz entsprechend aus:

Neun getötete »Aktivisten« - kein toter israelischer Soldat. (Ein weiterer starb später an den Folgen des Angriffs).

Die von Herrn Nowak reklamierte Kritikfähigkeit gegenüber der Politik Israels relativiert und entwertet er sofort wieder, indem er diese seine Kritik ausschließlich auf die JETZIGE israelische Regierung reduziert.

Dabei hat die jetzige Regierung gegenüber den Vorgängerregierungen sogar den »Vorteil«, dass sie den expansionistisch-rassistischen Charakter des originären Zionismus ziemlich offen zur Schau trägt und sich gar nicht mehr die Mühe macht, die realen Ziele israelischer Politik hinter einer Nebelwand von angeblichen Friedens-Sehnsüchten zu verstecken., wie dies alle Vorgängerregierungen zuvor getan hatten.

Herrn Nowaks impliziter Schlussfolgerung, nämlich dass dann, wenn sich bei einer Aktion das Humanitäre nicht vom Politischen trennen lasse, die NGOs im Zweifel die Finger von solchen Aktionen lassen sollten, widerspreche ich entschieden: Die völkerrechtswidrige Seeblockade (die ja nur die verheerende Landblockade ergänzt) ist ein Politikum. Will man aktiv z.B. mit einer humanitären Aktion etwas dagegen unternehmen, dann wird die humanitäre Aktion automatisch auch zu einer politischen.

Darauf zu verzichten hieße aber, die rechtswidrige Blockadepolitik Israels stillschweigend zu tolerieren

Es ist geradezu ein Gebot der Humanität, mit solch einer Aktion die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit wenigstens kurzzeitig auf die katastrophale Lage der im größten Freiluftgefängnis der Welt, namens »Gaza-Streifen«, eingepferchten 1,3 Mio. Menschen zu lenken, die dort weniger »leben« als knapp überleben.

Ergebnis: Dumm gelaufen irgendwie. Die Aktiven, die sich gegen das himmelschreiende Unrecht wenden, hätten eben mit einer solchen Reaktion in einer so brisanten Krisen-Region und in Anbetracht der bekannten Haltung der israelischen Regierung rechnen müssen. Zynische Konsequenz: Die 9 Toten sind an ihrem Tod zum großen Teil selber schuld!

Auch wenn Herr Nowak das so deutlich nicht sagt, bewegen sich seine Ausführungen in der Nähe der Broders dieser Republik!

Auffällig oft warnt Herr Nowak vor der Delegitimierung des gesamten Staates Israel, wegen einzelner illegitimer Aktivitäten der jetzigen Regierung. Was aber, wenn die Politik Israels seit Jahren und Jahrzehnten gegenüber den Palästinensern illegitim war und ist - läuft der dafür verantwortliche Staat dann nicht irgendwann Gefahr, sich selbst zu delegitimieren? Nur weil Herr Nowak seine Kritik auf die jetzige israelische Regierung einschränkt, kann er zu einem abenteuerlichen Vergleich mit dem brutalen Vorgehen italienischer »Spezialkräfte« im Jahre 2001 kommen. Angesichts eines dermaßen hahnebüchernen Vergleichs muss jeder halbwegs Fachkundige die Sachkompetenz des Herrn Nowak bezüglich der Historie Israel doch in Zweifel ziehen.

Seit der Staatsgründung einschließlich vorhergehender Vertreibung, bzw. zur Flucht »ermunterter« Palästinenser wächst der Staat Israel in ständigen Verteidigungskriegen unaufhaltsam! Im Vergleich mit dem Territorium, das die UNO den jüdischen Siedlern zugestand, das Staatsgebiet Israels bis heute auf ein Vielfaches dessen gewachsen. Derzeit expandiert Israel durch explizit völkerrechtswidrige Landnahme und Besiedelung in der Westbank, durch Abriß von palästinensischen Häusern in Ost-Jerusalem und deren Ersatz durch Neubauten für zionistische Siedler - Zwischen Jerusalem und der Westbank gibt es für Palästinenser keine Verbindung mehr, stattdessen Schnellstraßen »Nur für Juden« und einen Siedlungsgürtel rings um Jerusalem.

Im UNO-Teilungsbeschluss wird Jerusalem noch als unter internationaler Kontrolle stehende Stadt bezeichnet. Israel schafft täglich neue



Fakten und ignoriert internationales Recht!

1967 beschloss der UN-Sicherheitsrat MIT der Stimme der USA (und wiederholte diesen Beschluss mehrfach), dass sich Israel auf die Vorkriegsgrenzen zurückziehen habe.

Bis heute geschieht das genaue Gegenteil: Heute

- sind die besetzte Westbanks bereits derart durch israelische Siedlungen zerklüftet, dass eine Zwei-Staaten-Lösung de facto ausscheidet,

- gelten in Jerusalem alle Häuser von Palästinensern als »Schwarzbauten«, die jederzeit abgerissen werden können,

- verurteilt der »Internationale Gerichtshof« in Den Haag den Bau des monströsen »Sicherheitszauns« oder des Betonwalls auf palästinensischem Gebiet als völkerrechtswidrig,

- überfällt Israel zweimal den Libanon, wobei im zweiten »Verteidigungs«-Krieg die Zerstörung der zivilen Infrastruktur im Vordergrund stand,

- wird auf den »Westbanks«, je nach Gusto, palästinensisches Land aus »Sicherheitsgründen« und inzwischen z.T. auch schon ohne Angabe von Gründen entschädigungslos zur Errichtung weiterer Siedlungen oder für den Ausbau bestehender enteignet.

- wird zur Jahreswende 2008/2009 der Gaza-Streifen gnadenlos zusammen gebombt

Und alles ist immer irgendwie »Verteidigung« Israel ist wohl in der ganzen Geschichte der einzige Staat, der sein Territorium nur durch hartnäckiges »Verteidigen« vervielfachen konnte!

Der Bericht des international angesehenen und vom UN-Menschnerechtsrat mit der Untersuchung des Gaza-Bombardements beauftragten jüdischen Richters Goldstone liegt mit für Israel sehr belastenden Aussagen auf dem Tisch - und was passiert auf der weltpolitischen Bühne nach dem üblichen kurzzeitig aufwallendem Empörung-Habitus? NICHTS!!

Israel kann tun und lassen, was es will - weder die USA, noch die EU ziehen irgendwelche Konsequenzen überhaupt einmal in Betracht!!

Aus den USA fließen jährlich Milliarden USD nach Israel, die BRD verschenkt zwei U-Boote an Israel, die EU-Handels- und Zollpräferenzen für Israel bleiben unangetastet - einziger Lichtblick:

Etwa vor 2 Jahren hob der EUGH die Zollpräferenzen für die in den besetzten Gebieten hergestellten Export-Güter auf.

Nicht nur in Deutschland werden die Medien und die Politik weitgehend von einer recht einflussreichen Israel-Lobby u.a. mit der Antisemitismus-Keule oder, bei Bedarf, mit dem »antisemitischen Juden« oder dem »jüdischen Selbsthasser« in Schach gehalten, einer Vortragsreise z.B. von Prof. Finkelstein wurden im Januar 2010 so viele Hindernisse in den Weg gelegt, bis Prof. Finkelstein von selber absagte, nach der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes durch unseren Ex-Präsidenten Köhler an die jüdisch-israelische Juristin und Schriftstellerin Felicia Langer, die sich vor einigen Jahren in Anbetracht der massiven Anfeindungen in Israel nach Deutschland übersiedelte, brach ein Sturm der Entrüstung los. Die Jüdin Frau Langer bezeichnet ihre ehemaligen israelischen Landsleute in Ihrem Buch »Quo vadis Israel« fortlaufend als »Herrenmenschen«. Für die national-orthodoxen Israeli bestand das Verbrechen von Frau Langer darin, über Jahrzehnte versucht zu haben, die auf dem Papier existenten Rechte der Palästinenser vor israelischen Gerichten einzuklagen! Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen.

Es schmerzt mich, wenn ich die für Israel wichtige Frage mitbekomme, nämlich wer Voll- und wer Halbjude ist

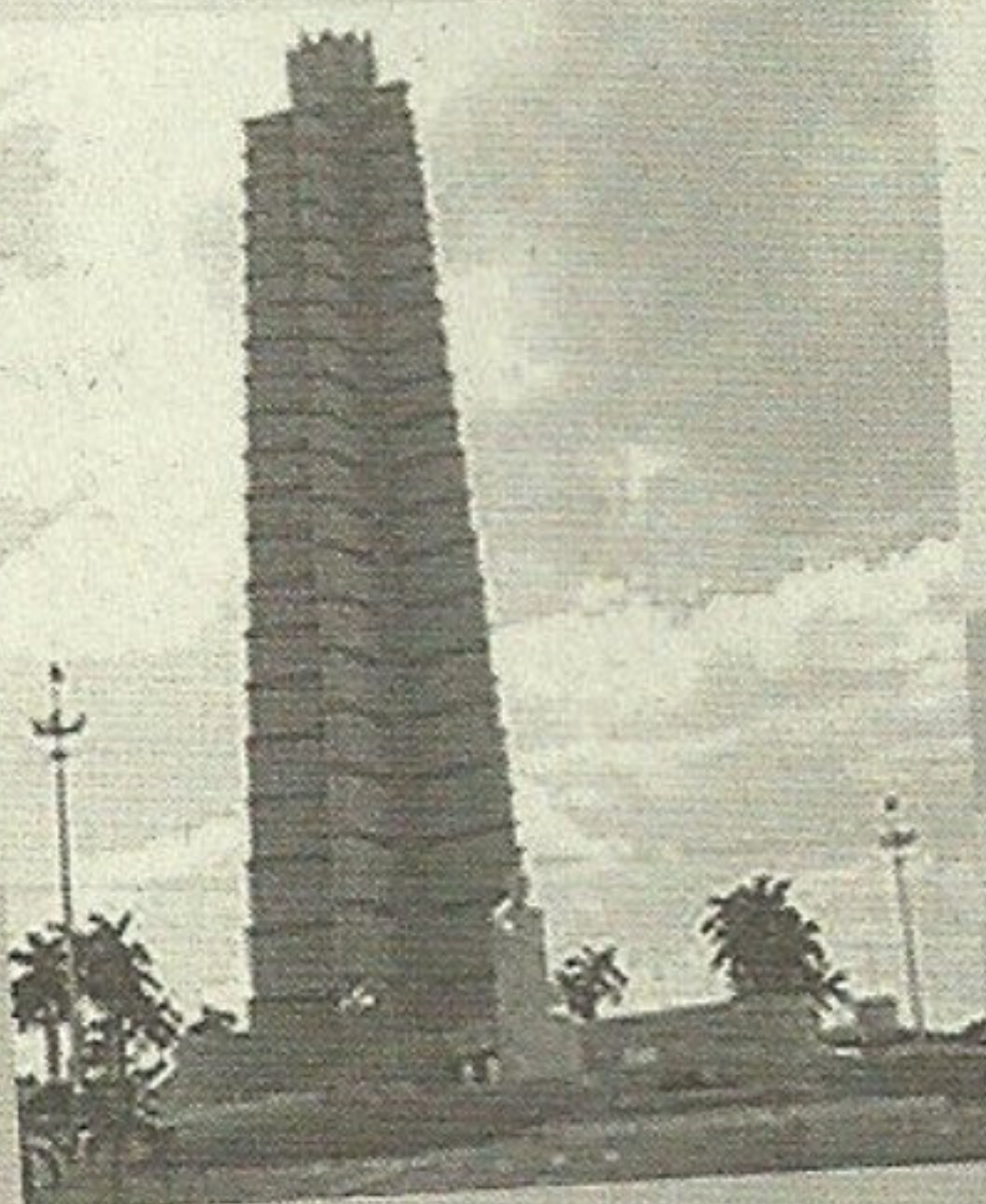
Reisen mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

## Cuba anders erleben!

Mit unseren Reisen unterstützen wir viele Sozialprojekte in Cuba!

15 Tage - Cuba anders erleben...

Termine: 22.02. - 12.03.11



Diese Reise vermittelt Ihnen einen Einblick in das reale Leben und Arbeiten in Cuba, in Naturschönheiten und interessante Städte und Gemeinden. Abschließend genießen Sie einige entspannende Strandtage.

Preis ab **1949,- €** pro Person im Doppelzimmer

16 Tage - Cuba von West nach Ost

Termine: 05.02. - 19.02.11, 26.02. - 12.03.11

... eine faszinierende Rundreise, die das facettenreiche Cuba wie kaum eine andere zeigt. Von der westlichsten Provinz Pinar del Río geht die Reise bis weit in den Osten nach Baracoa. Der ursprüngliche Osten birgt mit Fauna und Flora einen ganz besonderen landschaftlichen Reiz.

Preis ab **1995,- €** pro Person im Doppelzimmer  
Flüge ab Frankfurt, München, Düsseldorf, Berlin, Hamburg

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage [www.cubareisen.info](http://www.cubareisen.info).  
Reiseagentur Soliarenas • Telefon +49 (0)2403 555 22 36 • e-mail: [info@soliarenas.de](mailto:info@soliarenas.de)



und ob ein zum Judentum Konvertierter als vollwertiger Jude zu betrachten ist etc.

Wie der jüngsten Publikation von Schlomo Sand »Die Erfindung des jüdischen Volkes« u.a. zu entnehmen ist, wird an israelischen Universitäten allen Ernstes nach einem spezifisch »jüdischen« Gen geforscht, das aus einer bloßen Religionsgemeinschaft, wissenschaftlich belegt, endlich auch eine jüdische Ethnie machen könnte. Solche Forschung erinnert fatal an den Rassenwahn, der im 19. Jahrhundert aufblühte und der im Holocaust seinen furchtbaren Höhepunkt fand: Die Nazis konnten weder DEN Arier präsentieren, noch DEN Juden. Aber Israel ist heute auf der Suche nach dem »Juden«-Gen ...

Der Zionismus braucht solche »Beweise« und behauptet einstweilen, ohne solche Beweise, ganz einfach, was eine Mär ist (siehe Shlomo Sand) - dass es sich bei allen Juden dieser Welt um ein einziges weit verstreutes Jahrtausende altes VOLK handele, dass dieses Volk von Gott auserwählt und somit unvergleichlich mit jedem anderen Volk sei!

Der Zionismus ist eine religiös überhöhte intolerante und unmenschliche Ideologie - von Ben Gurion bis heute durchzieht das Ziel des reinen jüdischen Groß-Israel die Politik Israels wie ein roter Faden.

Ohne Druck von außen wird sich an dieser Politik nichts ändern. Bleibt dieser Druck aus, besteht die reale Gefahr, daß sich Israel zu Tode siegt und irgendwann einmal implodiert - immerhin sind die sozialen und religiösen Verwerfungen im Lande selbst gewaltig, wächst die Diskrepanz zwischen eher säkularen Israeli und streng Orthodoxen. Ohne das einigende Feindbild vom bedrohlichen Araber

entfiele die wesentlichste einigende Klammer dieser sehr heterogenen Gesellschaft. Okkupation demütigt und erdrückt nicht nur die Besetzten, sondern zerfrisst zunehmend auch die Moral und die innere Verfasstheit des Okkupanten!!

Die Kaperung der »Gaza-Flotille« ist nur ein Steinchen mehr zur Pflasterung des Weges in Israels stetig wachsendes Verhängnis. Bei Südafrika wollte das über viele Jahre hier im Westen auch niemand hören, galt N. Mandela doch viele Jahre als gefährlicher Top-Terrorist.

#### Was hat das Alles mit Cuba zu tun?

Auffällig, dass bei der alljährlichen Verurteilung der USA durch die UNO-Vollversammlung wegen der Blockade gegen Kuba es immer mindestens zwei Gegenstimmen gibt: Israel und USA: Umgekehrt scheitert jede Resolution gegen Israel etwa wegen der Bombardierung Gazas 2008/2009 an dem Veto der USA - dass bei beiden Konfliktfeldern immer die zwei gleichen Staaten gegen den Rest der Welt stehen - Zufall?? Kuba befindet sich seit über 50 Jahren in einem immer stärkeren Würgegriff der USA (und Teilen der EU) - die Palästinenser sind seit noch längerer Zeit zu Menschen ohne Rechte, zu Menschen zweiter oder dritter Klasse in ihrem eigenen Land geworden - und wieder halten USA und EU, nun bei der Unterstützung Israels, zusammen. Cuba weiß, was »Blockade« bedeutet.

Die Palästinenser leben z.T. (Gaza) in einem riesigen Gefängnis, haben in Rest-Palästina praktisch überhaupt keine Rechte mehr und die Palästinenser in Israel sind die Fußabstreifer für die unterste soziale Schicht der jüdischen Bevölkerung - umrahmt wird das Ganze durch eine einzige riesige Blockade zu Wasser und zu Lande Wer gegen die Blockade Cubas kämpft, muss auch gegen die »Inhaftierung« und Entrechtung der Palästinenser und deren Total-Blockade eintreten - und umgekehrt!!

*Gunther Lenner*

P.S.: Eine Anmerkung für Herrn Nowak: Ich berufe mich nicht auf die »Gnade der späten Geburt« und bin u.a. wegen meiner Aktivitäten gegen »Rechts« in Bayern aus dem Öffentlichen Dienst entfernt worden.

Hitler, Holocaust - das alles gehört zur deutschen Geschichte. Als Deutscher empfinde ich Scham gegenüber den Verbrechen speziell gegenüber den Juden (aber auch z.B. Sinti und Roma). Ich kann die Verbrechen nicht ungeschehen machen und kann insbesondere nicht Buße tun dadurch, dass ich zur Politik des Staates Israel schweige. In Palästina gab es nie ein Proqram gegen Juden.

Die Konsequenzen des nazistischen Hyper-Programms tragen nicht etwa die Deutschen. Wir schweigen und schauen zu, wie wieder ein Volk, diesmal das palästinensische, zum Opfer wird und machen uns damit erneut schuldig.

N. Chomsky hat in seinem Buch »Offene Wunde Nahost« sarkastisch angemerkt, dass, wenn die Deutschen hätten Buße tun wollen, sie am besten Bayern und Baden-Württemberg zur Gründung des Staates Israel hätten räumen sollen!!!



#### Delegierte der Weltjugendfestspiele fordern Ende von Blockadeaktionen

Im Tshwane Veranstaltungszentrum von Pretoria protestierten am ersten Tag dieses Ereignisses die Teilnehmer-

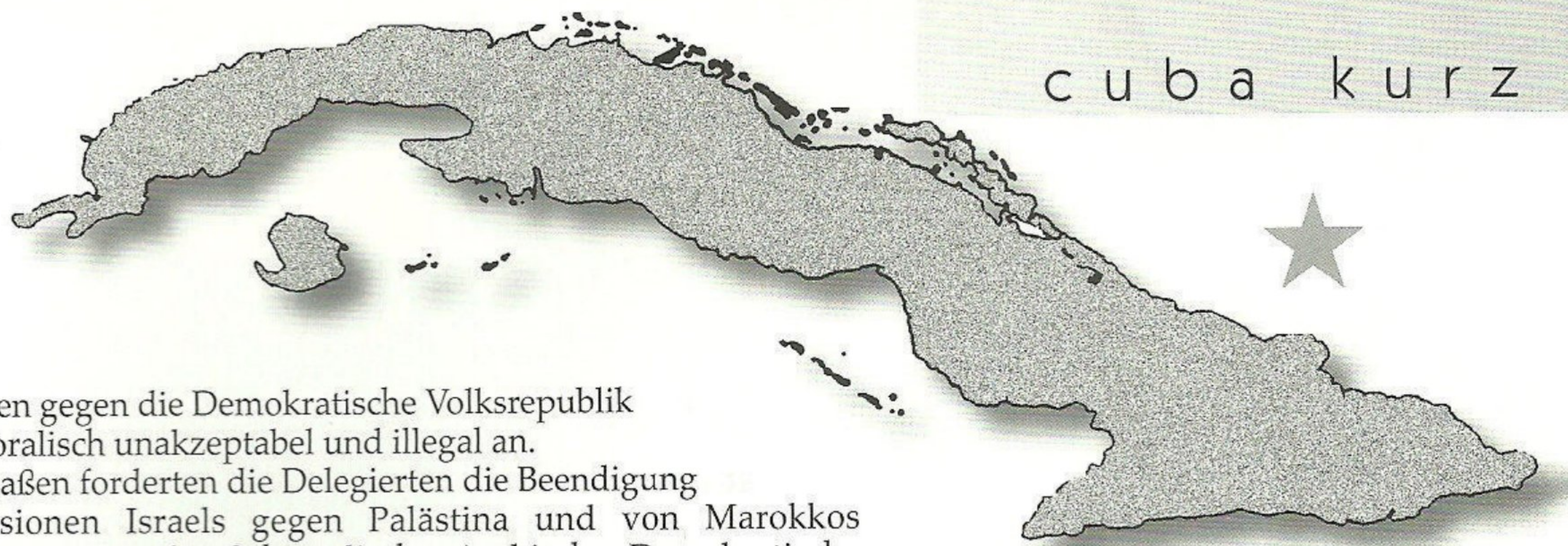
#### c u b a k u r z

Innen gegen die unmenschliche Blockade, die die USA gegen Cuba immer noch aufrecht erhalten. Auch Blockaden und Sanktionen gegen weitere Länder, die sich im Kampf um ihre Unabhängigkeit befinden, wurden verurteilt.

Bei den 17. Weltfestspiele der Jugend und StudentInnen trafen sich vom 14. - 21. Dezember 2010 Hunderte von Delegierten aus 140 Ländern. Ein Mitglied der cubanischen Delegation war Aleida Guevara, Tochter des Guerillero Ernesto Che Guevara.

Jayantha Welivita, die Generalsekretärin der Föderation Junger KommunistInnen in Sri Lanka prangerte auch die Sanktionen und





c u b a k u r z

Provokationen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea als moralisch unakzeptabel und illegal an.

Gleichermaßen forderten die Delegierten die Beendigung der Aggressionen Israels gegen Palästina und von Marokkos Aggressionen gegen die Sahraudische Arabische Demokratische Republik.



### Talentförderung im Kunsthandwerk

Im Ausstellungszentrum Pabexpo in Havanna zeigte sich Abel Prieto, der cubanische Kulturminister, beeindruckt von den vorgestellten Werken auf dieser Verkaufsausstellung. Kunstwerke aus Keramik und Holz, z.B. von Nelson Dominguez und Flora Font seien bemerkenswerte Beispiele von 'Gebrauchskunstwerken', so Prieto nach seinem Messe-Rundgang auf der FIART 2010 im Dezember.

Durch die Präsentation und Prämiiierung der Kunstwerke unterstütze diese Ausstellung auch die Orientierung der cubanischen Regierung hinsichtlich der Ermutigung und Förderung von cubanischen Talenten und deren Kreativität.

Die diesjährigen PreisträgerInnen stellen ihre Werke im Januar noch einmal in dem zentralen Ausstellungsbereich des Cuba Pavillon aus.



### 1 Million Liter Milch an den Staat verkauft

Die Benito Viñales Kooperative in Cubas zentral gelegener Provinz Camagüey hat Ende November erstmalig die Menge von 1 Million Liter erreicht und zählt jetzt zu den 7 Kooperativen mit den höchsten Milcherträgen. Niceto Pérez, José Antonio Echeverría, Abel Santamaría, Batalla de Las Guásimas, Patria o Muerte und La Paz sind die Namen der anderen ertragreichen Kooperativen.

Reinaldo Martinez, ein Sprecher des Agrarministeriums, berichtete, dass alle Viehzuchtbetriebe in dieser Provinz bis Ende November bereits über 86 Millionen Liter in den Handel gebracht hatten: eine Menge, die 94% ihrer Zielverpflichtung bis zum Ende des Jahres 2010 entspricht.

Roberto Prada ist Präsident der Kooperative Benito Viñales und er führte aus, dass die Viehzüchter eine jährliche Steigerung um 100.000 Liter aufrecht erhalten wollen. Im Vergleich zu 2009 hatten sie im November 2010 bereits eine Steigerung um 84.000 Liter erzielt.

Der Kooperative Benito Viñales gehören 263 Mitglieder an, von denen 163 - mehr als die Hälfte - erst vor Kurzem dazugestoßen sind, nachdem sie vom Staat Ländereien zur Nutzung und Bewirtschaftung erhalten hatten.

Bis 2002 hatte die Kooperative Zuckerrohr angebaut und nach der Restrukturierung des Zuckersektors war sie auf Landwirtschaft und Viehzucht umgestellt worden.



### Griechenland und Cuba nehmen Zusammenarbeit wieder auf

Mit der Unterzeichnung eines gemeinsamen Abkommens haben Griechenland und Cuba am 14. Dezember in Havanna die Wiederaufnahme ihrer Zusammenarbeit besiegelt.

Spyros Kouvelis, der Vetreter des griechischen Außenministers kündigte zusammen mit seinem cubanischen Amtskollegen Dagoberto Rodriguez Barrera unter anderem eine enge Zusammenarbeit der beiden Länder zum beiderseitigen Nutzen in den Bereichen Seefracht, Fischfang und Landwirtschaft an.

Kouvelis führte aus, dass die Entscheidung seiner Regierung, zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit, ein Ergebnis der Bemühungen des früheren spanischen Außenministers Miguel Angel Moratinos sei, die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Cuba wieder zu normalisieren. Diese waren infolge der Gemeinsamen Position der EU 1996 eingefroren worden, durch die Cuba gezwungen werden sollte, Reformen an seinem politischen System vorzunehmen. Eine für die cubanische Regierung nicht annehmbare Bedingung.

Quelle: ain



Absender/Absenderin

.....  
 .....

Straße und Hausnummer oder Postfach

Postleitzahl Ort

Bitte freimachen

Postkarte

Freundschaftsgesellschaft BRD-CUBA

Maybachstr. 159

50670 Köln



200 MILLONES DE NIÑOS EN EL MUNDO HOY DUERMEN EN LA CALLE NINGUNO ES CUBANO

200 Mio. Kinder in aller Welt leben heute auf der Straße - kein einziges in Cuba

Wir sind nicht alle - es fehlen die 5

NO ESTAMOS TODOS FALTAN LOS 5

ENERO

FEBRERO *Februar*

MARZO *März*

LIBERTAD PARA LOS 5 *Freiheit für die 5*

**PACO UND DIE FÜNF**  
**PACO Y LOS CINCO**

Ich kämpfe mit meinen Bildern für meine Freunde:

Rene, Ramón, Gerardo, Antonio und Fernando  
Paco Bernal

yo luchó con mi pintura por mis amigos. Rene, Ramón, Gerardo, Antonio y Fernando  
paco Bernal 27

SU AMOR LES DA RESISTENCIA

Adriana

Gerardo

Ihre Liebe gibt ihnen Kraft  
Gerardo & Adriana

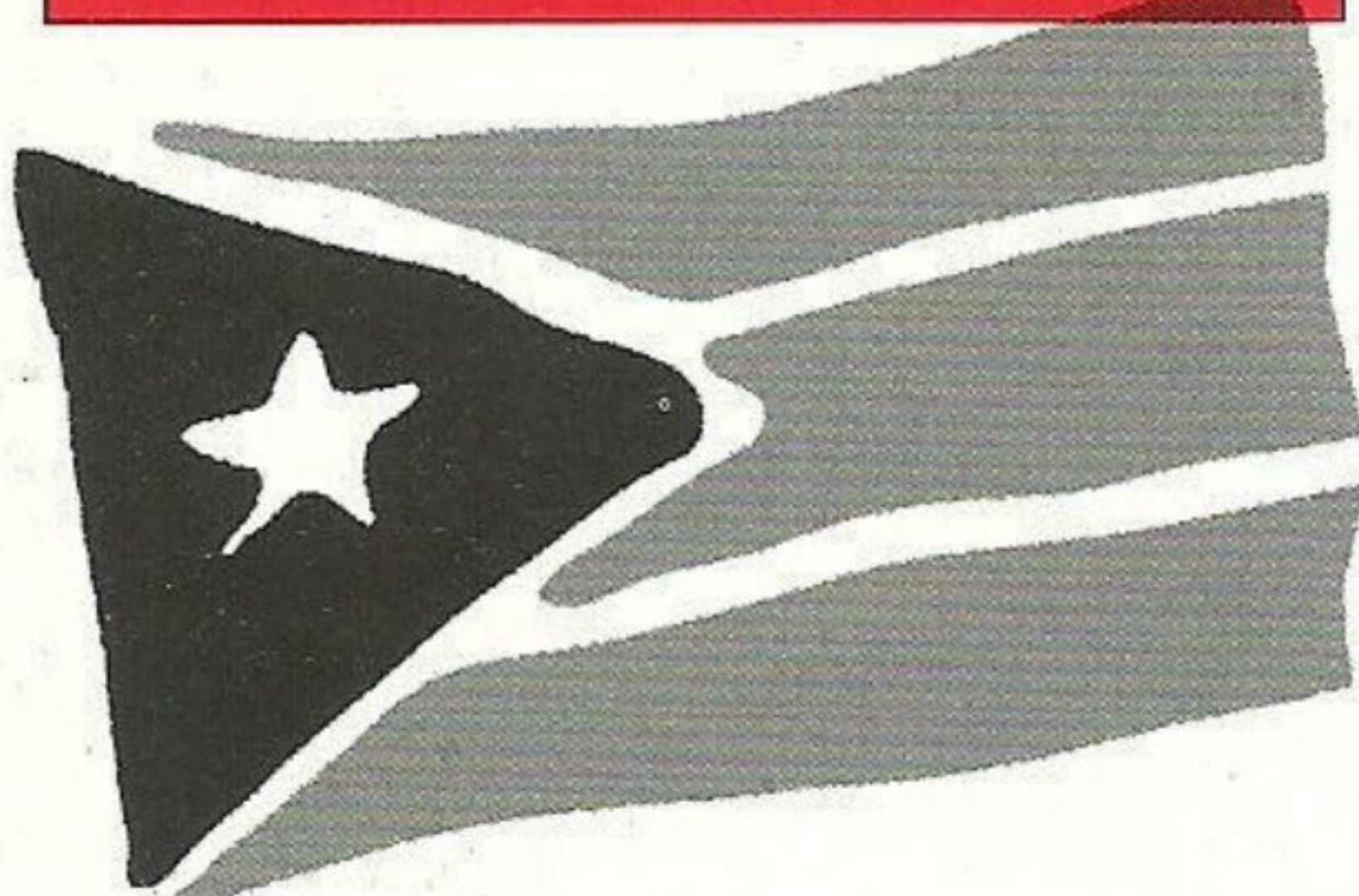
ABRIL *April*

MAYO *Mai*

JUNIO *Juni*

LIBERTAD PARA LOS 5 *Freiheit für die 5*

**Ich möchte:**



- An der BDK in Göttingen (6.-8.5.2011) teilnehmen
- Die Zeitschrift CUBA LIBRE abonnieren

- Informationsmaterial über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.
- Mitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V. werden
- Meinen Beitrag von 3,- € auf 7,- € mtl. erhöhen. (Einzugsermächtigung liegt vor.)
- Einen Förderbeitrag von \_\_\_\_ € (mind. 10,- €) monatl. abbuchen lassen. (Einzugsermächtigung liegt vor.)
- Informationen über die Spendenprojekte
- Jugendmitglied (bis 18 Jahre) werden für nur 1,- € pro Monat
- An der Brigade Jose Martí 2011 teilnehmen

Name : .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

Telefon: ..... E-Mail: .....

Datum: ..... Unterschrift: .....



**WichtigWichtigWichtig**

**Bei Umzug:** Neue Adresse ggfs. Bankverbindung in der Geschäftsstelle mitteilen!

**WichtigWichtigWichtig**

**Eigentumsvorbehalt**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.